

Überleben mit Gewalt

Der „Krieg gegen die Drogen“ löst nichts

Juárez zwischen Politik des Schreckens und Widerstand

Honduras: Verbrechen und Straflosigkeit

Mexiko: Terror und Öffentlichkeit

El Salvador: Wer kocht da welches Süppchen?

Dezember 2012

Editorial

ÜberLeben mit Gewalt

Wenn man sich mit Gewalt in Mexiko und Zentralamerika beschäftigt, stößt man zwangsläufig auf den sogenannten Drogenkrieg. Unsere Medien liefern dazu Schreckensbilder und Horrorzahlen von Toten. Aber Drogenhandel und organisiertes Verbrechen sind nur ein Teil der kalten ökonomischen Interessen, die häufig hinter der entfesselten Gewalt zu entdecken sind. Sie zeichnen sich nur dadurch aus, dass sie in den letzten Jahren zu besonders exzessiver Gewalt geführt haben. Ökonomische Interessen stehen auch hinter den Morden an Menschenrechtsaktivist_innen in der Folge von Landkonflikten.

Gemeinsam ist diesen Konflikten, und anderen, um die es in diesem Heft geht, dass Menschen die Leidtragenden sind. Die Menschen, für die diese Situation seit Jahren Alltag ist, sie haben uns besonders interessiert – ihre Hilflosigkeit, ihre Unsicherheit, ihr Widerstand.

Etwas davon finden wir wieder in dem Theaterstück „El Enemigo“ („Der Feind“) und in den Worten der Autorin Perla de la Rosa zu ihrem Stück: „Es ist aus Fragmenten einer Realität entstanden, die wir nicht verstehen können. Es sind Fünkchen inmitten einer unüberwindbaren und chaotischen Dunkelheit: Wer ist der Feind? Wer ist dieses Monster der tausend Köpfe? Was ist sein Gesicht?“

Mit dem Beitrag „Der ‘Krieg gegen die Drogen’ löst nichts“ wird einleitend der Versuch gemacht, von außen, also von uns aus, in dieses Nichtverstehbare hineinzublicken. Die Vielfalt der sich überlagernden Probleme wird angerissen, und es wird auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern, aber auch auf die wechselseitigen Einflüsse eingegangen.

Das Hauptgewicht bei dem Schwerpunktthema liegt auf Mexiko. Drei Beiträge beschäftigen sich mit der Situation in dem Land. Der Artikel „Juárez zwischen der Politik des Schreckens und dem Widerstand“ berichtet aus dem Ort an der Grenze zu den USA, wo sich die Gewalt konzentriert: Wie die Menschen damit leben, dass ihr Leben nichts zählt und dass sie Regierungsinstitutionen gegenüber stehen, die den Tod eines Menschen als Kollateralschaden verbuchen. Auch die beiden Artikel „Terror und Öffentlichkeit“ und „Das Permanente Völkertribunal untersucht Menschenrechtsverletzungen in Mexiko“ berichten von Versuchen, Widerstand zu leisten und ein Gegengewicht zur Propaganda der Regierung zu bilden. Denn mit Unterstützung vieler Medien versucht die Regierung, ihren „Drogenkrieg“ als gerechte Sache zu verkaufen.

Der Artikel „Verbrechen und Straflosigkeit“ befasst sich mit der Situation in Honduras, dem Land mit der höchsten Mordrate der Welt. Auch hier herrscht das gleiche Grundübel, wie in Mexiko, die totale Straflosigkeit. Die Menschen müssen damit leben, dass Sicherheitskräfte sogar Teil der Verbrechen sind, die sie zu bekämpfen vorgeben. Das Bedrückendste ist für Beobachter_innen, wie schrecklich wenig Aufmerksamkeit die Weltöffentlichkeit für dieses Land aufbringt.

Gewalt und Kriminalität sind in El Salvador ähnlich dramatisch wie in Honduras. In dem Beitrag „Wer kocht da welches Süppchen?“ wird beschrieben, wie das Gewaltproblem von der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und rechter Opposition überlagert wird.

Damit ist aber noch lange nicht alles erwähnt, was es in dem neuen Infoblatt zu lesen gibt. Nur so viel noch dazu: So dick wie diesmal, war das Infoblatt noch nie!

Die Redaktion wünscht allen viel Spaß beim Lesen

Inhalt

ÜberLeben mit Gewalt	
Der „Krieg gegen die Drogen“ löst nichts	3
Terror und Öffentlichkeit	8
Wer kocht da welches Süppchen?	13
Teuflische Schatten - Rezension	17
Juárez zwischen der Politik des Schreckens und dem Widerstand	18
Verbrechen und Straflosigkeit	24
Das Permanente Völkertribunal untersucht Menschenrechtsverletzungen in Mexiko	31
Honduras	
Wir leisten seit Jahrhunderten Widerstand	33
Nicaragua	
Politische Bildung auf der Grundlage des Feminismus	38
El Salvador	
Kraftproben	42
Rezensionen	
Her mit dem guten Leben!	46
„Fokuscafé Lateinamerika“ und „Bildungslabor Lateinamerika“	47
Der Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung und seine internationalistischen Aktivitäten	48



Bewachte Busse Televisa

Der „Krieg gegen die Drogen“ löst nichts

(ea) Dass die Gewalt in Mexiko und Zentralamerika in den letzten Jahren erschreckend zugenommen hat, ist ein Thema, das auch bei uns in den gängigen Medien behandelt wird, die sonst kaum über die Region berichten.

„Drogenmafia hängt Leichen an Autobahnbrücke auf“

Mit Überschriften wie „Drogenmafia hängt Leichen an Autobahnbrücke auf“ behandeln diese Berichte fast ausschließlich den so genannten Drogenkrieg in Mexiko und stellen dann häufig grausige und makabere Details ins Zentrum. Neben schrecklichen Verbrechen erfahren die Leser_innen in solchen Artikeln auch die Namen von Drogenkartellen, wie „Los Zetas“ und Sinaloa-Kartell. Auch mit den Namen und Spitznamen der Drogenbosse werden sie vertraut gemacht und erfahren, dass Joaquín Guzmán „El Chapo“ ist und dass einer der Bosse der „Los Zetas“ El Taliban genannt wird. Wenn die mexikanische Armee den Tod eines prominenten Mitglieds der Drogenkartelle, wie vor kurzem den von Heriberto Lazcano vom Zeta-Kartell verkündet, dann steht das bei uns in der Zeitung. Und wenn kurz darauf dessen Leiche verschwindet, wird daraus selbstverständlich auch eine Meldung: „Bewaffnete entführen Leiche von Drogenboss“. Damit soll nicht behauptet werden, dass die Berichterstattung nur auf das Spektakuläre abzielt und nur

an der Oberfläche bleibt. Nein, die Dimension des Problems wird schon skizziert und ein Teil der politischen Zusammenhänge wird angedeutet. So erwähnen die Artikel in der Regel, dass der mexikanische Präsident Felipe Calderón (2006 – 2012) vor sechs Jahren dem Drogenhandel den „Krieg“ erklärt hatte, dass die Regierung dafür Polizei und Militär ausbaute und dass dies die Ursache dafür ist, dass Mexiko seither mehr als 60.000¹ Tote zu beklagen hat. Auch dass dieser „Krieg“ dem Drogenhandel in keinsten Weise geschadet hat, dass der US-amerikanische Markt vielmehr unvermindert mit Kokain versorgt wird, erfahren die Leser_innen. Daher ist die Beurteilung der Politik des mexikanischen Präsidenten durch die deutschen Medien auch eindeutig: Der „Drogenkrieg“ ist gescheitert.

Wer führt da gegen wen Krieg?

Aber diese gängige Berichterstattung erklärt zu wenig und muss ergänzt werden. So ist die Bezeichnung „Drogenkartelle“ ungenau, denn Drogen sind nur das wichtigste Geschäftsfeld dieser Kartelle. Laut Edgardo Buscaglia „schmuggeln sie Waffen, bringen Migranten illegal über die Grenze, organisieren die Prostitution, handeln mit Raubkopien und Organen. Sie sind in die Internetkriminalität involviert und für unzählige Entführungen und Erpressungen verantwortlich.“² Schon wenn man sich ein wenig mehr mit dem Thema be-

schäftigt, führen diese Berichte zu einer Unzahl offener Fragen. Zum Beispiel: Wer führt da eigentlich gegen wen Krieg? Angeblich wird das organisierte Verbrechen so intensiv bekämpft, dass sogar die Armee eingesetzt werden muss. Aber die Armee kämpft sozusagen gegen sich selbst. Jedes Jahr desertieren mehrere zehntausend Militärangehörige.³ Viele von ihnen wechseln einfach die Seite und stehen jetzt im Dienst der besser bezahlenden Kartelle. Der spektakulärste Fall ist das Kartell „Los Zetas“. Die Führungsgruppe besteht aus ehemaligen Angehörigen der GAFE (Grupo Aeromóvil de Fuerzas Especiales) – einer mexikanischen Elitetruppe, die unter anderem in den USA eigens zur Drogen- und Aufstandsbekämpfung ausgebildet wurde.

Wer sind die mehr als 60.000 Toten?

Oder eine andere Frage, die sich aufdrängt: Wer sind eigentlich die mehr als 60.000 Tote? Wenn sie nicht Angehörige der Sicherheitskräfte sind, dann werden sie von den Behörden gewöhnlich als Verbrecher_innen oder „Kollateralschäden“ identifiziert.⁴ Von vielen Menschenrechtsorganisationen, wie zum Beispiel Human Rights Watch (HRW), wurden aber Fälle belegt, wo die Toten von den Sicherheitskräften hingerichtet worden waren, manche, nachdem man sie zuvor gefoltert hatte. HRW geht davon aus, dass die extreme Gewalt in Mexiko zum größten Teil zu Lasten des organisierten Verbrechens geht. Bei den Kämpfen um Einflusszonen und gegen die Sicherheitskräfte kommen die meisten Menschen um. Aber der Krieg, den die Regierung gegen das organisierte Verbrechen führt, hat die Lebenssituation der Bevölkerung eindeutig verschlimmert. Oder mit den Worten von HRW, „der von Calderón entfesselte Krieg hat es geschafft, in weiten Teilen des Landes ein immer schlimmeres Klima von Gewalt, Chaos und Furcht zu erzeugen.“

Wieso muss gegen Verbrechen die Armee in den Krieg ziehen?

In Mexiko tragen die korrupte Polizei und Justiz, deren Aufgabe die Verbrechensbekämpfung ist, nichts zu derselben bei. Die Bevölkerung hat resigniert: Umfragen haben ergeben, dass nur 25 Prozent aller Delikte überhaupt angezeigt werden, weil es die Betroffenen als Zeitverschwendung ansehen. Im Endeffekt werden nur ein bis zwei Prozent aller Verbrechen bestraft.⁵ Das kann man nur als Straflosigkeit bezeichnen. Die Regierung vertritt nun die abwegige Meinung, dass hier der Einsatz der Armee helfen könnte. Aber allein die Tatsache, dass die mexikanische Militärgerichtsbarkeit vorschreibt, dass von Militärangehörigen gegenüber der Zivilbevölkerung begangene Verbrechen ausschließlich vor Militärgerichten ver-

handelt werden, macht die Sache nur noch schlimmer. HRW hat festgestellt, dass vor Militärgerichten die Aufklärungsrate noch geringer ist. Sie lag in der Zeit seit 2007 bei 0,5 Prozent. Diese totale Straflosigkeit schwebt auch als großer Unsicherheitsfaktor über den Schätzungen der Opferzahlen.

Wer ist der Feind?

Auch die Antworten, die man durchaus auf die sich aufdrängenden Fragen findet, lassen einen die Hintergründe und Facetten des so genannten Drogenkrieges nicht unbedingt verstehen. Dieses Gemisch aus Gewalt und Korruption, angetrieben von riesigen Gewinnmöglichkeiten auf der einen und sozialem Elend auf der anderen Seite, ist kaum zu entwirren. Die Theatergruppe Telón de Arena aus Ciudad Juárez, die sich seit Jahren mit dem von Gewalt geprägten Leben in ihrer Stadt beschäftigt, hat dazu das Stück „El Enemigo“ („Der Feind“) entwickelt. Es ist dem Schmerz der Angehörigen der Opfer des „Drogenkrieges“ gewidmet. Unsere Ratlosigkeit findet sich in den Worten der Autorin des Stückes, Perla de la Rosa, wieder: „Es ist aus Fragmenten einer Realität entstanden, die wir nicht verstehen können. Es sind Fünkchen inmitten einer unüberwindbaren und chaotischen Dunkelheit: Wer ist der Feind? Wer ist dieses Monster der tausend Köpfe? Was ist sein Gesicht?“

Wir verwenden den Begriff Drogenkrieg nicht in dem Sinne, wie ihn die mexikanische Regierung verwendet. Aber das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung sieht in den Ereignissen im Norden Mexikos sehr wohl einen Krieg.⁶ Die vielen Toten, deren Zahl allein schon eine Ungeheuerlichkeit ist, und die riesige Zahl der Menschen, die inzwischen vor den bewaffneten Auseinandersetzungen aus ihren Wohnorten geflohen sind, qualifizieren das Geschehen als Krieg. Offizielle Zahlen zu den Vertriebenen gibt es nicht. Aber Untersuchungen der Presse und der Forschung gehen inzwischen von über einer Million aus. In der Zeitschrift *emeequis* wird von einer Umfrage berichtet, nach der allein ab Mitte 2010 innerhalb eines Jahres 700.000 Menschen vertrieben worden seien.⁷ Das sind Zahlen, wie wir sie sonst nur aus dem Irak oder Syrien kennen.

Diese Zahlen beziehen sich auf das konkrete Leben von Menschen. Für sie ist das, was wir als gruselige Zeitungsnachrichten erleben, gelebter Alltag.

Gelebter Alltag

Im Augenblick läuft bei uns der mexikanische Film „Miss Bala“ (Mexiko 2011, Regie: Gerardo Naranjo). Der Film hat den „Drogenkrieg“ zum Thema, zeigt ihn aber aus der Perspektive von Menschen, die ihn er-

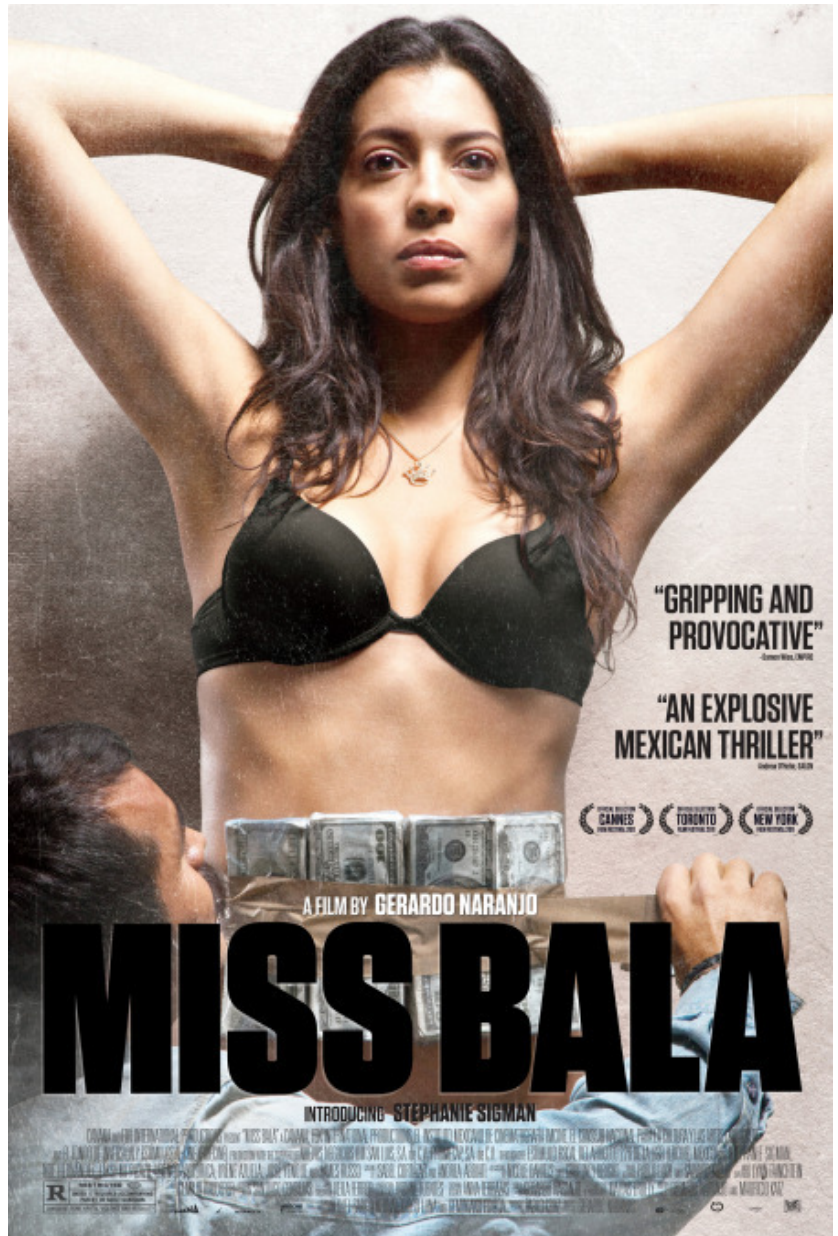
leiden, die gegen ihren Willen hineingezogen werden und dann nur noch ums Überleben kämpfen können. In Tijuana, an der Grenze zu den USA, sucht eine junge Frau ihre Chance in einem Schönheitswettbewerb, Miss Baja California. Dabei gerät Laura zufällig in einen Überfall und wird dann als Zeugin des Verbrechens zum Spielball zwischen Mafia und Polizei. Der Film zeigt das Geschehen konsequent aus Lauras Perspektive: die alltägliche Gegenwart von Waffen schon vor dem Moment des Überfalls, der ihr Leben aus der Bahn wirft; dieses auf sich allein gestellt sein, da die Polizei in diesem „Drogenkrieg“ keinerlei Schutz bedeutet, sondern nichts anderes ist als die andere Gefahr im Leben der Bevölkerung; diese Hilflosigkeit in einem Geschehen, das sie niemals durchschauen kann und das sie nur mit Überlebenswillen überstehen kann, wobei Moral zum Luxus wird. Dass der Film tatsächlich einen Ausschnitt aus dem Alltagsleben von Mexikaner_innen zeigt, die an der Grenze zu den USA leben, ist spätestens dann klar, wenn man erfährt, dass er aus Sicherheitsgründen nicht in Tijuana gedreht werden konnte. Gedreht werden konnte er überhaupt nur, weil man gegenüber den Behörden vorgab, es handele sich um eine Komödie.

Eine Fernsehserie mit Fortsetzung

Ganz anders war der Fall, als sich im Mai Jahr 2011 in Mexiko das Medium Fernsehen mit dem Thema Drogenkriminalität beschäftigte. Der Medienkonzern Televisa startete damals eine neue Serie: »El equipo« („Das Team“). Der Versuch, das Image der Polizei aufzupolieren, war aber so lachhaft realitätsfern, dass die Sendung nach drei Wochen eingestellt werden musste. (siehe auch den Text von Anne Huffschmid in diesem Heft)

Inzwischen hat die Wirklichkeit eine bemerkenswerte Fortsetzung geschrieben: Am 20. August 2012 wurden achtzehn Mexikaner_innen beim Grenzübertritt von Honduras nach Nicaragua festgenommen. Sie behaupteten, Journalist_innen von Televisa zu sein, und wollten nach Managua, um von einem Drogenprozess zu berichten. In den doppelten Böden der sechs Kleinbusse fand die Polizei 9,2 Millionen US-Dollar. Die Festgenommenen waren Drogenhändler_innen, die im südlichen Teil Zentralamerikas Kokain einkaufen und es nach Mexiko transportieren wollten. Es war schon ihre siebzehnte Einkaufstour innerhalb von zwei Jahren. Televisa bestritt jegliche Beteiligung, aber inzwischen gibt es erdrückende Beweise: Einige der Beschuldigten bestehen darauf, Angestellte von Televisa zu sein und es scheint auch erwiesen, dass die Fahrzeuge von Televisa zugelassen worden sind.

Verlagerung der Handelsrouten nach Zentral-



amerika

Dieses Ereignis aus den letzten Monaten wirft nicht nur ein grelles Licht auf die innige Verflechtung von Drogenhandel und Institutionen in Mexiko, sondern zeigt auch, dass der „Drogenkrieg“ in Mexiko direkte Auswirkungen in Zentralamerika hat.

Wie schon gesagt: Der „Krieg“ der mexikanischen Regierung gegen die Kartelle hat dem Handel nicht geschadet, hat ihn aber verändert. Die direkten Handelsrouten des Kokains zwischen Kolumbien und Mexiko wurden durch die Regierungsmaßnahmen behindert und deshalb durch neue Routen über Zentralamerika ersetzt.

Dadurch hat die Karibikküste in Honduras und Nicaragua in den letzten Jahren eine große Bedeutung für den Kokaintransport von Kolumbien in die USA bekommen. Das hat nicht nur mit den geografischen

Gegebenheiten zu tun: Die Küste ist von der kolumbianischen Inselgruppe San Andrés nicht weit entfernt und demzufolge von dort aus gut mit Motorjachten und Kleinflugzeugen zu erreichen. Wichtiger noch ist, dass sie relativ menschenleer und vor allem frei von staatlichen Institutionen ist. In beiden Ländern wird die Küste von den indigenen Gemeinschaften der Miskitos bewohnt und das von ihnen bewohnte Gebiet ist sowohl in Nicaragua als auch in Honduras der ärmste Teil des Landes.

Karibikküste Nicaragua

Roberto Orozco hat die Situation in Nicaragua untersucht⁸ und festgestellt, dass an der Karibikküste der Drogenhandel inzwischen eine „soziale Legitimation“ gewonnen hat. Diese Erkenntnis hat nichts Überraschendes, wenn man bedenkt, dass über 60 Prozent aller Nicaraguaner_innen vom informellen Sektor leben. Dieser funktioniert nur, weil ein Großteil der dort getätigten Geschäfte illegal ist. Es werden Schmiergelder gezahlt, falsche Markenprodukte, unlicenzierte CDs und Schmuggelwaren verkauft und Steuern hinterzogen. Orozco vertritt die Meinung, dass Drogenhandel als eine weitere Variante in dieser Palette informeller und illegaler wirtschaftlicher Aktivitäten angesehen werden kann.

Für die Miskitos ist diese neue wirtschaftliche Möglichkeit besonders attraktiv. Die Erfahrung hat ihnen gezeigt, dass sie vom Staat nichts zu erwarten haben. In den seltenen Fällen, wo er sich bei ihnen zeigte, war dies verbunden mit der Ausbeutung ihrer Ressourcen, mit Abholzung und Abbau von Bodenschätzen, ohne dass sich ihre Lage dadurch geändert hätte. In dieser Gemenge von staatlichem Desinteresse und sozialer Misere ist der Drogenhandel gestoßen. Für die Versorgung mit Treibstoff, Lebensmitteln und Sicherheit zahlen die Drogenhändler_innen viel Geld. Orozco betont, dass die indigenen Gemeinden nicht den Drogenhandel unterstützen, sondern die neuen finanziellen Möglichkeiten, die dieser ihnen bietet.

Walpasiksa



Unterstützen heißt auch verteidigen, notfalls auch mit Waffen. Solch ein seltener Fall ereignete sich im September 2009 in der Gemeinde Walpasiksa. In der Nähe des Ortes war ein Kleinflugzeug abgestürzt, weshalb sich Militär und Polizei dorthin begaben. Sie wurden mit Schüssen empfangen, ein Soldat und ein Polizist starben. Die Behörden hatten nichts davon gewusst, dass der Ort schon längere Zeit Stützpunkt von kolumbianischen Drogenhändler_innen war. In späteren Untersuchungen wurde eine Liste mit Personen entdeckt, die regelmäßige Geldzuwendungen von den Kolumbianer_innen erhalten hatten. Auf der Liste stand auch der evangelische Pfarrer.

Solche Vorfälle, die in Nicaragua bisher ausgesprochen selten sind, sind in den Nachbarländern im Norden fast alltäglich. Auch bei der Alltagskriminalität ist die Situation in Nicaragua lange nicht so dramatisch wie bei den nördlichen Nachbarn. Nicaragua ist das sicherste Land Zentralamerikas. Das hat auch damit zu tun, dass Polizei und Armee, die beide in der Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen, aus einer siegreichen Revolution hervorgegangen sind.

Honduras und El Salvador, die beiden Länder mit den höchsten Mordraten der Welt

Auch wenn die soziale Lage in den Landesteilen, die die Miskitos bewohnen, sehr ähnlich ist, so unterscheidet sich die Situation hinsichtlich der Gewalt, wenn man Nicaragua und Honduras insgesamt vergleicht, ganz erheblich. Honduras gilt als das „gefährlichste“ Land der Welt. Das Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung der Vereinten Nationen UNODC führt Honduras als das Land mit der höchsten Mordrate überhaupt, ein Wert, der sich von 2006 bis 2011 mehr als verdoppelt hat.⁹ El Salvador hat die zweithöchste Mordrate. Im Unterschied zu Honduras hat sich der Wert aber im selben Zeitraum kaum verändert. Diese Zahlen verweisen zum Teil auf ähnliche soziale Probleme, zum Teil spiegeln sie die ganz verschiedenen politischen Entwicklungen der letzten Jahre in den beiden Ländern wider.

In beiden Ländern gibt es seit Jahren die drückende Problematik der Jugendbanden, die Maras genannt werden. Im Falle El Salvadors hat das Infoblatt mehrfach über die sozialen Hintergründe und die erfolglosen repressiven Maßnahmen der Regierung berichtet. Das Thema Maras treibt die Gesellschaft um, spielt eine große Rolle in der politischen Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links und lädt einzelne Politiker_innen ein, sich damit zu profilieren. Seit März

herrscht „vorläufiger Waffenstillstand“ zwischen den verfeindeten Mara-Gruppen MS-13 und B-18. Auch wenn das Ganze politisch sehr undurchsichtig ist (siehe Artikel von Angela Reyes), für die Menschen ist es von unschätzbarem Wert, dass die Zahl der Morde seitdem stark zurückgegangen ist.

In Honduras ist das Problem der Jugendbanden ähnlich gravierend wie in El Salvador, wird aber überlagert von anderen Einflüssen. Die Verlagerung der Handelsrouten des Kokains und die damit verbundene Drogenkriminalität hat vor allem in Honduras Auswirkungen. Es wird davon ausgegangen, dass 80 Prozent des Kokains für den US-Markt durch Honduras geschleust werden. Mit Sicherheit spiegeln die Statistiken auch die Zunahme der Repression seit dem Putsch gegen Manuel Zelaya im Juni 2009 wider. Hauptinteresse der Regierung ist es aber, das neoliberale Modell gegenüber der wachsenden Kritik aus den Basisorganisationen abzusichern. Jugendbanden und Drogenhandel dienen ihr dabei zur Rechtfertigung für die Ausweitung des Repressionsapparates.

Bei den Themen organisiertes Verbrechen und Gewalt überlagern sich also mehrere Schichten und lassen daher keine einfachen Erklärungen und damit auch keine schnellen Lösungen zu. Ob Lösungen, die politische und soziale Ursachen in Betracht ziehen, überhaupt erwünscht sind, ist eine offene Frage. Der „Drogenkrieg“, der im Augenblick von Mexiko nach Zentralamerika ausgedehnt wird, ist mit Sicherheit nicht die Lösung des Problems.



Aus dem Film
„La vida Loca“

<http://catcher.sandiego.edu/items/peacestudies/Shirk-Justice%20Reform%20in%20Mexico.pdf>

⁶ Conflict Barometer 2011
http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2011.pdf

¹ Es gibt Schätzungen von über 100.000 Toten. 60.000, die am häufigsten zu lesende Zahl, ist eine untere Grenze.

² NarcoZones, 2012, Edgardo Buscaglia, Das Paradox der Repression

³ Peter Clausing, Mexiko: Simulierte Demokratie im Belagerungszustand
<http://www.imi-online.de/2011/03/25/mexiko-simulierte-de/>

⁴ Human Rights Watch, Ni Seguridad, Ni Derechos, Ejecuciones, desapariciones y tortura en la “guerra contra el narcotráfico” de México, 9 November 2011
<http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/mexico1111spwebwcover.pdf>

⁵ Justice Reform in Mexico, Change & Challenges in the Judicial Sector, David A. Shirk

⁷ Emequis Nr. 261
<http://www.m-x.com.mx/xml/pdf/261/18.pdf>

⁸ Envio Nr. 345, Dezember 2010: “Está creciendo la legitimación social a las actividades del narcotráfico”
<http://www.envio.org.ni/articulo/4275>
Envio Nr. 365, August 2012 “El narcotráfico ya ha desarrollado mucho músculo y está generando mucho dinero” <http://www.envio.org.ni/articulo/4566>

⁹ Die Organisation UNODC der vereinten Nationen - United Nations Office on Drugs and Crime – weist für Honduras 91,6 Morde im Jahr 2011 und 43,0 im Jahr 2006 bezogen auf 100 000 Einwohner aus. Für El Salvador gibt UNODC die Werte 69,2 Morde im Jahr 2011 und 64,7 im Jahr 2006 an. In Nicaragua liegt der Wert seit Jahren fast unverändert viel tiefer. Für 2011 wird die Zahl 12,6 angegeben. Global Study on Homicide 2011
http://www.unodc.org/documents/data-and-analysis/statistics/crime/Homicide_statistics2012.xls



Umwickelte Statuen auf der Reforma, Aktion der Künstlerin Laura Valencia

Terror und Öffentlichkeit

Bilder und Diskurse im neuen mexikanischen Alltag

Anne Huffs Schmid

Es war ein ungewohnter Anblick: Kein einziges Auto auf dem *Reforma*-Boulevard mitten im Zentrum von Mexiko-Stadt, kein Stau, keinerlei Gehupe. Stattdessen rollen Fahrräder über die Straße, vereinzelt auch schneidige Skater oder Rollerblades, Familien spazieren unter der frischen Wintersonne. Der Moloch macht Pause, für ein paar Stunden wird die *Reforma* sonntags neuerdings zur Radpiste und Flaniermeile. Ebenso ungewohnt, wenn auch weniger augenfällig und um einiges beunruhigender, sind die seltsamen Gestalten am Straßenrand. Normalerweise säumen den Boulevard bekannte Persönlichkeiten der mexikanischen Geschichte, Generäle oder Wissenschaftler, die von ihren verwitterten Sockeln aus als Statuen stoch in die urbane Gegenwart blicken – weithin unbeachtet wie die meisten öffentlichen Denkmäler. Diesmal aber sind ein knappes Dutzend von ihnen gleichsam „verschwunden“ – oder besser: zu gespenstischen dunklen Figuren mutiert. Denn jede der Statuen ist von Kopf bis Fuß mit dicker schwarzer Kordel umwickelt. Es bleibt nichts als der Umriss eines Körpers. Genau darum ging es der Künstlerin, Laura Valencia: die „Leerstelle“ eines abwesenden Körpers zu markie-

ren. Denn die *Desaparecidos*, die Verschwundenen, sind neben den Zehntausenden von Toten das furchtbarste Trauma des neuen „schmutzigen Krieges“ in Mexiko. Zwischen fünf- und zehntausend Menschen, die Schätzungen variieren, sind in den letzten Jahren verschleppt worden und seither nicht wieder aufgetaucht – ein Vielfaches der während der Repression der 1970er Jahre Verschwundenen. Einige der Angehörigen hatte die Künstlerin überreden können, den Namen ihres *Desaparecidos* einer der Statuen zu „leihen“. An jeder der schwarz verhüllten Figuren flattert eine Banderole, auf der Name und Alter notiert ist, der Ort der Entführung und ein persönlicher Satz („Ich werde nie aufhören, dich zu suchen“). Vermerkt ist zudem die Anzahl der Meter, die nötig waren, um genau *diese* Figur zu umwickeln. Mal sind es 289, mal auch 432 Meter – jeder Einzelne ist spezifisch, unverwechselbar. Gegen die brutale Abstraktion, dass ein Mensch gewaltsam seinem Alltag entrissen wird und sich in Luft auflösen scheint, wird ihm hier zumindest sein Umriss, die Hülle seines Lebens, symbolisch zurückgegeben. Ein Mann mit zwei jungen Mädchen bleibt vor einem der Sockel stehen. Auf ihren Gesichtern spiegelt sich,

wie bei so vielen, Verwunderung. Was das sei, will eines der Mädchen wissen. Der Vater schaut ratlos an der schwarzen Gestalt hoch. Es sei wegen des Krieges, den Zehntausenden von Toten und Verschwundenen, klärt eine Passantin die kleine Familie auf. Das jüngere Mädchen reißt die Augen auf, blickt zum Vater und fragt dann mit leiser Stimme: „Wann war denn das?“ Ehe der Vater, der immer ratloser dreinblickt, antworten kann, wirft die Passantin ein: „Jetzt, hier und heute. Der Drogenkrieg.“ Ihre Stimme klingt jetzt ungeduldig. Die drei zucken zusammen, erschrecken. Dann ziehen sie ihres Weges.

Ein paar Minuten weiter, auf den Stufen der massiven Säule, auf dem der goldene Engel der Unabhängigkeit thront. Viele sind es nicht, die sich hier versammelt haben, Presseleute und Organisatoren, kaum Publikum. Einige halten Schilder mit großkopierten Fotos von *Don Nepo* und *Don Trino*; darauf zu sehen sind zwei ältere Herren mit wettergegerbten Gesichtern. Einer von ihnen hatte im Norden des Landes seinen von Uniformierten entführten Sohn gesucht, der andere war Bauer und Gemeindevertreter in einem umkämpften Dorf in Michoacán. Beide waren in der im Frühjahr 2011 gegründeten „Bewegung für Frieden mit Gerechtigkeit und Würde“ aktiv, nahmen an Karawanen und Gesprächsrunden teil – und beide wurden kurz vor Jahresende ermordet. Nepomuceno Moreno wurde in seiner Heimatstadt Hermosillo von Kugeln durchsiebt, Trinidad de la Cruz in seinem Heimatdorf von maskierten Männern gefoltert und getötet.

Diskursfronten

Die gezielten Anschläge auf Aktivisten markieren eine weitere Eskalationsstufe im mexikanischen Gewalt-szenario. Zugleich führen sie die gängige Zuschreibung von „Schuld“ aber auch „Unschuld“ im Zusammenhang mit dem Drogenkrieg ad absurdum.

Die vielen tausend Toten der letzten Jahre wurden von offizieller Seite zwar selten als explizit „schuldig“ bezeichnet. Suggestiert aber haben Behörden und Regierungsvertreter immer wieder, dass viele der Getöteten in irgendeiner Weise in kriminelle Machenschaften verstrickt gewesen seien – ein perfider Generalverdacht, der zugleich als kollektive Entlastung für Justiz und Gesellschaft wirkt. Nicht unproblematisch ist jedoch auch der Begriff der „Unschuldigen“, häufig für ermordete Frauen und Kinder verwendet, die kritische Autoren dem entgegensetzen. Denn „Unschuld“ impliziert zwangsläufig einen Gegenbegriff von „Schuld“, der das Grauen der Massenmorde potenziell relativiert und mal mehr und mal weniger gravierend erscheinen lässt – je nach Vermutungen über die Verstricktheit des Getöteten. In der Friedensbewegung hingegen ist durchgehend von *Víctimas*, Opfern, die Rede. Nun

wird in politisch bewegten Kreisen oft und zurecht vor „Opferidentitäten“ gewarnt. Hier aber werden die „Opfer“ mit ihrem Status als „Staatsbürger“ verknüpft; damit erschienen die Gewaltopfer und ihre Angehörigen als Rechtssubjekte, denen gegenüber der Staat in seinen vordringlichsten Aufgaben versagt – dem Schutz ihrer körperlichen Unversehrtheit. Dies gilt besonders für Menschen, die selbstredend weder „schuld“ (im Sinne von kriminell) sind, aber eben auch nicht „unschuldig“ (im Sinne von „unbeteiligt“) waren: Solche wie *Nepo* oder *Trino*, die die Passivität des Opfers in aktives Tun gewendet haben – und sich dabei perfiderweise umso mehr der Gewaltlogik aussetzen. Unzureichend sind auch Versuche, der gegenwärtigen Eskalation mittels bekannter politischer Raster beizukommen. Selbstverständlich nährt sich das Wuchern der Organisierten Kriminalität und der explodierenden Gewalt aus einem Dickicht von Komplizenschaft und Korruption, Laissez-faire und Ineffizienz, vor allem aber aus der Gewissheit der *Impunidad*, der Aussicht auf Straffreiheit von Verbrechen jedweder Couleur. Dennoch ist die Vorstellung, das fortlaufende Massakrieren von Menschen ginge auch heute überwiegend auf ein repressives, zentral gesteuertes Regierungskalkül und die Armee oder womöglich die USA zurück, irreführend. Denn der entscheidende Unterschied zu den schmutzigen Kriegen und dem staatlichen Terror der 1970er Jahre ist ja gerade, dass die neue Gewalt in Mexiko heute nicht mehr zentral gesteuert und geheim, sondern immer flächendeckender, demonstrativ und „dezentral“ von einer Vielzahl von Gewaltakteuren verübt wird.

Diese exzessive Gewalt ist Produkt einer neuartigen und spezifischen Konstellation: dem gänzlich unregulierten Territorialkonflikt zwischen Kartellen und ihren Komplizen in Polizei und Politik. Terror wird hier vor allem als Kommunikation im zunehmend entgrenzten Wettbewerb um Routen und Märkte eingesetzt. Und zwar zuweilen ganz buchstäblich: Als die Zetas kurz vor Eröffnung der Internationalen Buchmesse im November 2011 im Stadtzentrum von Guadalajara einen Lastwagen voll Leichen abluden, war dieser mit einem handbeschriebenen Plakat versehen – eine gespenstische Botschaft in Großbuchstaben und mit bizarrer Orthographie.¹ Gespenstisch war zunächst der Eindruck, es hier offensichtlich mit schwerbewaffneten Psychopathen zu tun zu haben. Zugleich aber enthielt die *Narco*-Message eine Reihe von Botschaften der Zetas an die Konkurrenz: Eine Kampfansage an das Sinaloa-Kartell, dass man ihnen nun auch den Bundesstaat Jalisco streitig machen werde oder auch, dass man sich nicht wie das Golf-Kartell von den „Gringos“ benutzen lasse.

Bilderschlachten

Vor allem aber betreiben die *Narcos* exzessive Bildpolitik. Sie kommunizieren mit verstümmelten Lei

chen, lenken – neuerdings auch im Internet – den Blick auf abgeschlagene Köpfe – sechshundert sollen es allein im Jahre 2011 gewesen sein. Zwar hatten Hunderte mexikanischer Medien, darunter die größten staatlichen und privaten Fernsehsender, aber auch Zeitungen und Radiosender, im Frühjahr 2011 ein Abkommen über eine „angemessene“ Berichterstattung über die Gewalt unterzeichnet und beschlossen, der Mafia und ihren blutigen Botschaften keine Plattform mehr zu geben. Unabhängige Stimmen wie die Wochenzeitschrift *Proceso* oder die Tageszeitung *La Jornada* haben den Pakt als eine Art Selbstzensur, die unter dem Deckmantel der Ethik die für die Regierung unbequeme Skandalisierung gängeln soll, abgelehnt. Ohnehin, lässt sich gegen den umstrittenen Ethikpakt einwenden, bahnen sich die Terrorbilder über das Internet noch immer ihren Weg an die Öffentlichkeit. Ein bildpolitischer Versuch, diesen wie auch der lästigen „Negativberichterstattung“ etwas entgegenzusetzen, war die *Action-Telenovela* „*El equipo*“ (Das Team) aus der Teletraumfabrik Televisa, die im Mai 2011 – pikanterweise kurz nach dem ersten mehrtägigen Friedensmarsch – anlief. Mit der aufwändig produzierten Polizeiserie wollte Televisa – mit logistischer Unterstützung des Sicherheitsministeriums –



Fernsehserie „*El Equipo*“

ausgerechnet der allseits verhassten Bundespolizei ein Denkmal setzen. „Polizisten aus Fleisch und Blut“ und eine Serie „über die Guten“ kündigte der Produzent im Vorfeld an. Im Mittelpunkt stand dann eine vierköpfige Truppe edler Uniformträger, darunter eine Frau, allesamt smart und sensibel, todesmutig, aber pflichtbewusst. Und tatsächlich läuft es für die vier Elitopolizisten wie am Schnürchen, ein Böser nach dem Anderen wird hochgenommen. Die Narcos wiederum tragen zumeist Goldkettchen, fiese Frisuren, Sonnenbrille und Zuhälterlook, nennen sich „Mi-

ster“ oder „der Fette“, saufen in jeder Lebenslage Schnaps oder Champagner und haben, wie sie einander freimütig gestehen, eine „Höllenangst“ vor dem Knast. Im wirklichen Leben scheiterte das „Team“ allerdings kläglich, nach nur drei Wochen wurde die Serie wieder abgesetzt. Das soll mit Unmut seitens der Armeeführung zu tun gehabt haben; so gut wie alle spektakulären Festnahmen der letzten Jahre gehen hier auf das Konto der Polizei, Streitkräfte und Marine bleiben außen vor. Doch der gewichtigere Grund für das schnelle Aus dürfte trivialer sein: das, wie es heißt, mickrige Rating. Bei aller Telenovela-Versessenheit der Mexikaner gibt es offenbar so etwas wie eine Untergrenze – dann, wenn die Telemärchen jeden Anschluss an Alltag und Lebensgefühl verlieren.

Wortergreifung

Juan Francisco Sicilia war ein weiteres Opfer, eines von Zehntausenden. Zwischen die Fronten geraten, ein schlimmer Zufall, und qualvoll ermordet, zusammen mit sechs Bekannten, in einer Märznacht des Jahres 2011. Was diesmal anders war: Der Vater ist ein beachteter Intellektueller, ein in der Kulturszene beheimateter Dichter – und dieser brach den Bann des stummen Entsetzens. „*Estamos hasta la madre*“, wir haben die Schnauze voll, überschrieb Javier Sicilia seinen berühmt gewordenen offenen Brief an Behörden und Kriminelle. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Losung im Lande, war bald auf Titelseiten, Transparenten und an Häuserwänden zu lesen. Der Satz brachte ein Gefühl zum Ausdruck, das bis dahin als Privatsache galt: das Grauen angesichts der überbordenden Gewalt im Lande. Kein Thema hat die mexikanische Gesellschaft in den letzten Jahren so beschäftigt, über nichts wurde mehr gesprochen mit Freunden, in Familien und in kleinen Runden. Aber es blieb jahrelang beim privaten Wettern auf die Regierung, beim Versuch, den eigenen Alltag gegen Risiken abzusichern, bei Strategien der Abschottung und Verdrängung. Mit dem Fanal Sicilias wurde die Empörung erstmals auf die Straße gespült, massenhaft und öffentlich.

Sicilia und „seine“ Bewegung waren zu Beginn in aller Munde. Viele Zeitungen und Reporter berichteten ausführlich und durchaus sympathisierend über die spektakulären Karawanen nach Nord und Süd, über Treffen mit Präsident und Parlament. Doch das Mediengedächtnis ist kurz, der Hype flaute schnell ab, die Friedensbewegung stellt heute kein Novum mehr da. Vor allem aber fehlt es, so beklagen die Gründer, an Mitstreitern bei den Aktionen, bei der Organisation von Brigaden, Pressearbeit und Workshops. Und dann sind da die Erwartungen der Angehörigen, die ja ausdrücklich im Zentrum stehen sol-



len. Für diese ist „die Bewegung“ keine weitere Station politischen Engagements, sondern oft so etwas wie die letzte, existenzielle Hoffnung. „Klar, ich habe es durch die Bewegung bis zum Präsidenten geschafft“, sagt Doña Mari gerade – eine ältere Frau mit kurzem grauen Schopf, die drei Söhne verloren hat. „Ihr habt gesagt, ich solle nicht vorpreschen und ich habe stillgehalten“. Doch wie lange noch, schluchzt sie, „ich brauche Antworten, was soll ich tun?“ „*No estás sola*“, ruft ihr ein älterer Mann über den Tisch zu, „Du bist nicht allein“. Das werde ja immer gerufen, entgegnet Mari, doch was heiße das konkret? Ein paar Momente lang liegt hilfloses Schweigen im Raum.

Die Sicilia-Losung „*Estamos hasta la madre*“ hatte zweifellos eine ähnliche Fanalwirkung wie seinerzeit das zapatistische „*Ya basta*“. Beide unterlaufen und erweitern die klassischen Repertoires politischer Rede, indem sie neue Verknüpfungen schaffen. So unterzeichnet Sicilia seine offenen Briefe beispielsweise mit dem ungewohnten Dreisatz „*paz, fuerza y gozo*“ („Frieden, Kraft und Lust“). Und beide schüren auch vergleichbare mediale Erwartungen. Reporter stürzten sich mit ähnlicher Verve auf „Javier“ wie in den 1990er Jahren auf „Marcos“ – nicht zufällig beides weiße, eloquente, diskursiv geschulte Männer. Beide aber weisen die Erwartungen mit demselben Argument zurück – sie seien nur die „Stimme“, die die Stimmen und Erfahrungen von Anderen zum Ausdruck bringe. Tatsächlich füllte Javier Sicilia eine Leerstelle, indem er das bis dahin namen- und sprachlose Entsetzen über die tobende Gewalt in Mexiko buchstäblich zur Sprache

brachte. Das allerdings ist keine Frage von Timing und Talent: Gehört worden wäre er wohl kaum, wenn ihm nicht selbst das Schlimmste widerfahren wäre.

Erinnerung und Sichtbarmachung

Eine der wichtigsten Beweggründe für die Mobilisierung ist, neben konkreten Forderungen nach Opferschutz, echten Ermittlungen und einer Wende in der offiziellen Sicherheitspolitik, die so horrenden wie abstrakten Todesstatistiken menschlich zu machen: die Zahlen zu Namen, die Namen zu Gesichtern. Mit öffentlich ausgestellten Gedenktafeln, Namenslisten und Fotografien soll die Erinnerung an die gerade erst Getöteten und Verschwundenen vor dem Vergessen bewahrt werden. Eine Gedächtnisarbeit also, die – anders als Erinnerungspolitik mit Bezug auf Militärdiktaturen und Bürgerkriege der 1970er und 1980er Jahre – nicht die Vergangenheit, sondern die unmittelbare Gegenwart ins kollektive Gedächtnis holen will.

Vor allem im vergleichsweise „sicheren“ Mexiko-Stadt beteiligen sich auch Künstler immer wieder an den Versuchen, das Geschehen im Stadtalltag „in Erinnerung“ zu rufen.

Auf der Plaza Garibaldi, der traditionellen Mariachi-Arena, stimmten eines Nachmittags ein paar Tausend Totenmasken die berühmte Ballade *la Llorona* an, den schaurig traurigen Totengesang einer Mutter für ihre gestorbenen Kinder. Der „Totenchor“ bildete den Abschluss eines „kollektiven Rituals“, zu der der legendäre Künstler Alejandro Jodorowsky aufgerufen hatte. Die „psychomagische“ Aktion war als massenhafter Exorzismus gegen die Gewalt gedacht.

Route der Friedenskarawane Sicilia durch die USA



Karawane des Friedens

Jodorowsky gilt in der Kulturszene als durchaus umstrittener Esoteriker. Doch hier war ihm und seinen Anhängern eine eindrucksvolle Inszenierung gelungen. Viele Stunden lang lief der „Marsch der Totenschädel“ vom südlichen Uni-Campus ins historische Stadtzentrum und trug dabei eine schmutzige, zerrissene Fahne vor sich her. Auf einem der Transparente stand zu lesen: „Mit jedem verlorenen Leben stirbt ein Stück Mexiko – nähre diesen Krieg nicht mit deiner Indifferenz“.

Oder eben die umwickelten Statuen der Künstlerin Laura Valencia. Die Kunstaktion ist für sie ein Erfolg, berichtet Valencia später. Mit „Hunderten“ von Menschen sei man ins Gespräch gekommen. Dabei waren ihre schwarz verhüllten Figuren am Straßenrand gar nicht auf den ersten Blick entzifferbar, sie irritierten eher als aufzuklären oder anzuklagen. Und doch blieben viele Passanten stehen, manche kürzer, andere länger; einige fassten die Banderole an, lasen die Namen; viele gingen dann weiter. Die allermeisten jedoch hatten kurz innegehalten.

Und womöglich geht es in dem Ausnahmezustand, an den sich die mexikanische Gesellschaft zu gewöhnen droht, neben Anklage und Demonstrationen gerade um diese Art Irritation. Um kleine Widerhaken in der Alltagswahrnehmung, Interventionen in die alltägliche Normalität, die für einen kurzen Moment die permanente Verdrängung unterlaufen. Wie hatte eine Krankenschwester, die sich direkt von der Nachtschicht dem „Marsch der Totenschädel“ angeschlossen hatte, einem Zeitungsreporter gegenüber gesagt: „Wir benehmen uns den ganzen Tag, als wäre nichts Besonderes los. Die Morde werden zu etwas Alltäglichem.“

Im Februar 2012 schließlich lancieren Kulturschaffende eine neue Kampagne: „*Ponte en los zapatos del otro*“ (Versetz dich in den Anderen hinein).² In einem fünfminütigen Spot sprechen einige der populärsten Schauspieler des Landes, darunter Daniel Giménez

Cacho oder Diego Luna, in die Kamera und behaupten, jeweils ein Anderer oder eine Andere zu sein: „yo soy“, ich bin, sagt das bekannte Gesicht, es folgt ein unbekannter Name und eine brutale Erfahrung, Verzweiflung, Wut, Nichtaufgebenwollen. Ein kollektiver Stimmentepich wird gewoben, in dem das Leiden der Anderen, der Gewaltopfer, und die eigene Stimme nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Die Kamera zoomt sich heran. „Hört zu, schaut uns an, wir brauchen Euch“, sagen die Berühmten. Was folgt, und damit endet der Spot, sind die wahren Gesichter zu den Namen, Frauen und Männer, Junge und Alte aus allen Teilen des Landes. Sie schauen nur in die Kamera. Stumm, manche skeptisch. Und erwartungsvoll.

Gekürzter Nachdruck aus: Anne Huffs Schmid, Wolf-Dieter Vogel, Nana Heidhues, Michael Krämer, Christiane Schulte (Hg.): NarcoZones. Entgrenzte Märkte und Gewalt in Lateinamerika. Berlin: Assoziation A, 2012, 272 S., 18 Euro.

¹ Veröffentlicht auf der Titelseite der Zeitschrift *Proceso*, Nr. 2011, 27. November 2011. Ein Auszug: „Miren aki les dejamos estos muertitos si los levantamos nosotros para ke miren ke sin la ayuda de ningun cabron estamos metidos hasta la cocina...“ (sinngemäß übersetzt etwa: „Schaut mal, wir haben Euch hier diese paar kleinen Toten mitgebracht, ja, die haben wir aufgegabelt, damit ihr seht, dass wir es uns ohne Hilfe von irgendeinem Scheißkerl schon bei Euch gemütlich gemacht haben...“).

² Dahinter steht das Künstlerkollektiv „El Grito más fuerte“ (der lauteste Schrei), das zur Unterstützung der „Bewegung für Frieden mit Würde und Gerechtigkeit“ gegründet wurde; der Videospot findet sich unter: <http://www.youtube.com/watch?v=2UB7db7kMFk>. „Emergencia MX“ nennt sich ein Zusammenschluss von professionellen Dokumentar- und Spielfilmregisseuren, der sich eine visuelle Chronik der Bewegung zum Ziel gesetzt hat <http://emergenciamx.org/>.

Wer kocht da welches Süppchen?

Die neue Politik der Öffentlichen Sicherheit in El Salvador – Interne Aspekte und Regionalisierung

Angela Reyes

El Salvador gehört zu den Ländern mit der höchsten Kriminalitätsrate weltweit. Entsprechend brennt das Thema öffentliche Sicherheit den Leuten auf den Nägeln. Und überall wo das so ist, ist kommt rechte Stimmungsmache gut an. Linke Ansätze, die auf Kombinationen von Prävention, Integration und professioneller Polizeiarbeit setzen, sind eher langfristig angelegt und längst nicht so geeignet, die hoch kochenden Emotionen zu befriedigen wie rechte Kopf-ab-Pa-rolen. Im März 2012 verdrängte ein Thema die kommunale Wahlschlappe der linksgerichteten FMLN aus der öffentlichen Diskussion in El Salvador: In zunächst geheim gehaltenen Verhandlungen zwischen inhaftierten Anführern krimineller Jugendbanden und der katholischen Kirche einigten sich die Beteiligten auf eine nachhaltige Reduktion der Morde im salvadorianischen Alltag. Präsident Mauricio Funes, immer stärker bemüht, sich von der linken FMLN, deren Kandidat er war, abzusetzen, hieß das Abkommen in einer Pressekonferenz gut, nachdem seine Regierung zunächst ihre Beteiligung energisch dementiert hatte.

Dass Bewegung in die Politik der öffentlichen Sicherheit El Salvadors gekommen ist, kann niemand bestreiten. Nicht so ganz klar ist die Zielrichtung dieser Bewegung. Bereits im November 2011 hatte der FMLN-Minister für öffentliche Sicherheit, Manuel Melgar, seinen Rücktritt erklärt und Präsident Funes tauschte ihn gegen den ehemaligen Armee-General David Munguía Payés (zuvor Verteidigungsminister, aus. Darauf folgten der Leiter des Geheimdienstes OIE, Eduardo Linares, und im Januar 2012 der der *Policía Nacional Civil* (PNC), Carlos Ascensio, beide ebenfalls FMLN. Ascensio wurde ersetzt durch den „ehemaligen“ General Francisco Salinas, dessen Eintritt in den Ruhestand allerdings im Eilverfahren speziell zum Zweck der Amtsübernahme bei der PNC erfolgte. Eine Formalität, die offenbar Kritiker_innen der „Militarisierung“ den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Organisationen der Zivilgesellschaft wehren sich gegen die Entscheidung des Präsidenten, zivile Ämter und Polizeiposten mit Militärs zu besetzen. Sie sehen darin einen Bruch mit den Vorgaben der

Friedensabkommen, die 1991 den Bürgerkrieg beendeten, und befürchten eine Rückkehr zum Autoritarismus. In der letzten Märzwoche ließ der Oberste Gerichtshof El Salvadors eine Verfassungsklage u. a. von Angehörigen der Rechtshilfe-NRO FESPAD gegen die Ernennungen zu. Funes bezeichnete daraufhin die Entscheidung der zuständigen *Sala de lo Constitucional* als politisch motiviert. Die Tageszeitung *La Prensa Gráfica* zitiert den Präsidenten mit den Worten: „Beweisen Sie mir mit Argumenten, dass ich die Polizei militarisiere. Dann mache ich eine Kehrtwende.“

Eindeutige Erklärungen für die Entwicklung (und Hand in Hand damit das verstörende öffentliche *Handling* durch Medien und Institutionen) fallen nicht leicht – oder allzu leicht. Sicher spielt hier die Einflussnahme der wirtschaftlichen Eliten auf höchster Ebene eine Rolle ebenso wie die politische und persönliche Zukunftsplanung wesentlicher Beteiligter, auch des Präsidenten selbst. Nicht weniger wichtig ist die regionale Einordnung. Die Rolle Mittelamerikas im Drogenhandel ebenso wie die Entschlossenheit in einflussreichen Kreisen der US-Administration, das Übergreifen progressiver oder „linkspopulistischer“ Regierungen auf Mittelamerika zu verhindern, spielen hier eine Rolle.

Am 14. März 2012 berichtet die Internet-Zeitung *El Faro* in San Salvador über Verhandlungen zwischen der Regierung und den *Maras*, den kriminellen Jugendbanden Mittelamerikas. *El Faro* spart nicht an Kritik für die Polizei und den Mangel einer sozialpolitischen Strategie zum Phänomen der *Maras* und ist deshalb bei der Regierung nicht das beliebteste Medium. Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung kommt es in der Apostolischen Nuntiatur in San Salvador zu einer denkwürdigen Pressekonferenz: Monsignore Fabio Colindres, ein Militärgeistlicher im Bischofsrang, gibt gemeinsam mit dem ehemaligen Guerrillakommandanten Raúl Mijango bekannt, keineswegs die Regierung, sondern der Bischof und der zum „Schriftsteller und Intellektuellen“ mutierte Mijango selbst, hätten die Verhandlungen geführt, bei der es um Hafterleichterungen und die Reduktion

der Morde unter den rivalisierenden Banden ging. Wie es sich kurz vor Ostern gehört, war bei den Verhandlungen auch Jesus Christus selbst mit am Tisch: Das „Licht des Evangeliums“ habe die Bandenchefs zur Einsicht geführt. Sicherlich tragen nicht nur das für die salvadorianische Gesellschaft extrem wichtige Thema selbst, sondern auch das skurrile Setting dazu bei, dass die Medien in den folgenden Tagen kaum über etwas anderes berichten. Verhandlungsführer und JournalistInnen geben sich bei Talkshows die Klinke in die Hand, geläuterte *Mareros* lassen sich zu Exklusivinterviews im Gefängnis herab, und Paolo Lüers, ehemaliger Guerrilla-Funktionär in der Teilorganisation ERP und – inzwischen ebenfalls geläutert – Kronzeuge der rechtsgerichteten Tageszeitung *Diario de Hoy* gegen die FMLN, begibt sich in das Gefängnis, um die Echtheit eines Kommuniqués der *Maras* zu verifizieren, in dem diese sich der Colindres-Mijango-Version anschließen. Und schon in diesen „ersten Tagen“ sinkt die Mordrate. Freilich gibt es in Bezug auf die Mordrate in El Salvador ganz unterschiedliche Versionen. Während General Munguía Payés 90 Prozent der Morde den *Maras* zuspricht, erklärte ein PNC-Sprecher im Dezember 2011, dass nur ca. 30 Prozent der Morde den Banden zugerechnet werden können. Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die „Verhandlungsführer“ zu werfen: Monsignore Fabio Colindres wird als Militär- und Polizeigeistlicher vorgestellt. Von sich selbst sagt er, dass er seit langen Jahren als solcher in der Gefangenen-Seelsorge tätig war – allerdings nicht mit so durchschlagendem Erfolg wie offenbar jetzt. 2007 kritisiert ihn ein ökumenischer Zusammenschluss in einem offenen Brief im Zusam-

menhang mit dem Projekt, eine Kathedrale für das salvadorianische Militär zu errichten.¹ Raul Mijango ist *Ex-Comandante* der früheren FMLN-Teilorganisation ERP, aus der er als Gründer der sog. *Tendencia Democrática* ausgeschlossen wird. Von 1997 – 2000 ist er Abgeordneter der FMLN und verlässt diese ebenfalls im Zuge des Ausschlusses des gescheiterten, der „Sozialdemokratie“ nahestehenden, Präsidentschaftskandidaten Facundo Guardado (*Movimiento Renovador*). Danach wird es politisch ruhig um ihn. Von dem im „Hochsicherheitsgefängnis“ in Zacatecoluca („Zacatraz“) einsitzenden Mario Belloso, verurteilt als „ultralinker“ Mörder von zwei Polizisten bei einer Demonstration im Juli 2006, will Mijango als Vertrauensperson für die *Maras* empfohlen worden sein.

Der spektakuläre „Nicht-Verhandlungsprozess“ lenkt von der seit Monaten beharrlich betriebenen Umgestaltung des Sicherheitskabinetts der Funes-Regierung ab. Erklärungen für das offenkundige Abservieren der FMLN aus der Politik der öffentlichen Sicherheit gibt es zahlreiche. Sie beginnen bei der Überlegung, wie sich der amtierende Präsident seine politische Zukunft vorstellt. Für eine nächste Amtszeit kann Mauricio Funes nicht antreten, die Verfassung verbietet zwei Amtszeiten in Folge. Sie schließt jedoch eine Wiederwahl nach einer Pause nicht aus. Es scheint allerdings ausgeschlossen, dass die FMLN den Journalisten jemals wieder aufstellen könnte: Zu stark haben sich in den vergangenen zwei Jahren die politischen und wohl auch persönlichen Differenzen herausgestellt.



Raúl Mijango verhandelte mit den *Maras* - hier mit Polizist

Sicherheitsminister Munguía Payés werden Absichten auf eine künftige Präsidentschaft nachgesagt. Er kandidierte bereits 2003 erfolglos als Abgeordneter für die inzwischen wieder aufgelöste Splitterpartei *Acción Popular*. Das Vertrauensverhältnis zwischen Funes und Munguía Payés gilt als solide. Sich als General im Dienste der öffentlichen Sicherheit als derjenige zu profilieren, der das Problem der *Maras* und der stetig steigenden Mordrate zu lösen wusste, kann einer kommenden Kandidatur, diesmal für eine Partei mit größeren Siegesschancen, nur entgegenkommen. In einer solchen Regierung würde auch Mauricio Funes an entscheidender Stelle mitwirken können. Die Wechselwirkung positiver Umfragewerte und öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen konnte Funes im vergangenen November austesten. Seine Popularität begann nach einem Tief wieder zu steigen, nachdem er den Weg für das Militär in die Öffentliche Sicherheit freigemacht hatte. Können solche Überlegungen gelten gelassen werden? Politische Beobachter_innen in El Salvador tun es. Trotzdem sind das zum gegenwärtigen Zeitpunkt größtenteils Spekulationen.

Die in der salvadorianischen Linken favorisierte Hardcore-Version zur Umgestaltung des Sicherheitskabinetts besteht darin, dass die Anweisungen dazu direkt aus der Giftküche der US-Administration/ des Pentagons/ der DEA stammen. Letztere zum Zweck der Kontrolle des Drogenhandels in Mittelamerika. Die berüchtigte *Drug Enforcement Agency* als Sperrspitze der US-Hardliner im Krieg gegen den Drogenhandel hat – zum Beispiel in Kolumbien – auch schon gerne den Kampf gegen das organisierte Verbrechen mit dem Kampf gegen politische Subversion in ihren Partnerländern verbunden. In verschiedenen Abkommen, wie etwa der Mérida-Initiative (2008), haben die USA mit den Regierungen Mexikos und Mittelamerikas Schritte zur Bekämpfung des Drogenhandels ausgehandelt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie auch bereit sind, bei Personalentscheidungen einzelner Regierungen aktiv mitzuwirken. Grund genug gibt es. Nicht nur beherbergt El Salvador zahlreiche regionale und überregionale Organisationen, wie das Regionalbüro der INTERPOL und die internationale US-Polizeischule *International Law Enforcement Academy, ILEA San Salvador*. Es hat auch in der Vergangenheit Gruppierungen mit weit weniger legalem Hintergrund Unterschlupf geboten. So die im Waffenhandel und in der Organisation von Anschlägen gegen Cuba tätigen Strukturen des Terroristen Luis Posada Carriles. Dieser hielt sich seit den 80er Jahren immer wieder mit politischer Protektion – und salvadorianischem Reisepass – im Land auf. Hingegen betrachten weder der ehemalige Leiter des Geheimdienstes OIE, Eduardo Linares, noch der zum Rücktritt gedrängte Sicherheitsminister Manuel Melgar – beide ehemalige Kommandanten der FMLN-Guerrilla – die USA als enge Freunde. Letzte-

rem verweigerten die USA bis zuletzt ein Einreisevisum in die USA. Das steht im Zusammenhang mit einer FMLN-Aktion 1985 in San Salvadors Oberschicht-Vergnügungsviertel Zona Rosa, bei dem vier US-Militärberater starben. Als Grund seines plötzlichen Ausscheidens aus dem Sicherheitskabinetts wird jedoch sein öffentlicher Aufruf in Richtung US-Regierung gehandelt, ihm die, der DEA offenbar vorliegende, Liste der in El Salvador in den Drogenhandel Verwickelten zu übergeben. Wenig später sah Melgar sich gezwungen seinen Hut zu nehmen. Auch dass die Personalentscheidung um den PNC-Chef Carlos Ascencio ausgerechnet kurz vor den Wahlen getroffen wurde und die FMLN als Versager nun auch in der Öffentlichen Sicherheit gelten musste, gibt Anlass zu Spekulationen.

Konkretes Wissen jedoch ist – jedenfalls in der Öffentlichkeit – rar. Um sich dennoch ein Bild zu machen, ist es sinnvoll, sich Kritikpunkte anzusehen, wie sie von Beobachter_innen und Organisationen der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt der FMLN formuliert werden. Nach Ansicht des Soziologen Luis González mangelt es der salvadorianischen Sicherheitspolitik generell an Strategie. „Das ist in Richtung der Kriminellen ein Zeichen der Schwäche und für die Bevölkerung ein Zeichen, nicht mit Schutz rechnen zu können. Dieser Mangel an Eindeutigkeit ist schlecht, so als wolle man einfach mal schauen, was am besten klappt.“ Die schon seit der Regierung Präsident Tony Sacas eingeschlagene Richtung, Patrouillen aus Polizei und Militär auf dem Land und in städtischen Konfliktzonen einzusetzen, den *Plan Mano Dura* – „Harte Hand“ – hält er für „einen Irrweg. Das ist kein Plan. Das ist eine repressive Linie gegen die Banden, aber das hat nichts mit einem Plan zu tun, der auf Integration abzielen muss, ermöglichen muss, dass etwa jungen Bandenmitgliedern das Aussteigen ermöglicht wird. Was wir sehen, ist aber ein Herumschustern an kurzfristigen Lösungen. So als wäre auch für die Regierung 2014 ein Fristende. Was danach kommt, ist egal. Und das ist schlichtweg Fehlen von Politik.“

Die Rechtsanwältin Zaira Navas arbeitete u.a. für die staatliche Ombudsstelle für Menschenrechte *Procuraduría Nacional para la Defensa de los Derechos Humanos (PDDHH)* – deren Gründung ebenfalls ein Ergebnis der Friedensabkommen von 1991 ist - bevor sie 2009 Generalinspektorin der *Policía Nacional Civil* wurde. Aus Protest gegen die Einsetzung von General Salinas stellte sie im Januar 2012 ihr Amt zur Verfügung, ein Rücktritt auf Raten, dem die neuen Vorgesetzten keinen Widerstand entge-



Manuel Melgar, ehemaliger Minister für Justiz und Öffentliche Sicherheit



Präsident Mauricio Funes

gensetzten. Für Navas waren die im Vorfeld der Wahlen 2009 unter der Regie der FMLN organisierten Diskussionsforen der *Consulta Popular* zu allen für das Regierungsprogramm relevanten Fragen ein erster Schritt zu einer neuen Politik. Zu einer nur unter Schwierigkeiten durchzusetzenden Politik. "Wir stellten fest, dass private Sicherheitsunternehmen mehr als doppelt so viele Angehörige hatten als die Polizei. 40000 private Sicherheitsleute gegenüber 17000 PolizistInnen. Daraufhin entschied der Präsident, dass die Arbeit der Polizei durch noch mehr Militäranghörige unterstützt werden sollte. Damit war ich – als jemand aus dem Bereich der Menschenrechtsarbeit – persönlich nicht einverstanden. Aber es war andererseits auch nachvollziehbar: Das war eine sehr spärlich ausgerüstete Polizei, die wir da übernahmen, ohne Geldmittel, ohne genügend Fahrzeuge, ohne die richtige Ausrüstung. Und ein völlig überlastetes Strafvollzugssystem." Die Militärs sollten nur eine Übergangslösung sein. Nach der Entscheidung Funes, ausgerechnet den höchsten Posten der PNC mit einem Militär zu besetzen, sah Zaira Navas keine Zukunft mehr in der Regierung.

Maria Silvia Guillén von der Rechtshilfe-NRO FESPAD sieht den „Weg zurück“ der Militärs in die Öffentliche Sicherheit als Prozess, der fast unmittelbar nach den Friedensabkommen begonnen hat. Sie erbittert, das ausgerechnet die „Regierung des Wandels“ des FMLN-Kandidaten Mauricio Funes diese Rückkehr vollendet, als dieser 2009 entscheidet, dass im Sicherheitskabinett auch das Verteidigungsministerium vertreten sein solle. „Den Vorsitz hatte vorgeblich der Minister für Öffentliche Sicherheit. Aber im realen Leben spiel-

te der Verteidigungsminister eine sehr wichtige Rolle.“ Auch Oscar Fernández, Berater der FMLN-Parlamentsfraktion in Sicherheitsfragen, sieht die Vorgänge um das Sicherheitskabinett als Teil einer US-Strategie: "Das – sehr reale – Problem des Drogenhandels dient den USA als Vorwand für weit politischere Ziele. Es geht ihnen um Südamerika, wo sie an Hegemonie verloren haben. Ihre Brückenköpfe waren Kolumbien und Peru – nun haben sie aber Peru verloren, denn obwohl Humala kein Mann der Linken ist, ist er auch nicht extrem rechts wie Alan Garcia." Dass Länder wie El Salvador und Honduras wieder verstärkt ins Visier der Großmacht geraten, erscheint ihm als logische Konsequenz. Und es stimmt, wobei in der lateinamerikanischen Linken gerne ein Aspekt übersehen wird, vor dem sie aber nicht die Augen schließen sollte. Die offensive Verortung der „Leitnationen“ des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ auf der Seite jener, die die USA in ihrem „Kampf gegen den Terrorismus“ als Hauptfeinde definiert haben, müssen notwendigerweise die Falken im US-System auf den Plan rufen. Dabei spielt es keine Rolle, wie ernst eine Bedrohung der USA aus Südamerika wirklich zu nehmen ist. Eine Doktrin nationaler Sicherheit, aufgestellt von einer hochgerüsteten Weltmacht, kann sich ihrerseits keine feindlichen Brückenköpfe vor der Haustür leisten. Das rechtfertigt in keiner Weise die US-Politik in Lateinamerika, wirft aber die Frage auf, welche Interessen betroffene Länder wie El Salvador – das kein Öl exportiert und in der internationalen Wirtschaft eine mehr als untergeordnete Rolle spielt – im Bemühen um das Gemeinwohl ihrer Bevölkerung in den Vordergrund stellen müssen. Keine einfache Diskussion, gewiss – aber zu wichtig, um mit ideologischen

Sonntagsreden erstickt zu werden.

Wie soll die salvadorianische Linke nun mit der Situation umgehen? Der Protest der Organisationen der Zivilgesellschaft ist gut und notwendig. Die FMLN hat sich aber einer weitaus schwierigeren Situation zu stellen. Etwa der Tatsache, dass die Korruption niemals aus den Entscheidungsebenen in der Regierung verbannt werden konnte. Aufgeben darf die FMLN in der Auseinandersetzung um den Einfluss auf die Politik der Öffentlichen Sicherheit nicht. Sie verfügt über viele positive Ansätze aus der Erfahrung in den Gemeinden, in der PNC und bei der Formulierung von konkreten Projekten. Nur muss sie das auch kommunizieren. Die SalvadorianerInnen erwarten glaubwürdige Positionen zu den drängenden Alltagsfragen. Und da hilft nur Basisarbeit. Wenn die FMLN das nicht beizeiten in ihre Strategie aufnimmt, wird ihr spätestens bei den nächsten Wahlen 2014 die Rechnung präsentiert werden.

fentlichen Sicherheit nicht. Sie verfügt über viele positive Ansätze aus der Erfahrung in den Gemeinden, in der PNC und bei der Formulierung von konkreten Projekten. Nur muss sie das auch kommunizieren. Die SalvadorianerInnen erwarten glaubwürdige Positionen zu den drängenden Alltagsfragen. Und da hilft nur Basisarbeit. Wenn die FMLN das nicht beizeiten in ihre Strategie aufnimmt, wird ihr spätestens bei den nächsten Wahlen 2014 die Rechnung präsentiert werden.

¹ <http://www.alterinfos.org/spip.php?article1518>

Teuflische Schatten - Zwei Frauen gegen die Mara Salvatrucha Horlemann. 2011, 298 Seiten, 19,90 •

Eine Rezension von Vera Suschko.

Teuflische Schatten erzählt die wahre Geschichte von Sandra Lopez, deren Leben in der guatemaltekischen Kleinstadt Palencia von massiver Gewalt und ständiger Lebensgefahr geprägt ist. Schon in ihrer Kindheit, die noch vergleichsweise harmonisch beschrieben wird, erlebt sie regelmäßig, wie der Lebensgefährte ihrer Mutter diese mit Schlägen und Tritten malträt. Auch sie selbst muss immer wieder körperliche Züchtigungen durch ihre Mutter und ihre Großmutter ertragen.

Als Sandra 15 Jahre alt wird, verliebt sie sich in Tino, der sich kurze Zeit später als ein Mitglied der gefährlichen Jugendbande „Mara Salvatrucha“ entpuppt. Sandras Mutter ist von Anfang an gegen den Kontakt zu ihm. Sie ahnt bereits die große Gefahr, die von diesem Jugendlichen und seinem kriminellen Netzwerk ausgeht. Doch all den Warnungen und Strafen der Mutter zum Trotz, bleibt Sandra bei Tino und bekommt schließlich ein Kind von ihm. Als Tinos „Mara-Bräut“ lebt sie nun in einer gewaltvollen Beziehung und ordnet sich ihm und den Regeln seiner Gang völlig unter, zunächst noch aus Liebe, später nur noch aus Angst. Sie wird Zeugin von den Verbrechen der Mara und muss doch schweigen, um sich nicht selbst in Gefahr zu bringen.

Diesem Prinzip, sich nicht einzumischen, scheint ganz Palencia zu folgen. Kaum ein Verbrechen der Mara wird bei der Polizei angezeigt. Sandras Mutter Bernada jedoch lässt sich nicht einschüchtern. Sie informiert die Polizei über die kriminellen Aktivitäten der Mara und stellt sich als Zeugin für Gerichtsverhandlungen gegen einzelne Mareros zur Verfügung.

Diesen Mut muss sie schließlich mit dem Leben bezahlen. Trotz Polizeischutz wird Bernarda eines Nachts im Schlafzimmer vor den Augen einer der Töchter erschossen.

Nun liegt es an Sandra, gegen die Mörder ihrer Mutter auszusagen.

Das Buch basiert auf zahlreichen Interviews, die der Autor Andreas Böhm mit Sandra über mehrere Jahre hinweg geführt hat. Über Sobrevivientes, eine Stiftung, die sich um Frauen kümmert, die Opfer von Gewalt wurden, hatte der Schweizer Journalist sie kennengelernt. In offensichtlich sehr vertrauten Gesprächen hat Sandra ihm intime Erlebnisse aus ihrer Jugend erzählt. Diese Erzählungen fügte Böhm dann in seinem Roman zu einer authentischen Geschichte aus der Ich-Perspektive zusammen. Das Besondere dabei ist, dass im Gegensatz zu den gewohnten statistischen Abhandlungen zum Thema, die Beziehungen der Täter und Opfer zueinander äußerst genau geschildert werden und ihnen so beispielhaft ein klares Gesicht gegeben wird.

Leider verliert die Geschichte genau diese Spannung, wenn Böhm Sandras Schilderungen um seine eigenen Erklärungen erweitert. So ist es für die Leserin/den Leser zwar informativ, wirkt aber auch etwas gestelzt, wenn beispielsweise Bernardas Äußerungen über Tino, den „hässlichen Schwarzen“, in den Kontext des in Guatemala verbreiteten Rassismus gegen Indigene gestellt werden. Dies gilt auch für Informationen über die Geschichte und Struktur der Maras, die Sandra scheinbar in den Mund gelegt wurden. Möglicherweise ist dieser Eindruck aber auch der Übersetzung ins Deutsche geschuldet.

Dennoch berührt und schockiert das Buch in allen Kapiteln. Die ausweglose Situation, in der sich die Opfer der Maras, aber auch die Bandenmitglieder selbst befinden, wird besonders gut deutlich.

Man bangt mit Sandra um ihr Leben und das ihrer Familie. Diese Sorge bleibt auch nach dem Lesen des Buches. Denn wie im Nachwort erklärt wird, befindet sich die heute 30-Jährige weiterhin in großer Gefahr.



Paramilitär bewacht
Lomas de Poleo

Juárez zwischen der Politik des Schreckens und dem Widerstand

Willivaldo Delgado

Juárez in Berlin

Im Februar 2010 nahm ich an einem Treffen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko in Berlin teil. Kaum angekommen, erfuhr ich von dem Massaker in Villas de Salvarcar: 16 Jugendliche waren von einem bewaffneten Kommando umgebracht worden, als sie eine Geburtstagsparty feierten, und die Regierung behauptete, dass es sich um einen Krieg zwischen Banden handele. Als ich zwei Wochen später nach Mexiko zurückkehrte, befand sich die Stadt im Aufstand gegen die Regierung. Am gleichen Tag trat Luz María Dávila, Mutter zweier der Opfer, Felipe Calderón gegenüber und erklärte ihn zur *persona non grata*. Dieser Augenblick markierte ei-

nen Wendepunkt im so genannten Drogenkrieg. Obwohl bereits vorher Demonstrationen und Protestmärsche für den Frieden, gegen die Militarisierung und für die Gerechtigkeit stattgefunden hatten, nahmen diese von jenem Zeitpunkt an eine neue moralische Kraft an. Sie zielten nun darauf ab, das wahre Gesicht des politischen Diskurses aufzuzeigen, dem sich die Politik der sozialen Säuberung des mexikanischen Staates verschrieben hat. Ein Jahr später trug die Ankunft der „Karawane für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde“, zu der der Javier Sicilia¹ aufgerufen hatte, dazu bei, die Opfer ins Zentrum der Diskussion zu stellen und ihnen Würde zu verleihen. Sicilia bezeichnete Juárez als „Epizentrum des Schmerzes“ und erkannte hiermit zweifellos die Un-

terjochung dieser Stadt durch die Regierung Calderón an, eine Unterjochung durch zehntausend Morde und die Kriminalisierung des sozialen Lebens. Gleichzeitig hob er hervor, dass Juárez zum Ausgangspunkt wurde für den Widerstand gegen die Militarisierung und gegen das, was er, Sicilia, als *política del horror* („Politik des Schreckens“) bezeichnet hat.

Da es für mich unmöglich war, alles, was sich in Juárez ereignete, auf diesem Treffen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko anzusprechen, beschloss ich, auf eine Erzählung über einen Rundflug im Helikopter zurückzugreifen. Die Geschichte ging so: Aus dem Hubschrauber sehen wir, auf der einen Seite begrenzt von einer Bergkette, auf der anderen in die Wüste auslaufend, einen dunklen Fleck: die Stadt Ciudad Juárez. Im Süden erkennt man die Dünen von Samalayuca, die seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich unterhöhlt und ausgeplündert werden. Nicht weit davon befindet sich ein Endlager für radioaktive Abfälle, in dem mit Kobalt-60 kontaminiertes Metall aus einem Röntgengerät der 80er Jahre gelagert wird, deren radioaktives Potenzial ohne weiteres irreversible Schäden hätte verursachen können; es kostete jedoch lediglich mehrere Menschenleben. Dies als Beispiel für die Umweltzerstörung, der die Gegend ausgesetzt ist. Im Osten befindet sich eine lange Reihe ehemaliger Agrarsiedlungen, die von der Immobilienspekulation und dem Drogenhandel zerstört wurden: eine Gegend, die Tal von Juárez genannt wird. Und im Westen der Stadt liegt Lomas de Poleo, eine Gemeinde, in der sich eine Gruppe von Ansiedlern, die dort seit 30 Jahren leben, und eine einflussreiche Gruppe von Geschäftsleuten in einem Landkonflikt befinden. Der Streitfall besteht seit vielen Jahren. Für die Ansiedler steht ein selbstverwaltetes Farmprojekt auf dem Spiel. Für die Unternehmer hingegen ist das mehrere Hektar große Gebiet attraktiv, weil es strategisch günstig in einer binationalen Industriezone liegt. Die örtlichen Regierungen haben dafür Infrastruktur wie die Fernstraßen Jerónimo und Camino Real errichtet, die Juárez auf mehreren Wegen mit Neu-Mexiko² verbinden. Diese Investitionen zielen darauf ab, in Juárez eine weitere Geschäfts- und Industrieregion (soll heißen, eine Maquiladora³) aufzubauen. Hier wird immer die gleiche alte Formel angewendet: niedrige Löhne und geringe oder gänzlich fehlende Investition in materielle und symbolische Güter für die Arbeiter_innen - meist Immigrantinnen, aber auch junge Männer, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Seit acht Jahren wird Lomas de Poleo auf Geheiß der Unternehmer von einer paramilitärischen Einheit überwacht, die mit Wachhäuschen und bewaffneten Wachleuten den Ort umzingeln und kontrollieren, wer kommt und geht. Dies geschieht mit der Absicht, die Bewohner sowohl von ihren Nach-

barn und dem Nachbarort Lomas de Poleo Bajo als auch von sozialen und Menschenrechtsorganisationen zu isolieren, die versuchen, sie zu unterstützen. Dieser Krieg niedriger Intensität wird unter der Duldung und mit der Komplizenschaft der örtlichen und staatlichen Behörden geführt, die ihre Verantwortlichkeiten aufgegeben haben und zulassen, dass eine Gruppe von Privatleuten Menschen förmlich in Ghettos einsperrt, damit die Bewohner der Gemeinde von ihren Forderungen ablassen und auf Grund und Boden verzichten. Wie man sieht, handelt es sich hier nicht lediglich um einen unter vielen Streitfällen um Grund und Boden, sondern um einen regelrechten Feldzug zur Neuordnung der räumlich-sozialen Beziehungen in der Region. Lomas de Poleo ist keine illegale Siedlung. Die Bewohner können Dokumente vorweisen, die ihnen bescheinigen, dass sie rechtmäßige Besitzer des Bodens sind. Viele Jahre lang hatte die Gemeinde einen funktionierenden Postdienst und war ans Stromnetz angeschlossen. Die Straßen hatten Namen, die im Stadtplan verzeichnet waren; es gab zwei Schulen und eine Kirche. Die Schlägertrupps im Auftrag der Familie Zaragoza übernahmen es, Häuser niederzubrennen (in einem Fall waren zwei Kindern darin), die Kirche zu zerstören, die Straßenschilder abzureißen und die Hunde zu vergiften, während die Anwälte der Familie Zaragoza den Abbau der Strommasten in die Wege leiteten. Ihr Ziel war es, eine Gemeinde zum Niemandsland zu reduzieren und diesen Raub zu vertuschen. Den Höhepunkt stellte eines der gewalttätigsten Ereignisse dieses Feldzuges dar: Ein Anwalt, der einige der Fälle der Bewohner von Lomas de Poleo übernommen hatte, wurde ein paar Häuserblöcke vom Agrargericht der Hauptstadt des Bundesstaates Chihuahua entfernt von Kugeln durchsiebt.

Die Vorfälle in Lomas de Poleo kündigten schlimme Zeiten an.

Über die Prekarität und die Gewalt gegen die Gemeinden

Der Grenzstaat Chihuahua ist beispielhaft für die verheerenden Auswirkungen des Freihandels in Mexiko – ich spreche hier nicht nur von dem Freihandelsabkommen, sondern von der allgemeinen Politik, die in der Region seit den 60er Jahren ausgeübt wird. In Chihuahua, und besonders in Ciudad Juárez und Umgebung, konzentrieren sich auf dramatische Weise die systematische Verletzung der Menschenrechte, Frauenmorde und geschlechtsspezifische Gewalt, der Machtmissbrauch, der in den politischen Strukturen verwurzelt ist, die Militarisierung, die Kriminalisierung der jungen Männer und des sozialen Protestes, Vertreibungen, außergerichtliche Hinrichtungen, die Zerstörung der regionalen Wirtschaft, die Verwüstung des Bodens, die sozialen Konsequenzen der

Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Unfähigkeit der nationalen und internationalen Institutionen, auf all dieses Unrecht zu reagieren.

Historische Entwürfe wie der einer Arbeiterklasse, die den transnationalen Interessen untergeordnet ist, haben eine Bevölkerung geschaffen, die als wertlos, als wegwerfbar⁴ betrachtet wird. Seit den 40er Jahren hat der mexikanische Staat durch zeitlich begrenzte Gastarbeiterabkommen wie dem *Bracero*-Programm den Handel mit männlichen Arbeitskräften in völliger Schutzlosigkeit zugelassen, damals in der Absicht, die US-amerikanischen Militäreinsätze im Zweiten Weltkrieg und im Koreakrieg zu unterstützen. Später, in den sechziger Jahren, institutionalisierte der mexikanische Staat mit Programmen wie dem *Programa Industrial Fronterizo* (PIF) und dem *Programa Nacional Fronterizo* (PRONAF) rechtlich und ideologisch die Basis für die Schaffung einer den Prinzipien des transnationalen Kapitals unterworfenen Arbeiterschaft, die zunächst hauptsächlich aus Frauen bestand. Die Ausnahmebedingungen, unter denen diese transnationalen Interessen sich verwirklichen konnten, hat Enklaven hervorgebracht, in denen die prekäre Lebenssituation der Bewohner extrem wurde. Dies spiegelt sich wider in den niedrigen Löhnen, der hohen Anzahl der Arbeitsstunden, den schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen, insbesondere jedoch in dem Stigma der Wegwerfbarkeit, das den Menschen anhaftet, die Opfer dieser öffentlichen Politik sind. Der Staat zu Diensten des freien Marktes hat wohlüberlegte Maßnahmen eingeleitet, um die Organisations- und Reaktionsfähigkeit ganzer Gemeinwesen außer Kraft zu setzen. Die Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeiten, die Gewalt gegen Frauen, das Verschwindenlassen von Menschen und die selektive Duldung von Drogen- und Waffenhandel sind einige der Mittel, die der Staat angewendet hat, um den von ihm erzeugten Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten. Diese historischen Projekte haben Prozesse hervorgerufen, durch die die Bedingungen für extremste prekäre Lebenssituationen geschaffen wurden, die längst nicht mehr lediglich in Grenzstädten wie Ciudad Juárez vorherrschen, sondern sich in ganz Mexiko ausgebreitet haben.

Wohlüberlegte Entscheidungen

Um das Leben ertragen zu können, müssen stabile und nachhaltige Rahmenbedingungen geschaffen werden, und dort, wo keine Möglichkeit zur Besserung besteht, muss man alles geben, um die Notsituation zu lindern und die Bedingungen für ein würdiges Leben zu stärken.

Das ist laut Autoren wie Judith Butler die Materialität der moralischen Entscheidungen, mit denen die Ge-

sellschaft konfrontiert ist. An Orten wie Ciudad Juárez hat der Staat Mexiko seine Pflichten vernachlässigt und nicht nur aufgegeben, für würdige Lebensbedingungen zu sorgen; in einigen Fällen, wie in dem von Lomas de Poleo, hat er sich abgesehen von der Aufgabe seiner Zuständigkeiten und Verpflichtungen obendrein noch den privaten Interessen der Akteure der Globalisierung auf regionaler Ebene unterworfen. In diesem Zusammenhang hat die Regierung Felipe Calderón die Sicherheitspolitik instrumentalisiert, um die prekäre Lage der Menschen noch zu steigern. Jeder einzelne der mindestens 80.000 Morde der vergangenen sechs Jahre war wie ein Erdbeben, das die Gemeinden erschüttert hat. In Ciudad Juárez hat die Zahl der gewaltsamen Tode 12.000 erreicht; die sozialen, politischen und moralischen Konsequenzen dieser menschlichen Tragödie bleiben abzuwarten. In einem Artikel zum Thema, der 2010 in der Zeitschrift *Nexos* veröffentlicht wurde, betont der Autor Héctor Ruvalcaba, dass vor allem die jungen Männer von den ökonomischen Katastrophen und Ungerechtigkeiten betroffen sind. Sie stellen den höchsten Prozentsatz der Emigranten dar und auch die größte Zahl der Opfer der Gewalt in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen. Laut Ruvalcaba lebt die Hälfte der jungen Männer in Mexiko unter der Armutsgrenze. Zwischen 2000 und 2006 emigrierten jährlich 220.000 in die USA. Das Schlimmste ist jedoch ihre Reduzierung zu „bloßen Körpern ohne Subjektivität“: Jeder junge Mann, der umgebracht wird, wird von vornherein als Mitglied irgendeiner kriminellen Bande betrachtet. Dadurch, dass ihnen die Unschuld von vornherein abgesprochen wird, werden diese männlichen Leichname zu bloßen Körpern ohne Subjektivität, ohne Lebenslauf, und in vielen Fällen ohne würdevolle Beerdigung. Die Eigenschaft als Bürger dieses Staates wird ihnen aberkannt; man spricht von ihnen nur als von den ‚Kriminellen‘. In diesem Drama der Gewalt ist es die Stimme der jungen Männer, die wir am allerwenigsten hören. Sie haben kaum Präsenz in der Öffentlichkeit, werden höchstens in Listen von Täter- oder Opferzahlen erwähnt, und wenn sie doch einmal zu Wort kommen, dann nur, um das erwartete (und in vielen Fällen erzwungene) Geständnis abzulegen oder allenfalls eine fadenscheinige Rechtfertigung ihrer Taten zu liefern. Doch meist sind es nur plakative Leichname, die die Stadt neu definieren als Müllkippe für wertlose, wegwerfbare Menschenkörper.

In diesem Rahmen sind die Erklärungen Felipe Calderons zu Villas de Salvacar nicht als Ergebnis fehlerhafter Informationen zu betrachten, die ihm von irgendeinem Beamten übermittelt wurden. Es handelt sich vielmehr um eine Einstellung des Staates, die sich in einer öffentlichen Politik konkretisiert, die darauf zielt, die prekäre Lebenssituation gewisser Menschen auf die Spitze zu treiben. Darin bestand im



Wesentlichen die Militarisierung: im Aufmarsch bewaffneter Truppen - Armee und Staatspolizei - und im politischen Diskurs, der bestimmte Bevölkerungsschichten als Wegwerfzut betrachten und Orte wie Juárez neu definiert hat als Müllkippe für wertlose Menschenkörper.

Eine erniedrigte Gesellschaft erhebt sich

Angeht eines Szenarios der Kriminalisierung des sozialen Lebens und sogar der Gefahr der bevorstehenden physischen Auslöschung gingen die Bewohner von Juárez auf die Straße um zu protestieren - anfangs mit nicht sehr klar formulierten Forderungen. Auch soziale Organisationen und Verbände schlossen sich den Protesten an. Menschenrechtsorganisationen, doch auch einige Händler und Kleinunternehmer demonstrierten. Ein Teil der Mittelklasse beschloss, ihre Wohnanlagen zu verbarrikadieren; diese Tatsache, obgleich durch Angst motiviert, offenbarte ein tiefes Misstrauen gegenüber der Obrigkeit und damit eine Form des Pro-

testes. Unter den Demonstrationen stachen einige besonders hervor, wie etwa der Protestmarsch der Ärzte, die *Caminatas contra la Muerte* (Märsche gegen den Tod), die *Marcha del Coraje, el Dolor y el Desagravio* (Marsch der Wut, des Schmerzes und der Wiedergutmachung), die *Campaña hacia la Justicia* (Kampagne für Gerechtigkeit), BASTA (de Sangre; Schluss mit dem Blutvergießen, Anm. der Redaktion). Es waren Tage des Kampfes und des Widerstands angesichts der Gewalt, die nicht enden wollte und unkontrollierbar wurde. Obgleich die Ermordung der jungen Leute Teil einer planvollen Politik war, hatte die Regierung nicht einkalkuliert, dass sich die Gewalt exponentiell steigern würde. Bald erreichten die Morde, Entführungen und Erpressungen auch die Mittelklasse und, obwohl in geringerem Maße, selbst die Chefetagen der Unternehmen.

Unabhängig von den Zahlen ist es wichtig hervorzuheben, dass die Bewohner von Juárez auf die Straße gingen, um zu protestieren, trotz des rhetorischen Großangriffs vonseiten des Staates, der von den Me-

*Marsch des Schweigens
in Ciudad Juárez*



Javier Sicilia trifft in
Ciudad Juárez Luz
María Davila

dien reproduziert wurde. Es ist bemerkenswert, dass die Stimmen des Protestes sich in einem Zusammenhang erhoben, in dem sogar einige Intellektuelle wie Héctor Aguilar Camín forderten, dass die Menschen auch gegen die Narcos protestieren sollten und nicht nur gegen die Regierung. Zu protestieren bedeutete also nicht nur, sich den Kontingenten der Staatspolizei und die Armee entgegenzustellen (auf einer Demonstration wurde der junge Darío Orrantiapo von einem Polizisten der Bundespolizei erschossen), sondern auch, die öffentliche Meinung - vor allem die der staatlichen Medien - herauszufordern. Die Verschleierung von Seiten der Medien verdient eine gesonderte Untersuchung, aber es scheint mir wichtig hervorzuheben, dass die Ansicht vorherrschte, dass, wer sich gegen die Präsenz des Militärs auf den Straßen aussprach, automatisch den Interessen der Drogenkartelle zuarbeitete, und vor allem, dass die Regierung einen tapferen und ehrenhaften Krieg gegen den Drogenhandel führte.

Allmählich fingen die Protestierenden an, klarere Forderungen zu stellen, bis sich drei Schlagwörter herauskristallisierten: Wiederherstellung des Friedens, Gerechtigkeit, Aufhebung der Militarisierung. Nicht alle Proteste kreisten um diese drei Achsen, doch nach und nach entstanden mehrere Aktionsfronten, in denen wiederholt diese konkreten Forderungen laut wurden. Manche Aktionen zogen eine Menge Leute an und bedienten sich innovativer Methoden, die Empörung zu zeigen. Ein Beispiel ist der "Marsch des Mutes, des Schmerzes und der Wiedergutmachung", angeführt von Luz María Dávila. Er führte vom Monumento de Juárez zum Grenzübergang an der Avenida Juárez. Der Protestzug wurde zu einem Forum vieler Stimmen und kreativer Protestformen. Alles zielte darauf ab, den Mythos des Kriegs gegen den Drogenhandel zu entlarven. Der militärische Ansturm, das war allen Protestierenden klar, war

gegen die kriminalisierte Gesellschaft gerichtet. Die Mobilisierung zeigte ein anderes Gesicht der jungen Leute und allgemein der Bewohner von Juárez: intelligente Subjektivitäten mit organisatorischen Fähigkeiten, Reaktionsfähigkeit und Führungsqualitäten. Eine nicht sehr rentable und deshalb wenig verbreitete Nachricht. Die Demonstration wurde zu einem performativen Akt, der dazu beitrug, neue Bande zwischen den Stadtteilen zu schmieden und in dem es gelang, den Drogenkrieg und den politischen Diskurs seines obersten Befehlshabers zu parodieren: Während die Kunstkollektive die Wände mit Losungen wie *Sin Miedo* („wir haben keine Angst“) und „Calderón, die Bewohner von Juárez verzeihen dir nicht, hau ab“ schmückten, rückten die Marschgruppen vor. Im letzten Abschnitt des Protestzuges warfen sich die Demonstranten auf den Boden, umgeben von Schweinen und Gorillas⁵, die sie mit langen Waffen aus Holz bedrohten, von der Ladefläche eines Transporters aus angestachelt von einem überzeugend dargestellten Felipe Calderón in Militäruniform. Doch diesmal nahmen die Demonstrierenden ihr Schicksal als Leichname nicht hin und erhoben sich, um weiterzumarschieren.

Anderthalb Jahre nach dieser Aktion traf die *Caravana del consuelo* („Karawane des Trostes“), zu der die *Bewegung für den Frieden mit Gerechtigkeit und Würde* aufgerufen hatte, in Juárez ein. Auf ihrem Weg sammelte sie Zeugenaussagen und Anzeigen von Familienmitgliedern der Tausenden ermordeten oder verschwundenen Männer und Frauen, die bis zu jenem Zeitpunkt als Kollateralschäden gegolten hatten. An diesem Protestzug, der von dem Journalisten Miguel Ángel Granados Chapa als ambulantes Forum bezeichnet wurde, nahmen Menschen aus verschiedenen Teilen Mexikos teil. Und obgleich es nicht gelang, eine geschlossene Front gegen Calderón zu bilden, wurde der Zug zum stärksten Referenzpunkt. Hier zeigte sich vor allem, dass der Kampf zur Wiederherstellung des Landes vielfältig und vielstimmig sein muss. Als Luz María Dávila und Javier Sicilia sich am Stadtrand von Juárez umarmten, schien in ihrem gemeinsamen Schmerz ein Ausgangspunkt für die Wiederherstellung des Landes denkbar; der Ausgangspunkt ist die Kraft der Stimmen der Opfer, die durch ihre Forderungen zu Gesichtern des Wandels werden, und nicht zu Objekten des Mitleids oder Grund zur Scham.

Zwischen Politik des Schreckens und Widerstand

In einem jüngst veröffentlichten Artikel, *La política del horror* („Die Politik des Schreckens“)⁶, zitiert Sicilia Alain Finkielkraut im Bezug auf den Nazismus, um die Regierung von Felipe Calderón zu definieren: „eine Regierung, die die Bürokratie – also eine rein funktionale Intelligenz – und die Besessenen – also

ENCUENTRO NACIONAL POR LA DESMILITARIZACIÓN INMEDIATA
11, 12 y 13 de noviembre del 2011

VIERNES 11
13:00 hrs. Foro: ¿Por qué desmilitarizar el país?
Auditorio Ho-Chi-Min (Facultad de Economía, UNAM)
19:00 hrs. Kaminata Nacional por la desmilitarización

DOMINGO 13
10:00 – 17:00 hrs. Segunda plenaria general
(Referente Nacional por la desmilitarización inmediata)
Auditorio Escuela Técnica del SME

SÁBADO 12
9:00 – 15:00 hrs. Mesas de discusión (Sección IX, CNTE)
1) Reforma a la Ley de Seguridad Nacional 5) Intervención norteamericana y Plan Mérida
2) Legalización de drogas 6) Militarización y violencia
3) Seguridad social 7) Referentes y experiencias de lucha
4) Exterminio de grupos vulnerables contra la militarización y la paramilitarización
(feminicidios, juvenicidios y migrantes)

17:00 hrs. Primera Plenaria

Convocatoria completa, informes, metodología y avances en :
<http://jovenescontralamilitarizacionylaviolencia.wordpress.com>
juareznoescuartel@gmail.com



Frente Plural Ciudadano (Cd. Juárez), Centro Pastoral Obrero A.C. (Cd. Juárez), Frente Kaminatas vs la Muerte (Cd. Chihuahua), Reacción Ciudadana (Monterrey), Unión Popular de Vendedores Ambulantes 28 de Octubre (UPVA-Puebla), Activistas Independientes de Mexicali y Oaxaca, Comité Internacionalista Revolucionario (Tijuana), COMECOM: Activistas Independientes, Liga Socialista Revolucionaria (LSR-Chihuahua), Colectivo Ratio, Liga de Trabajadores por el Socialismo-Agrupación Estudiantil ContraCorriente-Pan y Rosas (LTS-CC-PyR), Periódico El Comienzo, Liga de Unidad Socialista (LUS), Grupo Socialista Obrero-La Resistencia, Partido Obrero Socialista (POS), COCUME, CECOS, Comité Eduardo Cisneros.

Nationales Treffen für die
sofortige
Entmilitarisierung

eine summarische, binäre, abstrakte, erhabene Intelligenz, die gegenüber der Singularität und dem Präkären der Einzelschicksale vollkommen gleichgültig ist, in Übereinstimmung gebracht hat“.

Allerdings gibt es laut Sicilia zwei Unterschiede zwischen klassischem Totalitarismus und der Regierung Calderón: Erstens, so schreibt er, habe der totalitäre Staat ein verdrehtes Menschenbild und ein verzerrtes Geschichtsbewusstsein – die Regierung Calderón jedoch habe überhaupt kein Bild, weder der Menschheit, noch der Geschichte. Zwischen der Staatsbürokratie und den „Besessenen“ sei „das Einzige, was unter der Maske der Demokratie und des Fortschritts herrscht, die Macht in ihrer Reinform, der sinnlose Streit um Gebiete, Geld und instrumentalisierte Menschenleben.“ Zweitens weist er darauf hin, dass in totalitären Regimes die Bürokraten und die „Besessenen“ normalerweise Teile einer monolithischen Staatsstruktur sind, während „bei Calderons Regierung ungewiss ist, wo sie stehen: sie sind genauso Teil der Legalität wie der Illegalität“.

Sicilia hat Recht: Der monolithische Staat wurde durch kriminelle Vereinigungen ersetzt, die auf einem Terrain agieren, auf dem die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität immer mehr verschwimmen. Und diejenigen, die Sicilia metaphorisch als „die Besessenen“ bezeichnet, sind in Wirklichkeit oft auch die Geier, die inmitten des Chaos und der Gewalt

kühl kalkulierend plündern, spekulieren, sich das Vermögen anderer aneignen und den Staatsapparat nach ihrem Gutdünken manipulieren. Diese Menschen haben einen Namen und ein Gesicht. Und obgleich hier in Juárez allem Anschein nach wieder Normalität einkehrt (eine Normalität, in der Folter und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind) und während von einigen eine Politik des Vergessens betrieben wird, ist es unmöglich, die Hoffnung zu vergessen, die diejenigen immer noch in sich tragen, die sich trotz allem weigerten, die Gemeinde Lomas de Poleo zu verlassen.

Übersetzung: Julia Eggert

- ¹ Schriftsteller und Aktivist
- ² Der angrenzende US-amerikanische Bundesstaat
- ³ Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika, die importierte Einzelteile oder Halbfertigware zu Fertigware für den Export zusammensetzen. Die Betriebe arbeiten in zollfreien Produktionszonen (Zona Franca), die seit etwa 1970 etabliert wurden und in Mexiko durch die NAFTA-Freihandelszone (seit 1994) besonders stark wuchsen.
- ⁴ Der Autor zitiert damit eine Staatsanwältin aus Chihuahua, die das Wort in diesem Sinne für jugendliche Drogenabhängige verwendet hat.
- ⁵ Die in Mexiko üblichen Schimpfworte für Polizisten und Soldaten
- ⁶ La política del horror, 8 de noviembre de 2012, <http://www.proceso.com.mx/?p=324679>



Verbrechen und Straflosigkeit

Jutta Blume, Mitarbeit: Andrea Lammers

Trauerumzug für den ermordeten Taxifahrer „Piro“ in La Esperanza

Mit 91,6 Morden pro 100.000 Einwohner im Jahr 2011¹ ist Honduras eines der gefährlichsten Länder der Welt. Die Mordrate ist seit 2004 kontinuierlich gestiegen, auch wenn sie schon damals mit 32 Morden pro 100.000 Einwohner nicht gerade niedrig war. 83,4 Prozent der Opfer im Jahr 2011 wurden erschossen, was angesichts des unglaublichen Arsenal der im Land vorhandenen legalen wie illegalen

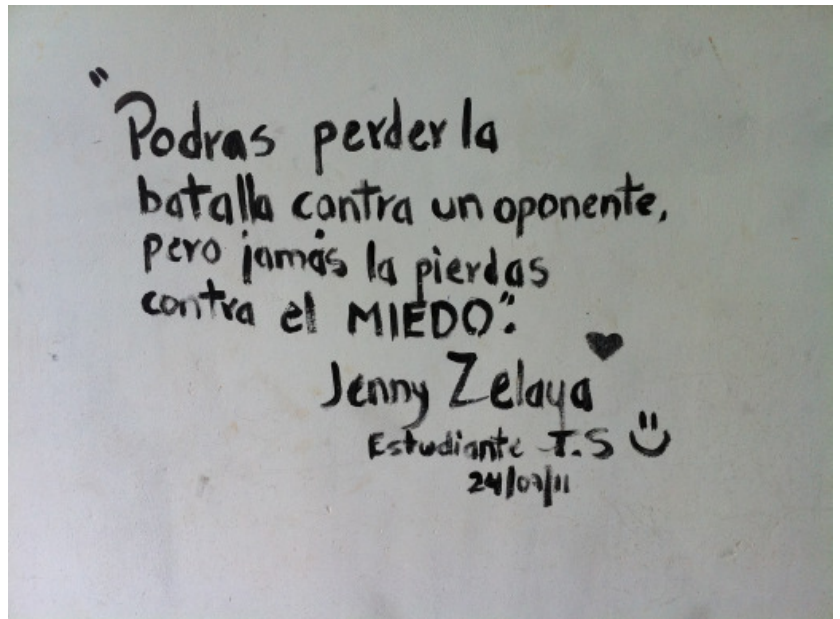
Schusswaffen kaum verwunderlich ist. Der Anstieg von Drogenhandel und -konsum haben erheblich zur Destabilisierung des Landes beigetragen. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die strukturellen Ursachen der entfesselten Gewalt tiefer liegen. Honduras ist von großer sozialer Ungleichheit geprägt, 65 Prozent der acht Millionen Einwohner_innen leben in Armut. Fast zwei Millionen

Menschen sind arbeitslos. Der Landbesitz wiederum konzentriert sich in den Händen weniger Oligarch_innen, die nicht nur über Land, sondern auch über Medienunternehmen, Banken und politische Mandate verfügen. Die fehlenden Möglichkeiten, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, treiben gerade junge Menschen in die Arbeitsmigration oder in die Hände des organisierten Verbrechens. Nach dem Putsch von 2009 wurde nicht nur das soziale Klima der Ungleichheit zementiert, sondern auch die Ausübung von Gewalt blieb weiterhin fast immer straffrei. Die alternative Wahrheitskommission (Comisión de Verdad)² bezeichnet die Straflosigkeit in ihrem im Oktober 2012 vorgelegten Bericht als chronisches und strukturelles Problem der honduranischen Gesellschaft.

Angst und Perspektivlosigkeit

6. August 2012, gegen 9 Uhr morgens, ein Stück Brachland in der Nähe der Kleinstadt La Esperanza-Intibucá: Dem Taxifahrer Adán Adalberto Ferrera Orellana (38), verheiratet, Vater von drei Kindern, wird in seinem Taxi in den Rücken und den Hinterkopf geschossen. Einer von mindestens 20 Menschen, die Tag für Tag in Honduras ermordet werden. Es war kein Raubüberfall, niemand versteht, warum der fröhliche, in der Stadt als „Piro“ bekannte Mann regelrecht hingerichtet wurde. „Zwei Schüsse, die uns, die wir zurückbleiben, ein Stück Leben nehmen. Die Morde in La Esperanza vervielfachen sich, die Gewalt reicht uns bis zum Hals, in unserer staubigen, frischen, blühenden Stadt. Es war zu erwarten. Nie gab es so viel Polizei und Militär und nie so viel gewaltsamen Tod zur gleichen Zeit“, schreibt die Schriftstellerin Melissa Cardoza in ihrem Nachruf auf Piro. „Die Feinde des Lachens breiten sich überall aus und wir verstehen es nicht und wissen nicht, wie reagieren.“ Zwei Wochen vorher waren zwei Jugendliche erschossen worden, ein im achten Monat schwangeres Mädchen und ihr Bruder. Freunde vermuten, dass man sie hasste, weil sie einen freieren Lebensstil führten als andere. „Das ist das Gewaltniveau, das wir hier in Intibucá erleben“, sagt der 17jährige Cristian Castro. „Und hier ist der sicherste Ort in Honduras! Wenn hier der sicherste Ort von Honduras ist, stellt euch vor, wie es erst in den größeren Städten ist!“

Die Alltagsgewalt lässt sich erklären mit Armut oder Bandenkriegen zwischen den so genannten Maras, doch oftmals kommt sie von den „Feinden des Lachens“, wie Melissa Cardoza schreibt. Morde und Gewalt dienen dazu, Terror und Angst zu säen, damit es niemand mehr wagt, den Mund aufzumachen und für eine menschlichere Gesellschaft zu kämpfen. Der Terror kommt von all jenen, die versuchen, Macht



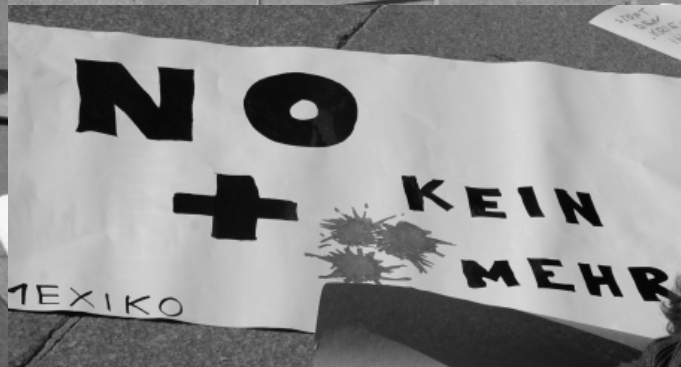
auszuüben, seien es bewaffnete Jugendbanden, Drogenbosse, Großgrundbesitzer_innen oder Politiker_innen. Berta Cáceres, Koordinatorin von der in La Esperanza-Intibucá ansässigen Indigenen-Organisation COPINH, sieht Honduras in einer langen Tradition von Gewalt, Militarismus, Besetzung und Armut. Honduras war und ist Stützpunkt US-amerikanischer Streitkräfte, die Bürgerkriege in Nicaragua und El Salvador schwappten über die Grenzen, wobei von Honduras aus vor allem konterrevolutionäre Kräfte agierten. In Honduras selbst mordeten Anfang der 1990er Jahre noch Todesschwadronen. Die Armut auf dem Land ist groß, der Rassismus gegen indigene Gruppen hält bis heute an. Perspektiven für junge Menschen, die den überwiegenden Teil der honduranischen Gesellschaft ausmachen, fehlen. „Was hat eine solche Gesellschaft jungen Leuten zu bieten? Sie bietet ihnen Drogenhandel, Drogenkonsum, Banden, Elend, Arbeitslosigkeit. Das ist das Angebot des Systems in diesem Land. Und auch für Frauen gibt es keine Lebensentwürfe. In Wirklichkeit sind das alles Todesangebote. Extreme Gewalt in jeglicher Hinsicht, Ausbeutung, Unterdrückung. Und den indigenen Völkern bietet man praktisch ihr eigenes Verschwinden“, so Cáceres.

Cristian Castro ist aus San Pedro Sula nach La Esperanza gekommen. Er wurde verfolgt, weil er sich bei einer Menschenrechtsorganisation engagierte. Aber nicht nur wegen seiner politischen Arbeit, auch wegen der allgemeinen Situation lebte er in ständiger Angst. „Jederzeit kann jemand auf dich zukommen, der auf Drogen ist, eine Pistole ziehen und auf dich schießen. Wir Jugendlichen wollen uns gelegentlich einfach nur amüsieren, aber wir müssen uns immer nach allen Seiten umschaun und wissen, mit wem

„Du kannst den Kampf gegen einen Gegner verlieren. Aber verliere nie den Kampf gegen die Angst.“



Aktion des Ökumenischen Büros mit S
Theatergruppe Telón de Arena aus Ciudad Juárez
Am Tag der Aktion, dem 10. Juni 2011, war d
Justicia y Dignidad (Karawane für Frieden mit
Ciudad Juárez angekommen, das der Sch
„Epizentrum des Schmerzes“



Schauspieler_innen der Caravana por la Paz con Justicia y Dignidad auf dem Münchner Marienplatz. Die Caravana por la Paz con Justicia y Dignidad (Gerechtigkeit und Würde) in der Zeitung *Sicilia* als das 'keine Gewalt' bezeichnet.



Palmölplantagen im Bajo Aguán.

wir unterwegs sind“, erzählt Cristian. San Pedro Sula gilt als die gefährlichste Stadt von Honduras. Nach Einbruch der Dunkelheit geht niemand auf die Straße. Alle, die es sich leisten können, haben ihre Häuser mit hohen Mauern und Stacheldraht umgeben. Taxifahrer_innen weigern sich, in bestimmte Stadtviertel überhaupt hineinzufahren. An die täglichen Nachrichten über die Morde an Jugendlichen hätten sich die Menschen in Honduras längst gewöhnt. Statt dass der Staat die Jugendlichen unterstützen würde, werden sie diskriminiert, meint Cristian: „Sie geben uns keine Freizeitstätten. Banden, Drogen und Waffen: Das ist das Spielzeug, das man Jugendlichen hier gibt. Damit sie sich beschäftigen und amüsieren. Deswegen hat der Staat sehr viel mit den Morden und der Gewalt hier in unserem Land zu tun.“

Landkonflikte motivieren politische Morde

Etwa drei Monate vor dem Tod des Taxifahrers Piro haben Polizisten einen Mitstreiter von COPINH erschossen, der sich gegen den Bau eines Wasserkraftwerks und die damit verbundenen Enteignungen von Land engagierte. Die Polizisten blieben gegen Kautions auf freiem Fuß. Auch auf andere politisch Aktive in

der ressourcenreichen Region wurde in der Vergangenheit bereits geschossen, von Unbekannten, von Privatleuten, die Anspruch auf ein Stück Land stellten, von privaten „Sicherheitskräften“. In Honduras gibt es fast 90 private Sicherheitsfirmen, berichtet der Journalist Felix Molina: „Ungefähr 130.000 bewaffnete Männer stehen in privaten Diensten - insbesondere von Palmöl- und Zuckerrohrmagnaten.“³

Auch wenn die „Alltagskriminalität“ im Panorama der Gewalt überwiegt, politische Morde und Einschüchterung bleiben auch drei Jahre nach dem Putsch an der Tagesordnung. Politische Gewalt findet vor allem dort ihren Ausdruck, wo sich die Oligarchie in ihren Ansprüchen auf Landbesitz und politische Macht angegriffen fühlt. Landkonflikte fordern in allen Teilen von Honduras Tote und Verletzte, am blutigsten verläuft jedoch die Auseinandersetzung im Bajo Aguán. In dem fruchtbaren Tal des Flusses Aguán im Norden des Landes sind in den letzten zwei Jahren über 60 Kleinbauern und -bäuerinnen ermordet worden. Manche wurden entführt und ihre Leichen wurden Tage später mit den Spuren grausamster Folter wiedergefunden. Gefährdet sind auch all diejenigen, die den Kampf der Kleinbauern und -bäuerinnen um ein

Stück Land zum Überleben politisch unterstützen. Am 22. September 2012 wurde der Anwalt Antonio Trejo Cabrera ermordet, der die Kleinbauern und -bäuerinnen der Organisation MARCA vertreten hat. Die Menschenrechtsverteidigerin und Journalistin Karla Zelaya, die für die Organisation der Kleinbauern und -bäuerinnen MUCA arbeitet, erhielt zunächst per SMS Morddrohungen auf ihr Handy, dann wurde sie am 23. Oktober 2012 für mehrere Stunden von Unbekannten verschleppt und gefoltert. Dina Meza, die sich bei der Menschenrechtsorganisation COFADEH ebenfalls für die Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen im Bajo Aguán einsetzt, lebt seit Jahren mit der Angst und hat dieses Jahr bereits mehrfach ihren Wohnsitz wechseln müssen. Auch ihre Familienangehörigen werden Opfer von Bedrohung.

Im Aguán-Konflikt geht es um die Kontrolle über in mehrfacher Hinsicht wichtige Ländereien. Das fruchtbare Tal eignet sich bestens für großflächige, kommerzielle Agrarproduktion, den Anbau von Ölpalmen und Zuckerrohr. Die Großgrundbesitzer_innen wollen gerade hier ihren Anspruch auf Vorherrschaft unter Beweis stellen. Die Landreformen, die Ex-Präsident Mel Zelaya auf den Weg gebracht hatte, dürften einer der Gründe für den Putsch gegen ihn gewesen sein.

Der vorgebliche Kampf gegen die Drogen

Der Norden von Honduras rund um die Mündung des Aguán hat zudem eine weitere Ressource zu bieten: einen vielerorts dünn besiedelten Küstenstreifen, der sich bestens als Umschlagplatz für Drogen eignet. Fischer_innen berichten hinter vorgehaltener Hand von Schnellbooten, die sie nachts an den Strand fahren sehen und von klandestinen Landebahnen für Kleinflugzeuge. Niemand möchte namentlicher Zeuge von konkreten Ereignissen sein. Gerüchteweise sind es die Großgrundbesitzer_innen selbst, die hier ins Drogengeschäft involviert sind. Am 19. März 2004 berichtet die US-amerikanische Botschaft in Tegucigalpa in einem geheimen Telegramm, dass ein Flugzeug mit 1.000 Kilo Kokain an Bord am 14. März auf einem Privatgrundstück des Großgrundbesitzers und Palmölmagnaten Miguel Facussé gelandet und die Fracht auf einen Konvoi umgeladen worden sei, der von etwa 30 bewaffneten Männern eskortiert wurde. „Facussés Grundstück ist stark bewacht, und die Vorstellung, dass Individuen ohne Autorisierung darauf eindringen und den Flugplatz benutzen konnten, ist fragwürdig“, schreibt Botschafter Larry Palmer in dem von Wikileaks veröffentlichten Telegramm. Dies war nicht das erste und nicht das letzte Mal, dass die Grundstücke von Miguel Facussé mit Drogentransporten in Verbindung gebracht wurden.⁴ Belangt wurde Facussé wegen derartiger Verwicklungen noch nie. Der viel beschworene und von den USA unterstützte



„Krieg gegen die Drogen“ findet an anderer Stelle statt. In der abgelegenen, von indigenen Gruppen bewohnten Moskitia griffen Nationale Polizei und Beamte der US-Drogenverfolgungsbehörde DEA am 11. Mai 2012 gemeinsam ein Passagierboot auf dem Río Patuca an, wobei vier Menschen ums Leben kamen und vier weitere schwer verletzt wurden. Die Angegriffenen waren unterwegs nach Ahuás, als sie um zwei Uhr morgens ohne Vorwarnung aus einem Helikopter beschossen wurden. Die Version der honduranischen Regierung ist, dass Polizei und DEA in Selbstverteidigung auf Drogenhändler_innen geschossen hätten. Den Untersuchungen von COFADEH zufolge machten die Angreifer_innen keinerlei Anstalten, den Verletzten, die sich durch einen Sprung ins Wasser hatten retten können, zu Hilfe zu kommen. Angehörige, die den Verletzten helfen wollten, wurden daran gehindert, bis die Militäroperation gegen ein Drogenboot in der Nähe, das nur gestoppt wurde, abgeschlossen war. „Die Agenten zogen es vor, Drogen zu beschlagnahmen, statt ihrer Pflicht gegenüber den Opfern nachzukommen und verhielten sich gefühllos angesichts des Schmerzes der Hinterbliebenen und Verwundeten“, heißt es in dem Bericht⁵. Auch im weiteren Verlauf bemühten sich weder der honduranische Staat noch die DEA um die medizinische Versorgung der Opfer. Zwei der Verletzten mussten operiert werden, doch die adäquate Behandlung erfolgte erst nach 20 Tagen auf Druck des Internationalen Roten Kreuzes und von UNICEF.

Für die Bevölkerung in der Moskitia bedeutet der Drogenkrieg eine Gefahr für Leib und Leben, wollen sie nicht völlig ihre Bewegungsfreiheit verlieren. „Sie sagen uns, dass wir nicht nachts mit dem Boot fahren

Mutmaßlicher Hubschrauberlandeplatz im von Miguel Facussé beanspruchten Nationalpark Punta Izopo.

dürfen. Aber wer hält ein Auto auf, das nachts von Tegucigalpa nach La Ceiba unterwegs ist? Wieso können sie darüber bestimmen, wann wir Miskito reisen dürfen und wann nicht? Das geht nicht. Die Verfassung garantiert allen Honduraner_innen Bewegungsfreiheit. Und für uns ist der Fluss der einzige Transportweg“, sagt Donaldo Allen, Vorsitzender des Dachverbandes der Miskito, MASTA. MASTA fordert den Abzug des Militärs aus der Moskitia. Die Miskito berufen sich auf die UN-Charta über die Rechte der indigenen Völker und die ILO-Konvention 169, wonach auch der Bau von Militärstützpunkten auf indigenen Territorien mit der Bevölkerung abgestimmt werden müsse. Bisher hat weder eine Demilitarisierung der Zone stattgefunden, noch wurde das Massaker von Ahuás aufgeklärt. Die Ermittlungsakten werden unter Verschluss gehalten. Selbst den Anwälten_innen von COFADEH, die die Opfer des Angriffs vertreten, wird kein Zugang gewährt.

Undurchsichtiges Panorama bewaffneter Gruppen

Am 19. Juli 2012 gegen 18:30 Uhr hält ein Kleinlaster vor dem Billardsalon der kleinen Karibik-Ortschaft Triunfo de la Cruz. Die Straße ist noch belebt, an den nahe gelegenen Kiosken stehen zahlreiche Menschen. Aus dem Kleinlaster steigen vier maskierte Männer, die Uniformen einer Eliteeinheit der Polizei tragen und mit Schnellfeuerwaffen mit Laserpointer bewaffnet sind. Ohne die Passant_innen auf der Straße zu beachten, gehen die Bewaffneten in den Billardsalon und zwingen drei Männer, darunter den Besitzer des Lokals, in ihr Fahrzeug. Wenig später werden die Entführten an der Ortsausgangsstraße aus nächster Nähe hingerichtet, eine der Leichen weist 25 Einschussstellen auf. Die Einwohner_innen Triunfos haben keine Erklärung für die grausamen Morde an den drei Einheimischen. Auch in diesem Fall ist es unwahrscheinlich, dass die Täter jemals gefunden und zur Verantwortung gezogen werden, Ermittlungen finden nicht statt. Dass man wohl niemals wissen wird, ob es sich bei den Killern um „echte“ oder „falsche“ Polizisten handelte, ist symptomatisch für die Strukturen, die hinter Terror und Verbrechen in Honduras stehen.

Die alternative Wahrheitskommission macht die Nationale Polizei und das Militär für Morde an Mitgliedern der Opposition und willkürliche Verhaftungen, Bedrohungen, Vergewaltigungen und Folter zur Zeit des Putsches 2009 verantwortlich. Diese direkte staatliche Gewalt setzt sich bis heute fort: Seit Januar 2011 wurden in Honduras 149 Menschen von Polizisten getötet, die meisten von ihnen im Alter von 20 bis 34 Jahren, erklärte die Rektorin der Nationalen Universität Julieta Castellanos Anfang Dezember 2012

auf einer Pressekonferenz. Mit Zustimmung der Regierung, so die Kommission weiter, operierten seit dem Putsch außerdem „Gruppen am Rande der Legalität“ nach dem Muster von Todesschwadronen. Aktuell träten diese Gruppen in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen, dem Drogenhandel und so genannten „sozialen Säuberungen“ in Erscheinung. „Die Kommission konnte feststellen, dass sie für extralegale Hinrichtungen von Schlüsselakteuren des Widerstandes gegen den Staatsstreich und von Volksorganisationen, die sich für die Menschenrechte einsetzen, verantwortlich sind. Gleichzeitig versuchen sie, die noch immer in diesem Sinne Aktiven sowie die Bevölkerung im Allgemeinen einzuschüchtern und ihnen Angst einzupflanzen. Die Arbeit der Wahrheitskommission erlaubt die Schlussfolgerung, dass die Existenz und die Handlungen dieser illegalen Strukturen ein untrennbarer Teil der vom Staat angewandten Politik sind.“⁶

Es ist aber nicht nur der Staat, der seine Macht durch illegale Strukturen zu festigen versucht, es sind auch die kriminellen Strukturen, die wiederum in den Staat hineinwirken. Drogenbosse finanzieren die Wahlkampagnen von Politiker_innen und erwarten entsprechende Gegenleistungen. Staat und organisiertes Verbrechen sind vielfach miteinander verwoben. Gemeinsam ist ein übergreifendes Prinzip: „In Honduras herrscht eine schändliche und unverschämte Straflosigkeit. (...) Es ist ein Land, wo Sicherheitskräfte nicht nur den Aufgaben nicht nachkommen, für die sie überhaupt erschaffen wurden, sondern wo sie sogar Teil und Handlanger für Kriminalität, Drogenhandel und Verbrechen jeglicher Art sind“, schreibt Hedme Fátima Castro von COFADEH⁷.

So befindet sich das Land in einem Teufelskreis, dem schwer zu entinnen ist. Umso wichtiger ist es, die Straflosigkeit zu durchbrechen.

hondurasdelegation.blogspot.de

- ¹ UN Office on Drugs and Crime: *Homicide Statistics 2012*
- ² Neben der alternativen Wahrheitskommission gab es bereits eine staatliche Wahrheitskommission, die bereits 2011 ihre Arbeit abschloss. Die alternative Wahrheitskommission wurde von nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen ins Leben gerufen.
- ³ Eva Usi: Honduras: „Desde el golpe la situación ha empeorado“, DW.de 21.11.2012
- ⁴ Dana Frank: *WikiLeaks Honduras: US Linked to Brutal Businessman*. In: *The Nation*, 26.10.2011
- ⁵ COFADEH: *Informe Preliminar de Verificación Caso Ahuás 11 de mayo de 2012*
- ⁶ *Comisión de Verdad: La voz más autorizada es la de las víctimas, Tegucigalpa, octubre 2012, S. 298*
- ⁷ Hedme Fátima Castro: *Das Leid der Mütter*. In: *Poonal 1001*, 1.7.2012, <http://npla.de/de/poonal/3866>

Christiane Schulz

Vor wenigen Wochen, am 22. Oktober, wurden Ismael Solorio Urrutia und Manuela Solís Contreras im Bundesstaat Chihuahua ermordet. Das Ehepaar war Mitglied in der Kleinbauernvereinigung El Barzón und hatte sich seit langem für einen besseren Zugang zu Wasser eingesetzt. In ihrer Gemeinde herrscht wie in weiten Teilen des Bundesstaates massiver Wassermangel. Während die Kleinbauern und -bäuerinnen um Zugang zu Wasser kämpfen, führt das Bergbauunternehmen Cascabel im Einzugsgebiet des Flusses Carmen illegale Bohrungen durch und entzieht Wasser. Der Bauernverband El Barzón zeigte die Verstöße des Minenbetreibers – einer Tochtergesellschaft der kanadischen MAG Silver – an. Das Klima spitzte sich zu, nur wenige Tage vor dem Mord waren Ismael Solorio Urrutia und sein Sohn tödlich angegriffen worden. Der Angreifer soll ein Angestellter des Bergbauunternehmens gewesen sein. Untersucht wurde dieser Vorfall nicht, statt dessen verweigerten die Behörden Schutzmaßnahmen für die Bedrohten.¹

Der Mord an Ismael Solorio Urrutia und Manuela Solís Contreras steht exemplarisch für die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen, die tagtäglich in Mexiko verübt werden. Dabei ist das internationale Anse-

Tribunal Permanente de los Pueblos

ben

ihren

Wohnsitz

verlassen.² Und dies

ist nur die Spitze des Eis-

berges, denn auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie die kollektiven Menschenrechte werden systematisch verletzt.

Logo des
Permanenten
Völkertribunals in
Mexiko

capítulo México

Völkertribunal untersucht Menschenrechtsverletzungen in Mexiko

hen Mexikos in Menschenrechtsfragen ausgesprochen gut. Dies ist historisch bedingt, da Mexiko während der Militärdiktaturen in Lateinamerika Tausenden politischer Aktivist_innen Schutz gewährte. Heute zählt Mexiko zu den Ländern, das die Mehrzahl der internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet sowie eine offene Einladung an Sonderberichterstatter_innen und weitere Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen ausgesprochen hat. Trotz dieser scheinbar positiven Entwicklungen ist die tatsächliche Bilanz in Menschenrechtsfragen erschreckend. Während der Regierungszeit – 2006 bis 2012 - von Felipe Calderón sind über 70.000 Ermordete zu beklagen, über 20.000 Menschen gelten als verschwunden und über 250.000 ha-

Ein wichtiger sozialer und politischer Organisationsprozess fördert nun die Dokumentation und Systematisierung der gravierenden Menschenrechtsverletzungen: das Tribunal Permanente de los Pueblos (TPP) – Ständiges Tribunal der Völker – Mexiko.³ Das TPP steht in der Nachfolge der Russell-Tribunale, die von 1966 bis 1967 die US-Verbrechen im Vietnamkrieg aufarbeiteten und von 1974 bis 1976 über die lateinamerikanischen Diktaturen Gericht hielten. Seit 1979 hat das TPP in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Themen rund 40 Sitzungen durchgeführt. Die Mitglieder des Völkertribunals werden vom Vorstand der Lelio-Basso-Stiftung für Menschenrechte und Freiheit der Völker ernannt. Nach über zweijähriger Vorbereitungszeit eröffnete das TPP am 21. Okto-

El Tribunal Permanente de los Pueblos Capítulo México durante 2011 hasta 2014 visibilizará la violencia estructural y el clamor de justicia de los pueblos de México



Plakat zur TPP: „Die mexikanische Bevölkerung wird den mexikanischen Staat verurteilen“

ber 2011 seine Arbeit in Mexiko mit einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Gelände der mexikanischen Nationaluniversität UNAM. In sieben Themenblöcken werden die Menschenrechtsverletzungen seitdem aufgearbeitet: 1. Schmutziger Krieg und fehlender Zugang zur Justiz; 2. Migration, Flucht und Vertreibung; 3. Feminizide und Gendergewalt; 4. Gewalt im Arbeitssektor und Verletzung kollektiver Arbeitsrechte; 5. Gewalt gegen die Ernährungssouveränität; 6. Umweltzerstörung; 7. Falschinformation, Zensur und Gewalt gegen Medienschaffende.⁴ Die erste Anhörung fand vom 27. bis 29. Mai 2012 in Ciudad Juárez im Bundesstaat Chihuahua statt. Über 300 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützten diese Anhörung. 150 Menschen reisten in einer Karawane vier Tage lang durch Mexiko und informierten auf ihrem Weg nach Nordmexiko über das TPP. Der spanische Jurist Antoni Pigrau Solé, der Anwalt Alejandro Teitelbaum, die Professorin Graciela Daleo und die Psychologin Nora Cortiñas aus Argentinien, der Dozent Gill Boehringer aus Australien und die Menschenrechtsexpertin Mireille Fanon Mendes France aus Frankreich waren als Richter_innen nach Ciudad Juárez gereist. Die nordmexikanische Stadt wurde aufgrund der dort begangenen vielfältigen Menschenrechtsverletzungen bei gleichzeitiger Straflosigkeit explizit als Veranstaltungsort für diese erste Anhörung ausgewählt. Das TPP führt aus, dass für bestimmte Menschenrechtsverletzungen sogar neue Begriffe gefunden werden mussten, um der Situation in Ciudad Juárez Ausdruck zu gewähren, wie sich am Feminizid zeigt. Außerdem finden sich in Ciudad Juárez Beispiele aus allen Themenfeldern des TPP, die den Richter_innen vorgelegt werden konnten. Angaben des TPP zufolge steht ein Viertel des Wohnraumes in Ciudad Juárez leer, zwischen 2008 und 2009 haben etwa 100.000 Bewohner_innen die Stadt verlassen. Im selben Zeitraum wurden mehr als 80.000

Arbeitsplätze in der exportorientierten Maquila-Industrie gestrichen und 10.000 kleine bis mittlere Unternehmen haben geschlossen.⁵ Die Situation in der Stadt steht symbolisch für Entwicklungen, die auch andere Regionen Mexikos betreffen. Das TPP hält fest, dass von den 35 Millionen Mexikaner_innen, die in den USA leben, 20 Millionen erst nach Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens in den Norden zogen. Die Umsetzung des Abkommens hatte in letzter Konsequenz auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Viele wanderten nach Nordamerika ab, in der Hoffnung, ihre prekäre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Das TPP zählt weitere Daten auf: Etwa 52 Millionen Mexikaner_innen (46 Prozent) leben monatlich von etwa 2200 Pesos, das entspricht etwa 150 Euro. Entsprechend hoch ist die Armutsrate. Gleichzeitig erwirtschafteten privatwirtschaftliche Unternehmen, davon ein Großteil ausländische oder transnationale Unternehmen, anhaltend hohe Gewinne. Die Anhörung war vorerst eine Sammlung von Zeug_innenaussagen und Daten zu allen Bereichen. Auf lokaler und regionaler Ebene werden nun Fälle dokumentiert, systematisiert und im nationalen Kontext analysiert. Dazu werden weitere Anhörungen organisiert, außerdem wird zu jedem Schwerpunktthema eine spezifische Anhörung mit Richter_innen des TPP stattfinden. Anfang 2014 wird das TPP dann seinen Richter_innenspruch fällen. Der Richter_innenspruch wird im Wesentlichen einen moralischen Charakter haben, bindend sind die Empfehlungen des internationalen Gremiums nicht. Die Bedeutung des TPP für Mexiko liegt darin, den Austausch zwischen den einzelnen Organisationen zu fördern, ein Verständnis für die unterschiedlichen Realitäten zu entwickeln und lokale, nationale und auch internationale Vernetzungsprozesse voranzutreiben. Soziale Bewegungen, Bauernorganisationen, indigene Organisationen und Menschenrechtsgruppen haben die Möglichkeit, die strukturell bedingten Menschenrechtsverletzungen in Mexiko international anzuklagen und damit dem offiziellen Menschenrechtsdiskurs die Legitimation zu entziehen.

¹ Eilaktion Amnesty International vom 25.10.2012. URL: www.amnesty.org/es/library/asset/AMR41/070/2012/es/6f572bd1-4f82-4820-a823-2678b1b1e7a5/amr410702012es.html.

² <http://eleconomista.com.mx/sociedad/2012/09/05/felipe-calderon-sera-recordado-muertos-sicilia>.

³ Internetseite TPP: www.tppmexico.org/

⁴ Schmidt, Gerold (11.06.2012): Das Permanente Völkertribunal im „Zentrum des Schmerzes“. URL: www.npla.de/de/component/acymailing/archive/view/listid-2-poonaldienst/mailid-96-poonal-dienst.

⁵ Tribunal Permanente de los Pueblos: Libre comercio, violencia, impunidad y derechos de los pueblos en México (2011-2014). Audiencia general introductoria, Ciudad Juárez, Chihuahua, 27-29 de mayo de 2012, Dictamen.



Wir leisten seit Jahrhunderten Widerstand

Interview mit Bertha Cáceres vom 18. Juni 2012. Sie ist Koordinatorin der Indígena-Organisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras) und lebt in Esperanza in der Provinz Intibucá.

Nach dem Putsch gegen den Präsidenten Manuel Zelaya im Juni 2009 hat sich ein breites Widerstandsbündnis gebildet, die Frente Nacional de Resistencia Popular (FNRP). Hat das Bündnis gehalten? Arbeiten die vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen, die sich damals zusammenschlossen, Frauen, Kleinbauern und -bäuerinnen, Lehrer_innen, Gewerkschafter_innen, LGBT, Indígenas, Afro-Honduraner_innen usw., weiterhin zusammen?

Als sich die Resistencia als breites Widerstandsbündnis gegen den Staatsstreich bildete, schlossen sich ihr viele Gruppen an, die bis dahin wenig sichtbar gewesen waren. Gewerkschaften, die

Lehrer_innenschaft und einige Bauernorganisationen waren schon zuvor bekannt gewesen, aber die bunte Vielfalt der Gruppen der Resistencia war etwas Neues.

Natürlich waren wir anderen auch vorher schon da. Aber solch einen einigenden Prozess, der jeder Organisation so viel Raum gab sich auszudrücken, das hatte es vorher nicht gegeben. Für uns – als indigene Organisation – war der Reichtum sehr wichtig, der aus der Vielfalt der verschiedenen Vorschläge entstand, und die Herausforderung, diese miteinander zu verknüpfen. Verschiedene soziale Bewegungen mit unterschiedlicher Geschichte und verschiedenen politischen Erfahrungen mussten zu gemeinsamen Positionen finden.

Ich bin überzeugt, dass die FNRP heute noch immer vor dieser Herausforderung steht und das Ziel noch nicht erreicht hat. Dabei hat sich die Resistencia ver-

ändert: Die konkrete soziale Auseinandersetzung steht nicht mehr so sehr im Mittelpunkt und die Intensität der Kämpfe ist zurückgegangen. Jetzt geht es darum, einen Vorschlag zur Neugründung (refundación) des Landes zu machen. Das ist eine riesige Aufgabe, die langfristig gedacht werden muss. Besonders aktuell wird diese Aufgabe jetzt, da die FNRP entschieden hat, mit einem „politischen Arm“ an Wahlen teilzunehmen.

Vor diesen Herausforderungen stehen wir jetzt. Setzen wir auf eine Neugründung, die an den Wurzeln der Probleme der Honduraner_innen ansetzt oder wollen wir nur Reformen? Diese Debatte, die wir von COPINH permanent führen, zwingt die Resistencia im Augenblick dazu, ihre Rolle als soziale Bewegung, ihren Charakter und ihre Identität grundsätzlich zu überdenken. Wir, als soziale indigene Bewegung, die wir seit Jahrhunderten schon gekämpft haben, kämpfen auch jetzt. Jetzt geht es gegen die Angriffe der transnationalen Konzerne und der internationalen Finanzorganisationen und gegen die Freihandelsverträge.

Aber inzwischen sind drei Jahre vergangen, eine lange Zeit. Wie sieht heute der Widerstand aus, worum geht es heute in den täglichen Kämpfen?

Ich möchte unterstreichen, dass unser Widerstand nicht am 28. Juni 2009 begonnen hat. Wir leisten seit Jahrhunderten Widerstand. Für die indigenen Völker sind es mehr als 500 Jahre. Da war z. B. der Streik von 1954¹ und zu den Zeiten der bewaffneten Erhebungen in Zentralamerika [in den 1980er Jahren] gab es den Kampf gegen die militärische Besetzung und die Unterstützung der Befreiungsprozesse, auch wenn davon niemals gesprochen wird.

Für eine Basisbewegung wie COPINH geht es im Augenblick vor allem darum, sich selbst zu stärken. Es geht darum, die eigenen Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu verbessern, uns weiterzubilden und unseren Anliegen landesweit Gehör zu verschaffen. Das ist für uns immens wichtig, genauso wie der schon erwähnte Vorschlag der Neugründung. Wir von COPINH waren die ersten, die – zusammen mit anderen indigenen Organisationen – davon sprachen. Das erste Treffen dazu – in Intibucá – fand schon vor dem Staatsstreich statt. Ebenso hatten wir wegen der wachsenden Aggression der USA und der zunehmenden militärischen Besetzung von Honduras schon sieben Monate vor dem Putsch zum „Zweiten kontinentalen Treffen gegen die Militarisierung“ aufgerufen.

Viele soziale Organisationen beschäftigen sich nur noch mit Arbeiten zur Unterstützung von Parteien bei

Wahlen. Wir respektieren das, sind aber der Meinung, dass die Basisarbeit deshalb nicht aufgegeben werden darf. Nur von unten, mit einer eindeutigen Einstellung gegen das herrschende System, lässt sich ein Prozess der Neugründung anstoßen. Wir sind besorgt, dass die FNRP diesen Prozess aus den Augen verliert und der Vorschlag der Neugründung nur noch ein Slogan ist und nicht mehr eine konkrete Lebensperspektive mit dem Ziel der Entkolonisierung und des Kampfes gegen Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus. Daher haben wir seit dem Putsch u. a. zu einem „Zweiten Treffen zur Neugründung“ aufgerufen und verschiedene landesweite Treffen gegen die Militarisierung und die Besetzung durchgeführt, unabhängig von der parteipolitischen Dynamik der Partei LIBRE². Für uns ist unsere Unabhängigkeit ganz wichtig, sei es gegenüber irgendeiner Partei, der Regierung oder einer Organisation der internationalen Zusammenarbeit. Wir sind nur den Gemeinden (comunidades) verpflichtet. Wir sind Teil der FNRP, aber nicht Teil einer Partei. Wir stehen für das historische Projekt der Befreiung. Und es stellt sich uns die Frage, ob die Partei, die aus der FNRP hervorgegangen ist, dieses Projekt der Befreiung übernehmen wird?

Honduras gilt heute als das gewalttätigste Land der Welt. Kann man dafür politische Gründe benennen, und welche Konsequenzen hat dies für den Widerstand?

Diese Situation der allgegenwärtigen Gewalt in Honduras basiert auf einem wirtschaftlichen und politischen Unrechtssystem, das den Reichtum in den Händen von zehn Familien konzentriert und sich durch die Transnationalisierung unseres Landes charakterisiert. Die Enklavenwirtschaft³ der vergangenen Jahrhunderte existiert weiter. Wir sind auch heute eine transnationale Enklave. Unternehmer, Oligarchen, internationale Konzerne, das heißt das Großkapital, haben enorme Einwirkungsmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft unseres Landes. Und selbstverständlich bringt diese Ausbeutungslogik dem honduranischen Volk mehr Elend. Wenn 80 Prozent von den acht Millionen in Armut leben, dann ist das kein Zufall oder es ist nicht so, weil irgend jemand im Himmel das so gewollt hat. Nein! Dafür gibt es historische Gründe, nämlich ein andauerndes Kolonialsystem. Die Gewalt in unserem Land, die fürwahr eine komplexe Struktur hat, wird nicht von den Armen gesteuert, sondern von den großen Mafiakreisen, den Verbrechern mit weißem Kragen, die Immunität genießen. Sie haben Macht und Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in Honduras. Und diese Wirtschaft ist vom Rauschgifthandel stark infiltriert. Außerdem muss man wissen, dass Honduras – vor allem im Gebiet der Miskitoküste – von den Truppen der USA besetzt ist. Seit dem Staatsstreich haben die USA

vier neue Militärbasen errichtet. Mit Palmerola sind das jetzt fünf. Die Gringos sind hier, um die Interessen der transnationalen Unternehmen, d. h. ihrer Unternehmen, zu garantieren. Es handelt sich hier um eine Besetzung aus geopolitischen Gründen. Oder konkreter ausgedrückt: Die Besetzung erfolgte, um darauf vorbereitet zu sein, andere Länder in der Region bei Bedarf überfallen zu können. Jetzt kommt es zu solchen Extremfällen, dass Leute von der DEA⁴ sieben unserer indigenen Brüder und Schwestern – Miskitos – ermordet haben. Darunter waren auch zwei schwangere Frauen. Ansonsten geht es den USA im Kampf gegen den Drogenhandel darum, Gesetze durchzusetzen, die kriminalisieren sollen. Es geht um die Schaffung eines „legalen Rahmens“, der es erleichtert, gegen Organisationen vorzugehen. Aber dass die wohlbekanntesten großen Verbrecher ins Gefängnis geworfen werden, davon sieht man nichts.

kolumbianische Paramilitärs und chilenische Polizisten als Berater im Land sind, ist kein Zufall, sondern geplant.

Außerdem entsteht gerade ein Plan für eine gemeinsame Sicherheitsstrategie in Zentralamerika⁶. Finanziert werden soll er mit Darlehen der internationalen Finanzinstitutionen. Ein Betrag von drei Milliarden US-Dollar ist im Gespräch, eine eindrucksvolle Summe. Das alles ist für Honduras wie eine Kopie des Plan Colombia⁷. Juristisch wurde das Ganze durch die Verabschiedung eines Gesetzes gegen den Terrorismus und eines Abhörgesetzes vorbereitet, wie beim Plan Colombia. Die Folgen spüren wir in Form von Einschränkungen bei unseren kommunitären Radios. All dies ist genauso Teil der Repression wie die systematischen Morde. Honduras ist im Augenblick das gefährlichste Land der Welt für Journalist_innen, Ge-



Wer waren denn die 360 Menschen, die in dem Gefängnis von Comayagua verbrannt sind?⁵ Es waren Arme.

Ich glaube, dass die Ursachen für die Gewalt eng mit den Ungerechtigkeiten des Systems verknüpft sind. Der Hauptzweck des Systems besteht darin, die wirtschaftlichen Aktivitäten der Mächtigen zu begünstigen. Diese profitieren natürlich auch, wenn Strukturen zur politischen Unterdrückung existieren. Es gibt bei uns eine Gewalt, die vom Staat politisch geplant ist. Dass es immer noch Todesschwadronen gibt, dass

werkschafter_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen. Allein in der Region Bajo Aguán sind in den letzten Jahren 56 Bauern und Bäuerinnen ermordet worden. Umweltschützer_innen wurden ermordet und bei uns in COPINH haben sie acht Genoss_innen umgebracht. Gerade jetzt am 1. Mai wurde ein junger Indígena ermordet. Die LGBT-Bewegung ist am schrecklichsten verfolgt worden. Selbst drei Repräsentant_innen der Partei LIBRE sind schon ermordet worden. Ich glaube, diese Beispiele zeigen deutlich, dass diese Gewalt strukturelle Ursachen hat. Das wird sich auch nicht von heute auf morgen än-

*LIBRE -
Partei Freiheit und
Neugründung*

dern, sondern unserer Meinung nach wird die Gewalt zunehmen. Denn die militärische Besetzung durch die USA wird zunehmen und wir sind heute schon in einer Situation wie in den 1980er Jahren. Militär und Polizei arbeiten unverfroren mit Paramilitärs, Killern und dem organisierten Verbrechen wie dem Drogenkartell „Los Zetas“ zusammen, um politische Repression auszuüben.

Aber vor kurzem wurde doch der Chef der Polizei ausgewechselt?

Ja, nach schweren Anschuldigungen kam es im Zusammenhang mit der Ermordung von Jugendlichen zu einem Skandal und zu einem Säuberungsprozess bei der Polizei. Solch ein Prozess ist für uns nichts Neues. Das kennen wir aus der Geschichte von Honduras. Wir glauben nicht daran, dass dies ernst gemeint ist. Für uns ist das eine Kampagne. Da wird ein Schutzschild aufgebaut, um den Druck zu senken, den die Honduraner_innen auf diese kriminelle Struktur ausüben, welche die Polizei in Wirklichkeit ist. Als Nachfolger wurde ein Typ – „El Tigre“ Bonilla – eingesetzt, der einen eindrucksvollen Werdegang voller Repression vorweisen kann. Dieser Herr war auch in unserer Region, wir kennen ihn. Nein, hier geht es eher um einen Machtkampf innerhalb der Polizei, darum, wer dort die Kontrolle hat.

Die Regierung Porfirio Lobo und die USA machen den Drogenhandel für die Gewalttätigkeiten im Honduras verantwortlich. Für sie kommt die Gewalt von außen. Welche Rolle spielt der Drogenhandel heute wirklich in Honduras? Hat sich seine Bedeutung nicht in den letzten Jahren geändert?

Ich denke, dass der Drogenhandel zugenommen hat. Das Schlimme daran ist, dass er nicht nur den Staat, die Polizei, die Wirtschaft und das Justizsystem, sondern auch ganze Regionen kontrolliert. Für die indigene Bevölkerung, für die afro-honduranischen Gemeinden an der Karibikküste und für Kleinbauern und Bäuerinnen hat das drastische Auswirkungen. Der Drogenhandel ist nicht nur ein Problem der Städte. Gerade auf dem Land hat er einen großen Einfluss.

Auf der anderen Seite ist für mich die Haltung der USA, wie sie sich bei diesem Problem als Weltpolizei aufspielen, an Heuchelei kaum zu überbieten. Was tun sie angesichts dessen, dass der Drogenkonsum in ihrem Land einer der höchsten der Welt ist? Nichts, denn wir wissen ja, dass in der USA selbst bedeutende Sektoren der Wirtschaft in den Drogenhandel investieren. [...]

Der Name der Partei LIBRE ist ja schon gefallen: Welche politischen Ziele und Hoffnungen hat die

Resistencia für die Zukunft? Und wie kann die internationale Solidarität dabei behilflich sein?

Unabhängig von den Widersprüchen zwischen FNRP und LIBRE – wie sie in allen komplexen sozialen und politischen Prozessen vorkommen – sind wir bei COPINH davon überzeugt, dass die Widerstandsbewegung und ein Großteil der Honduraner_innen auf eine Neugründung setzen. Das honduranische Volk hat es gründlich satt, in Unterjochung zu leben. Es ist es leid, in einem Staat zu leben, in dem die Korruption selbst an den unvorstellbarsten Orten herrscht und die Ungerechtigkeit allgegenwärtig ist. Deshalb sehen wir, wie Organisationen von Kleinbauern und Bäuerinnen gegen die Macht der Oligarchen, des Militärs und der transnationalen Unternehmen kämpfen. Auch wir, die indigene Bevölkerung, fordern diese Mächte heraus. Wir gehen auf Konfrontation mit europäischen und US-amerikanischen transnationalen Unternehmen, die unser Land ausrauben wollen, unsere Flüsse und Wälder privatisieren und unsere Gold- und Silbervorkommen ausbeuten. Diese Unternehmen planen bedeutende Investitionen im Tourismus und in „Modellstädten“⁸ und versuchen, riesige Windparks durchzusetzen. Und alles nur, um ihre Gewinne zu steigern.

All dem stellt sich das honduranische Volk. Schöpferisch und beharrlich und mit Erfindungsgeist trotz es der politischen Repression. Und deshalb war ein Prozess der Neugründung das Hauptziel der Resistencia. Und das muss auch weiterhin zentrales Ziel bleiben. Dieser Prozess muss zu tiefgreifenden Veränderungen führen, für die es keine Vorbilder gibt. Es muss unser eigener Prozess sein, der von unserer eigenen Wirklichkeit und Weltanschauung ausgeht und sich nach unseren eigenen Vorschlägen entwickelt. Denn all das gibt es. Wir sind kein nutzloses Volk.

Die zweite große Herausforderung, der sich die Resistencia stellen muss, ist der Kampf gegen die Straflosigkeit, von der Honduras total beherrscht wird. Dazu gehört der Kampf gegen die Verletzung der Menschenrechte und die Verteidigung der Gemeingüter in der Natur. [...]

Wir nutzen deshalb die Gelegenheit zu folgendem Aufruf: Beteiligt euch an dem Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen die Verletzung der Menschenrechte in Honduras. Übt auf dem Gebiet des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Zentralamerika Druck auf eure Regierungen aus. Auch zu den Themen Klimawandel, „Grüne Ökonomie“ und zur Rolle der transnationalen europäischen Konzerne in Honduras gilt es, Druck auszuüben. Wichtig ist dabei auch, bei uns in Honduras Präsenz zu zeigen, als Beobachter_innen und Begleiter_innen zum Schutz der Organisationen, die hier im Kampf stehen. Denn



Bertha Cáceres
in einer Gemeinde

in Honduras ist immer alles möglich, auch, dass sich plötzlich wieder ähnliche politische Krisen entwickeln wie der Putsch 2009. Kritisch könnte z. B. der November 2013 werden, wenn in Honduras wieder gewählt wird. In diesem Zusammenhang sind verschiedene Szenarien denkbar: Erstens, dass der Wahlprozess verhindert wird, wenn LIBRE Gewinnchancen hat; zweitens, ein neuer Staatsstreich durch die Ultra-rechten oder drittens, Wahlbetrug. Wie gesagt, in Honduras ist alles möglich. Gerade im Hinblick auf einen möglichen Prozess der Neugründung. Denn dieser wird sich nicht auf eine nette Verfassungsänderung beschränken. Die muss es auch geben. Aber sie wird nicht genügen. Sie wird nur ein Schritt sein in einem Prozess der Entkolonisierung, der uns unsere Würde zurück geben wird. Zu dem Prozess gehört auch die Schaffung starker sozialer und politischer Bewegungen, die in der Lage sind, den Prozess zu tragen und ihn selbst zu leben. Denn wir fragen uns: Ist es möglich, dass jemand, der in der Resistencia oder der Linken eine Führungsposition hat, behauptet, für

die Gerechtigkeit zu kämpfen und gleichzeitig sagt, dass ihn die Probleme und Forderungen der Frauen/Indigenen/Afro-Honduraner_innen/LGBT-Personen nicht interessieren? Es geht hier nicht um eine Revolution für später, sondern es geht um jetzt und um alles zusammen. Deshalb können wir diese Forderungen nicht aufschieben, auch wenn es manchmal einfacher ist, gegen transnationale Konzerne zu kämpfen als gegen die eigene patriarchale und rassistische Kultur. Man muss gegen sich selbst kämpfen, bis hin zur individuellen Dekonstruktion. Auf den Straßen, in der Wohnung, im Bett, in den Organisationen, der Kirche, den Schulen, den Familien, überall müssen wir kämpfen. Das ist ganz wichtig, dass wir das verstehen, dass nur so die Entwicklung weiter geht. Bei uns bei COPINH setzen wir darauf.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview und Übersetzung: Eberhard Albrecht

¹ Am 1. Mai 1954 begann ein Streik von Bananenarbeitern der United Fruit Company, der innerhalb weniger Tage auch die Standard Fruit Company und dann das ganze Land erfasste und erst am 1. Juli zu Ende ging. <http://www.monografias.com/trabajos15/alzamiento-honduras/alzamiento-honduras.shtml>

² LIBRE (Partido Libertad y Refundación) Freiheit und Neugründung ist seit 13. März 2012 eine eingetragene politische Partei, die an den nächsten Wahlen teilnehmen wird.

³ Der Begriff bezieht sich hier auf die US-amerikanischen Bananenplantagen, die fast wie eigene Staaten im Staat Honduras funktionierten.

⁴ Drug Enforcement Administration – US-amerikanische Drogenbehörde

⁵ In der Nacht zum 15. Februar 2012 brach Feuer in der Haftanstalt von Comayagua aus. 360 Häftlinge starben, auch weil das Wachpersonal, das eine Massenflucht befürchtete, die Türen nicht öffnete und auf Fliehende schoss.

⁶ ESCA – Estrategia de Seguridad de Centroamérica. Zu dieser regionalen Sicherheitsinitiative bildete sich ein „Freundeskreis“ (Grupo de Amigos), zu dem auch die BRD gehört. Am wichtigsten sind wahrscheinlich als Haupt-geldgeber_innen die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) und die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE). <http://sre.gob.mx/index.php/sistema-de-la-integracion-centroamericana-sica/1394>

⁷ Plan Colombia: Die kolumbianische Variante des Krieges gegen die Drogen (Gesamtbetrag des Projektes 7,5 Milliarden US- $\$$). Mit großer finanzieller Unterstützung der USA wurde vor allem die Armee aufgerüstet und Koka-Pflanzungen mit gesundheitsschädlichen Herbiziden vernichtet.

⁸ Siehe Infoblatt 79 Eine Musterstadt für die Reichen

Theater als Mittel der Sensibilisierung

Interview mit Ana Ara, Leonila Argüello und Fanny Vado von der Theatergruppe „Nuestra Cara“ vom Frauenkollektiv Matagalpa (Colectivo de Mujeres de Matagalpa/CDMM)

Könnt ihr das Frauenkollektiv Matagalpa vorstellen und ein wenig von der Arbeit berichten, die ihr macht? Seit wann gibt es die Organisation?

Das Kollektiv ist 1985 aus verschiedenen Fraueninitiativen entstanden, die an der Revolution¹ beteiligt waren und teilweise bewaffnet gegen die Diktatur gekämpft haben. Nun mussten die Frauen feststellen, dass in der Partei² nach wie vor patriarchalische Strukturen herrschten und dass die Rechte der Frau immer noch nicht anerkannt wurden. Daraus entstand der Wunsch, eine alternative Gesellschaft außerhalb des patriarchalen Herrschaftssystems zu erschaffen. Und so haben verschiedene Initiativen zusammengefunden – eine Theatergruppe, eine Radiogruppe und eine Gruppe von Medizinerinnen, die sich mit dem Thema Feminismus auseinandersetzten. Aus diesen Gruppen ist das Frauenkollektiv entstanden.

In diesem Kreis haben wir – also die Frauen, die das Kollektiv gegründet haben – mit dem angefangen, was wir schon konnten: Diejenigen, die im Gesundheitswesen beschäftigt waren, arbeiteten mit traditionellen Geburtshelferinnen und mit dem Personal des Gesundheitsdienstes zusammen. Wir haben uns mit „sexuellen und reproduktiven Rechten“³ beschäftigt - die damals allerdings noch nicht so genannt wurden.

Wir setzten uns von Anfang an für das Selbstbestimmungsrecht ein – in diesem Fall für das Recht der Frauen, über ihren eigenen Körper zu bestimmen und über ihr eigenes Leben was Gesundheit und Bildung angeht – in diesen beiden Bereichen kennen wir uns aus. Was den kreativen Teil angeht, kommen andere Frauen ins Spiel, Netzwerke aus der Frauenbewegung oder gemeinsame Projekte mit anderen Gruppen. Im Moment leistet das Kollektiv durch seine partizipativen Lehrmethoden einen großen Beitrag im Bildungsbereich, außerdem im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und im Bereich der Bürger- und Menschenrechte.

Heute sind wir 24 Personen in der Gruppe, zwanzig Frauen und vier Männer. Wir arbeiten z. B. mit Frauen, die im Gefängnis sind und haben ein Radio-Projekt. Also kurz gesagt, wir machen nicht nur Theater, sondern haben noch viele andere Projekte.

Und wie habt ihr angefangen, euch mit Theater zu beschäftigen?

Die Gruppe hat von Anfang an ihren Ausdruck im Theaterspiel gefunden, und das, obwohl das Theater traditionell als Männerdomäne gilt: Regisseure, Autoren, Schauspieler – das sind alles Berufe, die eher mit Männern in Verbindung gebracht werden als mit Frauen. Deshalb wollten wir einen Beitrag zum Theater vom Blickwinkel der Frauen aus liefern. Wir begreifen das Theater als Mittel der Sensibilisierung und (politischen) Bildung auf der Grundlage des Feminismus.

Wir haben im Frauenkollektiv Matagalpa verschiedene künstlerische Projekte. Eines davon ist das „Teatro Nuestra Cara“ („Theater Unser Gesicht“). Wir arbeiten schon seit 16 Jahren zusammen. Wir schreiben und spielen soziale, feministische Theaterstücke und bilden auch Schauspielerinnen aus.

Dann gibt es noch die Improvisationstheater-Gruppe. Spontanes Theater ist eine Mischung aus Kunst, Kreativität und Tanztheater. Auch die Emotionen, die die Leute mit ihrer jeweiligen Geschichte verbinden, spielen mit hinein. Das Ziel ist das einer Gruppentherapie: Ich erzähle eine Geschichte, die sich in denen widerspiegelt, die sie spielen. Auch bei den Zuschauer_innen tritt ein Wiedererkennungseffekt auf, viele denken sich: Genau so geht es mir auch. Da kommen viele Emotionen hoch, und das Ziel ist es, sich kollektiv damit auseinanderzusetzen.

Die dritte Gruppe ist ein Chor, der sich „Voz es Voces“ („Eine Stimme ist viele Stimmen“) nennt. Wir sind keine professionellen Sängerinnen, aber wir glauben, dass die Musik wichtig ist für die Menschen. Also nehmen wir Lieder der Frauenbewegung wieder auf, gesellschaftskritische Lieder, Protestlieder, Lieder, die Kritik an irgendeiner Herrscherfamilie oder repressiven Regierung üben.

Die vierte Gruppe schließlich wird von vierzehn jungen Leuten aus ländlichen Gegenden gebildet, eine Theatergruppe mit dem Namen „Alcanzando las Estrellas“ („Nach den Sternen greifen“). Diese jungen Leute leiten gleichzeitig zu ihren Theaterprojekten die Bibliotheken in den ländlichen Regionen, die vom CDMM aufgebaut wurden.

Wo führt ihr eure Stücke auf?

Generell sind wir im Kollektiv „Nuestra Cara“ der Ansicht, dass die Straßen viel zu sehr von der Männerwelt beherrscht werden, sie bieten nur den Männern Raum für Unterhaltung und Zeitvertreib. Das sehen wir als politischen Aufhänger, den öffentlichen Raum für uns Frauen zu erobern, die Plätze, die Straßen. Deshalb machen wir u. a. Straßentheater.

Da gab es zum Beispiel Kampagnen wie die zum 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“, und im Mai Solidaritätsveranstaltungen für Menschen, die mit HIV/Aids leben. Wir führen unsere Stücke an verschiedensten Orten vor, aber eigentlich sind sie dafür konzipiert, auch unsere sonsti-

ge Arbeit als CDMM unterstützend zu begleiten.

Also suchen wir die neunzehn Geburtshelferinnen in den verschiedenen Regionen auf, mit denen das Kollektiv zusammenarbeitet und die insgesamt über 3.000 Personen betreuen. Dort führen wir unsere Stücke zu verschiedenen Themen auf. Wir wollen Raum für Diskussion, Reflexion und Lösungsansätze bieten.

Auf nationaler Ebene treten wir in Universitäten und Märkten auf, auch in Parks oder Theatersälen. Im öffentlichen Theater allerdings eher selten, die sind tendenziell nicht so aufgeschlossen gegenüber alternativen Theatergruppen. Wir sind ja auch eine kritische Gruppe, die zum Handeln auffordert, z. B. in unseren Kampagnen auf nationaler Ebene gegen sexuellen Missbrauch.

Dann gibt es auch noch Räume, in denen wir uns mit anderen Frauengruppen koordinieren. Zum Beispiel gibt es die „Kampagne 28. September“⁴ für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper. Da spielt das Theater eine wichtige Rolle. Letztes Jahr



sind wir mit dieser Kampagne mehrmals durch verschiedene Städte und Gemeinden Nicaraguas getourt.

Seit November vergangenen Jahres läuft eine Kampagne der Bewegung gegen sexuellen Missbrauch (Movimiento contra el abuso sexual/MCAS). Daran sind 36 Organisationen aus ganz Nicaragua beteiligt. Wir beteiligen uns mit einem Theaterstück zum Thema an der Kampagne. Es soll zu Diskussionen und zum Nachdenken anregen, aber auch zum Handeln auffordern: Was können wir alle gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern tun?

Vor allem muss immer wieder angesprochen werden, dass sexueller Missbrauch von Mädchen und Jungen innerhalb der Familien geschieht, zumeist durch ein nahestehendes Familienmitglied. Wie gesagt haben wir im November 2011 mit der Kampagne angefangen und werden dieses ganze Jahr noch damit beschäftigt sein. Wir haben das Stück bereits über 50-mal aufgeführt.

Wenn wir jetzt nach Nicaragua zurückkehren, machen wir damit weiter, denn geplant sind 90 Vorführungen im Jahr – allein für diese Kampagne! Und dann gibt es noch weitere Kampagnen und Projekte in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen in Nicaragua und international.

Zum Beispiel haben wir in El Salvador eine Kampagne der feministischen Organisation Concertación Feminista Prudencia Ayala unterstützt, die sich für sexuelle und reproduktive Rechte, vor allem für Schwangerschaftsprävention bei Jugendlichen, einsetzt. Es gab neun Vorstellungen an Schulen zum Thema Teenager-Schwangerschaften. Wir als Theatergruppe wurden engagiert, da wir die Kampagne durch eine völlig andere Herangehensweise bereichern, was gerade bei Jugendlichen, denen es häufig schwerfällt, über dieses Thema zu sprechen, das Eis bricht. Das war auch sehr interessant.

Die Situation ist in allen Ländern, die wir besucht haben, ähnlich, vor allem Mädchen aus armen Familien werden sehr früh schwanger.

Ihr habt mehrere Kampagnen für das Selbstbestimmungsrecht erwähnt. Vielleicht könntet ihr ein wenig mehr darüber berichten? Über die Lage in Nicaragua zum Beispiel?

Das Kollektiv hat sich von Anfang an mit sexuellen und reproduktiven Rechten beschäftigt und ist für das Recht eingetreten, frei entscheiden zu können, mit wem man seine Gefühle und seine Sexualität teilt. Zu jener Zeit war die medizinisch indizierte Abtreibung



verfassungsrechtlich zulässig, ein Komitee entschied je nach Einzelfall; aber immerhin bestand noch die Möglichkeit zu einer positiven Entscheidung.

Andererseits war damals Homosexualität gesetzlich verboten. Wer Homosexualität „gut hieß“, unterstützte, verheimlichte oder praktizierte, hatte mit einer Gefängnisstrafe zu rechnen. Also alle, ganz Nicaragua, hätte aus dem ein oder anderen Grund ins Gefängnis gemusst.

Das war während der ganzen Zeit des Aufschwungs der feministischen Bewegung und der Frauenbewegung so und es gab zwei Positionen: Die eine, zu der wir uns zählen, vertritt die Meinung, dass Selbstbestimmung über den eigenen Körper ein Recht ist und dass der Staat verpflichtet ist, dieses Recht zu gewähren, ohne unser Leben zu gefährden

Die andere Position konzentriert sich eher auf das Thema (medizinisch indizierte) Abtreibung an sich, weniger auf das Selbstbestimmungsrecht der Frau, was ja eigentlich jenseits aller Gesetze stehen sollte, da es zu den Menschenrechten gehört, deren Einhaltung von der Verfassung garantiert wird.

Bei der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 haben wir als Frauenbewegung diese zwei verschiedenen Positionen vertreten: die einen wollten bei den Regierungen die komplette Entkriminalisierung der Abtreibung erreichen, die anderen eine Legalisierung unter Auflagen.

Damals war die FSLN nicht an der Regierung⁵. Wir haben lange gehofft, dass sie eines Tages wieder in die Regierung kommen und Abtreibung entkriminalisieren – das heißt, das Selbstbestimmungsrecht anerkennen – würde.

Aber zu unserer Überraschung geschah etwas ganz anderes. Die Regierung paktierte mit der erzkonservativen katholischen Organisation OPUS DEI und verbot Abtreibung – ohne Ausnahmen. Aus der Sicht des Gesundheitswesens ist das nicht tragbar, nicht einmal



aus der Sicht der konservativeren Ärzt_innen. Das ist, als ob man den Frauen die Todesstrafe auferlegen wollte.

Momentan sieht es nicht so aus, als ob sich dieses Gesetz wieder ändern würde, eher im Gegenteil, die Kirche mischt sich immer mehr in die Politik ein. Jetzt üben sie Druck auf die Regierungen aus, die „Pille danach“ zu verbieten. Und sogar Verhütungsmittel sind verpönt, die Diözese von Matagalpa hat Apotheken angehalten, keine rezeptfreien Verhütungsmittel mehr zu verkaufen.

Auf welche Verhütungsmittel bezieht sich das?

Auf alle Verhütungsmittel. Auch Kondome!

Die Regierung ist da auch widersprüchlich in ihrer Politik, denn in der Frauengesundheitspolitik ist die Ausgabe von Verhütungsmitteln vorgesehen. Und es gibt ein Regierungsprogramm für HIV-Positive, im Rahmen dessen Kondome ausgegeben werden, um die Ansteckungsgefahr beim Geschlechtsverkehr zu vermindern.

Wir haben den Eindruck, dass sich nicht nur Nicaragua, sondern in Mittelamerika allgemein, ja in ganz Lateinamerika ein solcher ideologischer Rückschritt beobachten lässt. Aber auch in Europa sind konservative Ideologien im Aufschwung.

Und wie immer – da wir in einem patriarchalischen System leben – hat dieser Rückschritt die krassesten Auswirkungen auf das Frauenbild. Die Frau soll wieder die traditionelle Hausfrauenrolle einnehmen, gehorsam sein und so viele Kinder haben, wie Gott ihr schenkt.

Das heißt im Klartext, alle Rechte, die wir Frauen uns erkämpft haben, wieder aufzuheben und dabei nicht einmal auf Widerstand zu stoßen, denn selbst linksgerichtete politische Parteien oder Bewegungen sind patriarchalisch strukturiert.

Das Frauenthema ist der schwächste Punkt der Regierung, bei dem immer als erstes zurückgefahren wird.

Ihr habt das Verbot von Homosexualität erwähnt. Wurde das inzwischen aufgehoben?

Ja, das war sozusagen ein Tauschgeschäft: Abtreibung verbieten und Homosexualität entkriminalisieren. Die Regierung hat plötzlich einen auf modern gemacht und das „Verbot homosexueller Praktiken“ (ley de sodomía) aus der Strafprozessordnung gestrichen, aber gleichzeitig auch das Recht auf (medizinisch indizierte) Abtreibung abgeschafft.

Zum gleichen Zeitpunkt?

Ja, das war der Deal. Das hat uns, also die Bevölkerung allgemein und vor allem uns Frauen, auch ziemlich überrascht, weil man ja denken sollte, dass zu dem Recht, selbstbestimmt und vorurteilsfrei über seine sexuelle Orientierung und seine Geschlechtsidentität zu entscheiden, auch die freie Entscheidung darüber gehört, mit wem man zusammen sein möchte. Und die Entscheidung darüber, ob man ein Kind gebären will oder nicht. Wir als Frauenbewegung haben in Nicaragua immer für das Grundsätzliche dieser Frage gekämpft.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Eva Bahl Übersetzung: Julia Eggers

- ¹ *Als Revolution wird ein Abschnitt der nicaraguanischen Geschichte bezeichnet, in dem die Diktatur des Somoza-Clans überwunden wurde. Die Kampfhandlungen fanden vor allem in den Jahren 1978 und 1979 statt. Oft wird mit der Revolution jedoch der darauf folgende Zeitraum der gesellschaftlichen Umwälzung bezeichnet.*
- ² *Die Partei FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional) ist aus der gleichnamigen Guerillaorganisation hervorgegangen, die am 19. Juli 1979 die seit 43 Jahren bestehende Diktatur des Präsidenten Anastasio Somoza stürzte und daraufhin Nicaragua bis 1990 regierte. Mit Daniel Ortega stellt sie seit Januar 2007 wieder den Staatspräsidenten Nicaraguas.*
- ³ *Als „sexuelle und reproduktive Rechte“ werden die Rechte bezeichnet, die mit der Selbstbestimmung über den eigenen Körper, die eigene Sexualität und der Familienplanung zu tun haben.*
- ⁴ *28. September = Tag für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbruch*
- ⁵ *Die FSLN stellte von 1979 - 1990 und jetzt seit 2006 die Regierung in Nicaragua.*

Kraftproben

In El Salvador liegen sich die Gewalten öfters in den Haaren

In den frühen Morgenstunden des vergangenen 20. August einigten sich die im Parlament (Asamblea Legislativa, AL) vertretenen politischen Parteien und die Verfassungskammer (Sala de lo Constitucional) des Obersten Gerichtshofes (Corte Suprema de Justicia, CSJ) nach einem wochenlang andauernden Streit und unter Vermittlung des Präsidenten Mauricio Funes auf einen Kompromiss. Um was es bei diesem Streit ging, wird im Folgenden dargestellt.

Friedrich Ellwanger

Im Ergebnis verpflichtete sich die AL, vier der fünf Obersten Richter_innen der Verfassungskammer¹ in ihrem Amt zu bestätigen, als fünften aber Ovidio



*Präsident
Mauricio Funes*

Bonilla, der zugleich Präsident des gesamten CSJ ist, durch José Salomón Padilla zu ersetzen. Damit wurde eine Krise beendet, die ebenso die Medienöffentlichkeit beschäftigt wie die US-Regierung auf den Plan gerufen hatte und die Gefahr lief, sich zur schlimmsten Staatskrise seit Unterzeichnung der Friedensverträge auszuwachsen.

Die Vorgeschichte

Die Wahl der Obersten Richter_innen obliegt in El Salvador dem Parlament. Weil die extrem rechte ARE-

NA-Partei zwanzig Jahre lang (1989 - 2009) dort die größte Fraktion stellte, wählte sie zusammen mit ihren Verbündeten von der Christdemokratischen Partei (Partido Demócrata Cristiano, PDC, heute Partei der Hoffnung, Partido de la Esperanza, PES) und von der Partei der Nationalen Versöhnung (Partido de Conciliación Nacional, PCN, heute Nationale Versöhnung, Conciliación Nacional, CN) stets den Präsidenten des CSJ und die Verfassungsrichter_innen. Nach der Verfassung und den Sekundärgesetzen wählt die AL alle drei Jahre fünf Oberste Richter_innen (also ein Drittel der insgesamt fünfzehn Richter_innen) für eine Amtszeit von neun Jahren, und zwar aus einer Liste von 30 Vorschlägen, die je zur Hälfte von den Anwaltsverbänden und dem Nationalen Rat für die Gerichtsbarkeit (Consejo Nacional de la Judicatura, CNJ) gemacht werden. Dieses im Prinzip demokratische Verfahren wurde in der Vergangenheit von den rechten Parteien dominiert. Da diese nur Richter_innen einsetzten, die ihnen politisch nahestanden, konnte man bis 2009 von einer unabhängigen Justiz nur träumen. Im Jahr 2009, in dem die FMLN mit Mauricio Funes als Kandidaten die Präsidentschaftswahlen gewann, mussten vier Oberste Richter_innen der Verfassungskammer neu gewählt werden. Bemerkenswerterweise wurden aus der Liste der Anwaltsverbände zwei Anwälte mit makelloser Laufbahn, Florentín Meléndez und Sidney Blanco, zu Verfassungsrichtern gewählt. Die anderen beiden waren Belarmino Jaime, bekannter Anwalt des Unternehmerverbandes, der zum Präsidenten der Verfassungskammer und damit auch des gesamten CSJ gewählt wurde, und der junge Anwalt Rodolfo González. Der fünfte Verfassungsrichter, Néstor Castaneda, wurde aus der alten Kammer übernommen, weil seine Amtszeit bis 2012 lief.

Die neue Verfassungskammer machte bald von sich reden, weil sie heiße Eisen aus der Vergangenheit anpackte, wie z. B. die Auflösung der Rechtsparteien PCN und PDC, die bei den vorangegangenen Wahlen das Quorum verfehlt hatten. So keimte in der Öffentlichkeit die Hoffnung auf, endlich eine unabhängige Justiz zu bekommen. Dann ging die neue Verfassungskammer die Reform des Wahlrechtes an: Sie erlaubte unabhängige Kandidaturen und offene Listen (bis dahin hatten die Wähler_innen nur die Wahl zwischen Parteien, nicht aber zwischen einzelnen

Kandidat_innen). Der entsprechende Richterspruch löste einen heftigen Zusammenstoß zwischen der Verfassungskammer und der FMLN aus, die sich als kollektives Projekt versteht und daher gegen offene Listen ist. ARENA wiederum, zu diesem Zeitpunkt geschwächt durch die Abspaltung von 14 Abgeordneten, die die Große Allianz für die Nationale Einheit (Gran Alianza por la Unidad Nacional, GANA) gründeten, sympathisierte mit dem Richterspruch. Ein weiterer Konflikt, den die Verfassungskammer auslöste, war der Spruch, mit dem sie die Transfers von Haushaltsmitteln von einem in ein anderes Ministerium für verfassungswidrig erklärte. Damit legte sich die Kammer mit Präsident Funes und seiner Regierung an, die die Kröte nur widerwillig schluckten. Der spanische Auslieferungsantrag gegen neun ehemals hochrangige salvadorianische Militärs, die 1989 für die Ermordung von sechs Jesuitenpriestern der UCA-Universität und ihren Haushälterinnen verantwortlich waren, alarmierte ARENA, PES und CN gleichermaßen. In Windeseile wurde im Juni 2011 das Gesetz 743 - ohne die Stimmen der FMLN - im Parlament verabschiedet, wonach die Verfassungskammer in Zukunft nur noch einstimmig (alle fünf Richter) beschließen sollte, statt zuvor nach dem Mehrheitsprinzip. Damit wollten die rechten Parteien verhindern, dass die Verfassungskammer das Amnestiegesetz von 1993 für verfassungswidrig erklärt und so die Auslieferung der für das Massaker in der UCA verantwortlich gemachten Militärs möglich macht. Tatsächlich hatte die Verfassungskammer das allerdings gar nicht vor. Präsident Funes unterschrieb das Gesetz 743, ohne zu zögern. Doch in breiten Teilen der Gesellschaft brach ein Sturm der Entrüstung über diesen



„Putschversuch“ los. Nach langen Verhandlungen zwischen FMLN, ARENA und Vertretern des Obersten Gerichtshof wurde das Gesetz schließlich nach knapp zwei Monaten wieder aufgehoben, die Spannungen zwischen Parlament und Verfassungskammer blieben aber latent bestehen.

Parlament

Die jüngste Krise

Die erste Legislaturperiode des Parlamentes unter der FMLN/Funes-Regierung², jene von 2009 bis 2012, brachte in mancherlei Hinsicht Überraschungen: ARE-



NA und die Christdemokraten verloren Abgeordnete, diese gründeten die Partei GANA und bildeten fortan die drittstärkste Fraktion im Parlament. Daraufhin begann die FMLN mit GANA, CN und PES Zweidrittelmehrheiten in der AL zu schmieden. Das war die Situation vor den Parlamentswahlen im März 2012, deren Ergebnisse das Panorama erneut veränderten: die FMLN verlor Sitze und hat jetzt nur noch 31 Abgeordnete, ARENA gewann 33 Sitze, GANA elf, CN sieben und PES einen (ein weiterer Sitz ging an den linksliberalen Demokratischen Wandel, Cambio Democrático, CD).

So bekam ARENA für die Legislaturperiode 2012 - 2015 wieder den Schlüssel für Zweidrittelmehrheiten im Bund mit den anderen rechten Parteien in die Hand. Noch vor Beginn der neuen Legislaturperiode verhandelte die FMLN mit GANA, CN und PES über die Wahl von fünf Obersten Richter_innen. Damit wurde in der Legislaturperiode 2009 - 2012 zum zweiten Mal gewählt. Zwar besagt Artikel 186 der salvadorianischen Verfassung nicht explizit, dass in ein und derselben Legislaturperiode nicht zweimal Oberste Richter_innen gewählt werden dürfen, bislang war dies jedoch nur einmal pro Legislaturperiode geschehen. Weil die FMLN bereits Erfahrungen in der ungewöhnlichen Zusammenarbeit mit GANA, CN und PES gesammelt hatte, war sie daran interessiert, die unbequemen Verfassungsrichter im April noch schnell vor Beginn der neuen Legislaturperiode am 1. Mai 2012 auszutauschen.

Als die entsprechenden Verhandlungen ruchbar wurden, protestierte zwar eine Reihe von Anwälten, aber die Wahlen fanden trotzdem statt. Jetzt gingen die Proteste von Anwälten verschiedener Couleur erst recht los. Die noch amtierende Verfassungskammer erklärte in ihrem Richterspruch 19/2012 (mit vier von fünf Stimmen), dass die Wahlen von neuen Obersten Richter_innen im April und die Versetzung von Belarmino Jaime – dem Präsidenten der Verfassungskammer und des CSJ – in eine andere Kammer verfassungswidrig waren. Die Reaktionen in der AL ließen nicht auf sich warten: Der neue Block aus FMLN, GANA, CN und PES erging sich nicht nur in Beschuldigungen gegen die Verfassungskammer, sondern mobilisierte auch auf der Straße. ARENA witterte Morgenluft, weil der Spruch der Verfassungskammer Richterneuwahlen und damit Verhandlungen mit ARENA beinhaltete – und machte sich so zur großen Verteidigerin der Verfassung. Tatsächlich ist nach salvadorianischem Recht die Rechtsprechung der Verfassungskammer definitiv; es gibt keine Revisionsmöglichkeiten. Auch wenn die richterliche Unabhängigkeit nicht in Frage steht, kann man an der Weisheit des besagten Richterspruches über die Verfassungswidrigkeit der Richterwahlen im April 2012 zweifeln.

Juristische und politische Bewertungen des Konfliktes

Mit dem Beschluss 19/2012 vertritt die Verfassungskammer die Meinung, dass Artikel 186 der Verfassung es der AL verbietet, in ein und derselben Legislaturperiode zwei Mal Oberste Richter_innen zu wählen. Weil die AL alle drei Jahre neu gewählt wird, stellt die Wahl von neuen Obersten Richter_innen ebenfalls alle drei Jahre nach dieser Auffassung eine „indirekte demokratische Legitimation“ dar. Das ist eine fortschrittliche Interpretation, die freilich in den zwanzig Jahren ARENA-Regierung mit dem Kuhhandel von Parteiquoten unterlaufen wurde. Die Wahlen von 2012 waren die ersten, die an ARENA vorbeigingen. Obwohl auch bei diesen Wahlen wieder ausgehandelte politische Quoten, nur eben ohne Beteiligung von ARENA, zum Tragen kamen, scheinen die von der FMLN geförderten Juristen die richterliche Unabhängigkeit zu garantieren. Unabhängig von der Integrität der Juristen stellte die AL die Rechtsgrundlagen in Frage, als sie sich weigerte, den Beschluss 19/2012 zu befolgen. Er wirft gleichwohl zwei Fragen auf.

Zum einen lässt sich fragen, ob die verfassungsrechtliche Überkorrektheit des Beschlusses, der von der politischen Realität absieht, angebracht ist, gibt er ARENA doch Verhandlungsmacht zurück, die sie mit den Wahlen neuer Oberster Richter_innen im vergangenen April verloren hatte. Kritiker_innen unterstellen daher der Verfassungskammer, mit ihrem Beschluss ARENA zu begünstigen. Der Beschluss 19/2012 feiert zwar die verfassungsrechtliche Reinheit, versäumt es aber, den gesamten Prozess zu verändern, der auch wesentlich von den parteitaktisch geprägten Vorschlägen der Anwaltsverbände und des CNJ mitbestimmt wird.

Zum zweiten ist das Verbot, in einer Legislaturperiode zwei Mal Oberste Richter_innen zu wählen, in Artikel 186 der salvadorianischen Verfassung nicht explizit enthalten. Bei dem Beschluss 19/2012 handelt es sich also um eine Verfassungsinterpretation durch die 2009 gewählten Verfassungskammer, und einige Jurist_innen finden, dass er eine übertriebene Interpretation ist. Um das Prinzip der „indirekten demokratischen Legitimation“ wirklich zu verankern, bedürfte es einer Verfassungsreform und das wiederum liegt in der Kompetenz des Parlaments. Kritiker_innen des Beschlusses 19/2012 meinen deshalb, dass sich die Verfassungskammer Kompetenzen angemaßt hat, die allein der AL zustehen.

Es gibt noch weitere Kritiken an Beschluss 19/2012. Entscheidend scheint aber zu sein, dass er juristisch die Interpretation von Artikel 186 der Verfassung zu weit treibt und politisch zu hohe Kosten verursacht

hat. Insofern ist der Vorschlag der FMLN angebracht, über eine Verfassungsreform des Artikels 186 ein für allemal festzulegen, dass pro Legislaturperiode nur einmal Wahlen von Obersten Richter_innen durchgeführt werden dürfen.

Schließlich kann man an dieser Stelle noch drei Elemente diskutieren, die mit dem Konflikt zwischen der AL und der Verfassungskammer zusammenhängen: das Einschalten des Zentralamerikanischen Gerichtshofes (Corte Centroamericana de Justicia, CCJ), die Vermittlungen durch Präsident Funes und die neuen Wahlen, die als Ergebnis dieser Vermittlungen stattgefunden haben.

Die AL hat es mit den 50 Stimmen der FMLN, der GANA, der PES und der CN klar abgelehnt, die Beschlüsse der Verfassungskammer zu befolgen. Diese Haltung ist umstritten, weil sie im salvadorianischen Rechtssystem nicht vorgesehen ist. Beschlüsse der Verfassungskammer können von keiner anderen Instanz für nichtig erklärt werden. Eine andere Sache wäre es wiederum, das salvadorianische Rechtssystem für unzureichend, weil die historischen Machtverhältnisse begünstigend, zu halten, und es zu reformieren oder durch ein anderes System zu ersetzen. Dass das möglich ist, beweisen die Verfassungsrevolutionen in Ecuador und Bolivien. In El Salvador erlaubt es das politische Kräfteverhältnis nicht, das Rechtssystem zu ändern. Es ist klar darauf ausgerichtet, Instanzen wie die Verfassungskammer, die Generalstaatsanwaltschaft und den Rechnungshof mit einer großen Machtfülle auszustatten, weil der herrschende Block davon ausgeht, dass er diese Instanzen kontrollieren wird. Wann immer es der Linken gelingt, einen Fuß in die Tür des Staatsapparates zu bekommen, beschwören die herrschenden Sektoren eine Krise herauf. Die AL hat die Beschlüsse der Verfassungskammer zurückgewiesen und sich an den CCJ gewandt, der laut Artikel 22, Absatz J, des Protokolls von Tegucigalpa die Kompetenz hat, bei Konflikten zwischen den Gewalten zu urteilen. Der Versuch, den CCJ einzuschalten, stellte den Versuch dar, das Problem auf rechtlichem Wege zu lösen. Es ist allerdings in Frage zu stellen, ob der Konflikt zwischen salvadorianischem Parlament und der Verfassungskammer in den Zuständigkeitsbereich des CCJ fällt. Der CCJ ist ein Instrument der Integration Zentralamerikas, weshalb Konflikte zwischen den Gewalten in einem Land vom CCJ nur behandelt werden dürfen, wenn sie etwas mit dem Integrationssystem zu tun haben; d. h., der CCJ darf nicht als übergeordnete Instanz Verfassungsurteile in einem Land annullieren.

Als sich die Kontrahenten ineinander verbissen hatten, schaltete sich Präsident Funes ein und vermittelte in den Verhandlungen zwischen den politischen

Parteien in der AL. Siebzehn Runden lang dauerte dieser komplizierte Prozess voller Spannungen. Am Ende der Verhandlungen beschlossen die Parteien eine Neuwahl aller fünfzehn Obersten Richter_innen. Bei dieser Wahl wurden die 2006, 2009 und – bei der umstrittenen Wahl – 2012 gewählten Obersten Richter_innen bestätigt, mit der einzigen Variante, dass nicht Ovidio Bonilla zum Präsidenten der Kammer und damit zum Präsidenten des gesamten CSJ gewählt wurde, wie es in der von der Verfassungskammer annullierten Wahl vom April 2012 geschehen war, sondern der ebenfalls der FMLN nahestehende Salomón Padilla. Die drei weiteren im April 2012 neu gewählten – und im August bestätigten – Richter_innen wurden anderen Kammern zugeteilt. Die Interpretation dieser Ergebnisse legt nahe, dass einerseits die politische Zusammensetzung des CSJ aufrechterhalten worden ist, jetzt aber unter Führung eines der FMLN nahestehenden Präsidenten. Andererseits ist der Richter Belarmino Jaime in der Verfassungskammer geblieben, so dass in den kommenden sechs Jahren das 4:1 Stimmenverhältnis in dieser Kammer aufrechterhalten wird, bei dem die vier Richter, die die Auseinandersetzung mit der AL geführt haben, zusammenbleiben. Diese Neuwahlergebnisse haben den Vorteil, dass die Beschlüsse der Verfassungskammer zu den Wahlen vom April 2012 respektiert werden. Indem vorhersehbar war, dass diese Beschlüsse eine schwere Krise zwischen den Gewalten auslösen würden, waren die langwierigen Verhandlungen unter Vermittlung von Präsident Funes notwendig und erfolgreich.

In der Verfassungskammer warten noch Verfassungsklagen auf Urteile, weshalb neue Krisen vorhersehbar sind. Darunter sind Klagen gegen das System der Überhangmandate im Wahlrecht und gegen die Ernennung der Generäle Munguía Payés und Salinas zum Minister für Justiz und Öffentliche Sicherheit bzw. zum Polizeidirektor. Auch in der bereits angelauten Kampagne für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2014 (!) ist mit neuen Klagen zu rechnen. Es wäre also blauäugig, nach dem Ende des jüngsten Konfliktes zwischen Verfassungskammer und Parlament von politischer Stabilität zu sprechen.

¹ *Es gibt insgesamt 15 Oberste Richter_innen, die auf vier Kammern verteilt sind: fünf in der Verfassungskammer, jeweils drei in den Kammern für Zivilrecht bzw. Strafrecht, und vier in der Kammer, die für Verwaltungsrecht zuständig ist.*

² *In El Salvador finden alle drei Jahre Parlaments- und Kommunalwahlen und alle fünf Jahre Präsidentschaftswahlen statt. Im „Superwahljahr“ 2009 wurde zwei mal gewählt. Das Parlament wurde dann 2012 wieder gewählt, während Präsident Funes noch bis 2014 regiert.*

nahua script 14

Her mit dem guten Leben!

Gegentwürfe zur globalen Krise

(ea) Wer sich schon länger von dem Begriff „Buen Vivir“ (Gutes Leben) angesprochen gefühlt hat, aber bisher noch keine Zeit fand, sich damit näher zu beschäftigen, der ist mit diesem Büchlein gut bedient. Als Ergebnis einer Veranstaltungsreihe aus dem Jahre 2011 hat das Informationsbüro Wuppertal darin zehn Beiträge versammelt, die die Idee des „Buen Vivir“ aus dem indigenen Kulturraum der Anden vorstellen und zeigen, wie Menschen bei uns, die davon überzeugt sind, dass es Zeit ist für fundamentale Änderungen, sich davon inspirieren lassen.

Man erfährt zuerst, welche Einflüsse diese Ideen schon jetzt auf die Politik südamerikanischer Staaten haben. In den Verfassungen von Ecuador und Bolivien wird inzwischen die Natur als Rechtssubjekt anerkannt und sie enthalten das „Recht auf Gutes Leben“. Das ist aber nur ein Anfang. Das Interview mit dem Vertreter eines Indigenenverbandes macht deutlich, dass „Buen Vivir“ die Macht in Frage stellt. Denn mittel- und langfristig geht es um ein neues Entwicklungsmodell, mit dem die geänderten Verfassungen umgesetzt werden müssen. Und bis dahin ist es noch ein weiter, mühsamer Weg.

So erfrischend wie der Titel, so breit gefächert sind die Beiträge der Autor_innen, die sich Gedanken zu den bei uns notwendigen Änderungen machen. Den Herausgeber_innen ist dabei eine geschickte Mischung aus anspruchsvollen theoretischen Texten und Beschreibungen kleiner praktischer Schritte gelungen. Beispielhaft hierfür sind die beiden letzten Beiträge von Friederike Habermann und Thomas Seibert. Beide beschäftigen sich mit *Commons* bzw. öffentlichen Gütern. Friederike Habermanns Artikel ist geprägt von persönlichen Erfahrungen und führt zu konkreten Handlungsempfehlungen: Besitz statt Eigentum, teile was du kannst, beitragen statt tauschen (das bekannteste Beispiel hierfür ist freie Software) und Freiwilligkeit und Offenheit. Auf Grund einer sehr theoretischen Herangehensweise gelangt Thomas Seibert hingegen zu radikalen Forderungen an die Politik. Für ihn liegt die Antwort auf die neoliberale Globalisierung in dem, was er die „Globalisierung von Politiken öffentlicher Güter“ nennt. Darin ist soziale



Sicherung ein globales öffentliches Gut, das dann natürlich von der Arbeit entkoppelt ist.

Angesichts der Bedeutung eines harmonischen Verhältnisses mit der Natur in der Idee des „Buen Vivir“ kann es nicht überraschen, dass die Beiträge wachstumskritisch sind und ökologische Überlegungen ins Zentrum stellen. Um Klimagerechtigkeit und Wohlstand ohne Wachstum geht es. Auch bei den Ideen, wie Wirtschaftswachstum und Kapitalismus in Frage zu stellen sind, sind die Bezüge zum „Buen Vivir“ deutlich. Wie im indigenen Denken das gute Leben von einem erfüllten Leben in der Gemeinschaft abhängt, so beschäftigen sich viele hiesige Autor_innen mit der Idee der *Commons* und mit den damit verwandten Begriffen wie Gemeingütersystem und der schon erwähnten Politik der öffentlichen Güter.

Hoffnung macht der Artikel von Dorothee Rodenhäuser über alternative Kategorien zur Messung von gesellschaftlicher Entwicklung. Es geht um die Entwicklung eines „Nationalen Wohlfahrtsindex“, als Ersatz für das BIP. Es sieht so aus, als ob es selbst in den Wirtschaftswissenschaften neue Ansätze gäbe, die sogar eine Chance in der Politik zu haben scheinen.

Auch der auf den ersten Blick thematisch etwas am Rande liegende Artikel „Recht auf Stadt“ findet seine Berechtigung, wenn man ihn im Zusammenhang mit den Gedanken zum urbanen Gärtnern liest. Beide Texte ermuntern zu widerständiger Praxis.

Es ist ein lohnendes Büchlein, das Anregungen zum Nachdenken liefert, auch über all das, was in den wenigen Seiten gar nicht stehen kann.

„Fokuscafé Lateinamerika“ und „Bildungslabor Lateinamerika“

Bildungsmaterialien aus Wuppertal verbinden ansprechende Methodik mit internationalistischem Hintergrund

Andrés Schmidt

Das Informationsbüro Nicaragua Wuppertal war bereits mit der Fotoausstellung „Überlebenswelten“ in die Erstellung von Bildungsmaterial für das Globale Lernen eingestiegen. Die nun vorgestellte Materialreihe „Fokuscafé Lateinamerika“ bzw. „Bildungslabor Lateinamerika“ (beides wunderbar modern klingende Titel) ist ein modulbasiertes Bildungsprogramm für Jugendliche ab 16 Jahren und junge Erwachsene. Sie verbindet verschiedene Lateinamerikathemen mit interaktiven und partizipativen Trainingsmethoden des Globalen Lernens. Inhaltlich stehen die Auseinandersetzung mit Klischees, Kolonialgeschichte, wirtschaftlichen Zusammenhängen, Migrationsthemen und der Frage, was das Ganze mit uns zu tun hat, im Mittelpunkt. Methodisch geht es um einen spielerischen, subjekt-zentrierten Zugang. Für die geeignete Atmosphäre sorgen dekorative Aufsteller mit weiterführenden Informationen. Insgesamt umfasst die Reihe über 36 Stunden Programm.

Die Teilnehmenden erkunden konkrete Themen, bei denen sie selbst im Mittelpunkt des Geschehens stehen. So werden sie zum Beispiel mit einem Rollenspiel in die Situation von Migrant_innen auf ihrem Weg in die USA versetzt; mit einem Zeitstrahl können sie den Verlauf der Ereignisse der Eroberung Lateinamerikas und der Kolonialzeit nachvollziehen; oder sie versuchen in einem Planspiel, ein mittelamerikanisches Land vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu bewahren.

Themen wie Migration, Klimawandel und Ökonomie sind weit über den Kontext Lateinamerika hinaus relevant und rufen bei den Teilnehmenden immer wieder die Frage „Und wie sieht es bei uns aus?“ hervor. Wenn Schüler_innen sich im Rollenspiel in eine honduranische Familie hineinversetzen, die einen Angehörigen auf den gefährlichen Weg zur Arbeitsmigration nach Nordamerika schickt, lässt sich evtl. auch ein Bezug zur Familie der afrikanischen Mitschüler_in herstellen.

Unabhängig von diesem Effekt der Selbst-Verortung

war die ursprüngliche Zielsetzung des Wuppertaler Bildungsmaterial-Vorstoßes eine andere: Um neue Zugänge für junge Menschen zur Lateinamerika-Solidaritätsarbeit zu erschließen, begannen die Aktiven im „Infobüro“ Nicaragua, mit Bildungsmethoden zu experimentieren. Die Bundeszentrale für Politische Bildung ermöglichte die Gestaltung der vorliegenden Werkhefte. An der professionellen Grafik lässt sich die großzügige Finanzierung erahnen. An politischer Klarheit lassen die Texte jedoch nichts zu wünschen übrig. Wer das Ökonomie-Modul mitspielt, wird erfasst von der speziellen Art von Empörung, die sich nur durch eigenes Handeln stillen lässt.

Die Autor_innen nehmen für sich in Anspruch, mit ihrem Material eine Alternative zu einem Top-down-orientierten Frontalunterricht zu bieten, die sie als „Partizipatives Lernen“ beschreiben. Wörtlich genommen stimmt das: Da die Inhalte spielerisch und kommunikativ erarbeitet werden, dürften sich die Teilnehmenden viel mehr als Subjekt wahrnehmen als im herkömmlichen Unterricht. Die Lerninhalte und deren Interpretationen sind aber durch die Gestaltung als Rundum-Sorglos-Paket relativ stark festgelegt. Es handelt sich eher um einen Lernprozess, in dem die Adressat_innen partizipieren sollen als um einen, den sie selbst bestimmen. Paolo Freire hätte sich wahrscheinlich unter befreiter Pädagogik etwas anderes vorgestellt.

Den Abstand zu den aus der Schule gewohnten Lernsituationen dürften die meisten Teilnehmenden jedoch immer noch als wohltuend groß empfinden. Das durchdachte Konzept und die Übertragbarkeit der angesprochenen Themen auf die eigene Lebenswirklichkeit machen „Fokuscafé“ und „Bildungslabor Lateinamerika“ auch für diejenigen attraktiv, die sich für Lateinamerika weniger interessieren.

Das Informationsbüro Nicaragua hat bereits etwa 100 Teamer_innen für die Anwendung des Bildungsmaterials ausgebildet. Im Herbst 2013 soll ein Ausbildungsseminar in München stattfinden.

<http://www.informationsbuero-nicaragua.org>

Der Solidaritätsfonds der Hans-Böckler-Stiftung und seine internationalistischen Aktivitäten

Jochen Fuchs

Der „Solifonds“, wie er in aller Regel verkürzend genannt wird, dient der Unterstützung von Initiativen im In- und Ausland, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, das Motto „Ändere die Welt, denn sie braucht es“ in die Tat umzusetzen. Als der Förderung besonders bedürftig gelten dabei Gruppen und im Ausnahmefall auch Einzelpersonen, die an der Basis arbeiten und die aufgrund ihrer Unabhängigkeit wenig Möglichkeiten haben, anderweitig Mittel zu akquirieren. Geförderte Projekte jenseits der Grenzen der BRD sind in erster Linie in den Sektoren Bildung, gewerkschaftliche und politische Arbeit sowie Gesundheit tätig.

Kleiner Historischer Rückblick – oder wie ist der Solifonds entstanden?

Am 11. September 1973 putschte in Chile das Militär und beendete damit im Interesse US-amerikanischer Konzerne nicht nur die sozialistische Umgestaltung des Landes, sondern ‚schenkte‘ den so genannten ‚Chicagoboy‘ ein ganzes Land, in dem sie ihre neoliberalen Wirtschaftskonzepte vorexerzieren konnten. Der Präsident Salvador Allende überlebte den 11. September nicht, mit ihm fielen in den Folgejahren tausende seiner Unterstützer_innen dem Terror der Diktatur Augusto Pinochets zum Opfer.

Zu jener Zeit wurde aus den Reihen der von den DGB-Gewerkschaften ins Leben gerufenen Hans-Böckler-Stiftung heraus die Solidaritätsarbeit mit dem demokratischen Chile organisiert. Den damals gegründeten Solifonds kam die Aufgabe zu, die hierfür benötigten Finanzen ‚einzuwerben‘. Stipendiat_innen spendeten jeweils ein Prozent ihres Stipendiums, die dabei zusammen gesammelte Summe wurde durch eine ‚institutionelle Komponente‘ verdoppelt und Vertrauensdozent_innen der Stiftung trugen zum Anwachsen des Fördertopfes bei, indem sie ihm ihre Aufwandsentschädigung (bzw. Teile derselben) zugute kommen ließen. Als 1992 Chile wenigstens zu formaldemokratischen, um die sozialistische Komponente ‚bereinigen‘ Verhältnissen zurück kehren durfte, beschloss man, den Solifonds nicht aufzulösen,

sondern – den Zeichen der Zeit entsprechend – zu globalisieren, so dass seither die Vergabekommission des Solifonds, in welcher Vertreter_innen der Stipendiat_innen, der Vertrauensdozent_innen, des DGB und der Stiftung sitzen, nun für die Entscheidung über Anträge aus aller Welt zuständig ist.

Wie kommt ein Antrag zustande?

1. Wer ist antragsberechtigt?

Einzelpersonen wie Gruppen können einen Förderantrag stellen.

2. Was sollte der Antrag enthalten?

Im Antrag sollte die Projektträger_in vorgestellt werden. Sofern die Antragssteller_in nicht mit der Projektträger_in identisch ist, sollten sie sich auch kurz vorstellen und das Vorhaben sollte mit klarer Zielsetzung und Begründung detailliert beschrieben werden. Ferner wird erwartet, dass der Antrag eine Terminplanung sowie eine ausführliche und detaillierte Kostenaufstellung enthält und Informationen über bereits genehmigte bzw. noch beantragte Drittmittel. Von Interesse ist außerdem, inwieweit am Projekt Vertrauensdozent_innen bzw. Stipendiat_innen beteiligt sind. Die Höhe der beantragten Summe muss exakt angegeben werden, ebenso die Kontoverbindungen.

3. Wann kann ein Antrag gestellt werden?

Anträge können prinzipiell das ganze Jahr über gestellt werden. Da die Sitzungen der Vergabekommission dreimal jährlich stattfinden, und zwar in der Regel im Januar, Mai und Oktober, und die Anträge an alle Mitglieder der Vergabekommission zwei Wochen vor der Sitzung verschickt werden, sollten Antragsteller_innen dafür Sorge tragen, dass ihre Anträge Mitte Dezember, Mitte April bzw. Mitte September an die Hans-Böckler-Stiftung, Referat E, Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf geschickt werden. Dabei ist es empfehlenswert, dass neben der

Adresse der Absender_in auch noch weitere Verbindungsdaten wie bspw. Telefonnummer oder E-Mailadresse enthalten ist.

Was ist sonst noch zu beachten?

Es gibt kein offizielles Antragsformular und auch keine Seitenzahlbegrenzung, gleichwohl sind die Mitglieder der Vergabekommission dankbar, wenn ein Antrag nicht länger als fünf Seiten ist. Anträge können auch in englischer, französischer oder spanischer Sprache verfasst werden. Aufgrund seines kleinen Budgets kann der Solifonds primär Anschlag- und Teilfinanzierungen leisten. Insofern sollte in einem Antrag auch etwas über die Perspektiven des Projekts gesagt werden. Eine Dauerförderung einzelner Projekte ist nicht möglich. Dieser Grundsatz kann auch nicht dadurch umgangen werden, dass ein Projekt alljährlich neue Anträge stellt bzw. Folgeprojekte ähnlichen Inhalts gefördert wissen will. Gefördert werden Sach- aber keine Personalkosten. Stipendien oder stipendienartige Leistungen sind ebenso wenig finanzierbar wie Reisekosten.

Zwei Beispiele für in letzter Zeit geförderte Projekte

Ein Antrag auf Förderung eines Kollektivs in Mexiko-Stadt wurde in vollem Umfang angenommen. Das Kollektiv betreibt ein soziokulturelles Zentrum mit angeschlossener Fahrradwerkstatt sowie einer Siebdruckerei. Das Zentrum ist ein wichtiger Bestandteil der linken und alternativen Szene der Stadt. Das Gebäude wird u. a. mit Hilfe des Solifonds nicht nur renoviert, sondern auch mit Solarpaneelen und einer mit Sonnenenergie betriebenen Warmwasserversorgung ausgestattet.

Ebenfalls ohne Abzüge wurde ein Antrag zur Unterstützung des „Centro de Apoyo al Trabajador“ von Puebla (Mexiko) bewilligt. Das „Zentrum zur Unterstützung des Arbeiters“ organisiert und unterstützt insbesondere Kolleg_innen, die in der Maquiladora-Industrie ausgebeutet werden. Bei einem Überfall auf das Büro des Zentrums wurde dieses im November 2011 verwüstet. Mit dem vom Solifonds zur Verfügung gestellten Betrag soll das Büro wieder ‚arbeitsfähig‘ gemacht und Materialien für an Schulungen des „Centro“ teilnehmenden Arbeiter_innen finanziert werden.

Weitere Infos: <http://www.boeckler.de/98.htm>

Der Autor ist Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und von seinen Kolleg_innen als deren Vertreter in den Vergabeausschuss gewählt worden.

Impressum:

Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45
Telefax: 089 - 48 76 73
E-mail: info@oeku-buero.de
Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62
E-mail: flug@oeku-buero.de

Mitarbeiter_innen:

Babs Kwapkowski, Eberhard Albrecht (ea), Eva Bahl, Eva-Maria Bach, Gabi Fischer, Klaus Pinzek, Marianne Walther, Ruth Weizel

Bildnachweise:

Titel: Marta Molina / <http://wagingnonviolence.org>

Seite 3: La Prensa
Seite 6: Confidencial
Seite 7: „La vida Loca“ Christian Poveda
Seite 18: Boletín revolucionario
Seite 21: Ke Huelga radio
Seite 22: Juárez en la Sombra
Seite 23 und 29: Zapateando.org
Seite 24 und 25: Nina Kreuzinger
Seite 28: Axel Anlauf
Seite 29: Kirstin Büttner
Seite 33: Øle Schmidt
Seite 40 und 41: CDMM

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de
V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München

Kulturreferat

Vorankündigung:

BUKO 2013 – Heimspiel

Wie immer an Himmelfahrt
– diesmal am **9.-12. Mai 2013**

Wie immer ein spannender und bunter
Internationalismus-Kongress
– diesmal im **EineWeltHaus München**

Wie immer organisiert von einem breiten
Vorbereitungsbündnis
– diesmal unter Beteiligung des Öku-Büros

Bald kommen die Details:
www.buko.info, www.oeku-buero.de

Spendenaufruf:

Die Selbstorganisation auf dem Land fördern

Das Movimiento Comunal bietet der Landbevölkerung der Region Matagalpa in Nicaragua Fortbildungen in Landwirtschaft, Bürger- und Frauenrechten, Katastrophenprävention und Umweltschutz. Damit diese ein Dach über dem Kopf haben, unterstützt die **Solidaritätsbrigade des Öku-Büros** das Movimiento: Wir fahren hin und helfen beim Bau der Versammlungshäuser. Und wir besorgen das Geld...

In diesem Rahmen bitten wir Sie und Euch um Spenden für die Baukosten des Projekts im Sommer 2013:

Ökumenisches Büro e.V.
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
Konto: 561 76 258



Flug- und **Zug**dienst



Was ist der Flugdienst?

Als der Flugdienst 1985 ins Leben gerufen wurde, stand die Idee dahinter, die Flüge für die Arbeitseinsätze in Nicaragua und später in El Salvador zu organisieren. Mittlerweile vermitteln wir nicht nur Flüge für BrigadistInnen nach Zentralamerika, sondern für alle Menschen an alle Orte der Welt. Und nicht nur Flüge, sondern auch Mietwägen, Hotels, Pauschalreisen und neuerdings auch Zugfahrkarten. Aus dem kleinen internen Dienstleistungsservice ist eine dauerhafte Nebenerwerbsmöglichkeit für unser Büro entstanden.

Auch wenn der Großteil der von uns verkauften Flugtickets für Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sind, so freuen wir uns auch über jedes für eine Urlaubsreise verkaufte Flugticket. Jeder Flug (und auch jede Zug- oder Pauschalreise) hilft uns, das Ökumenische Büro auch weiterhin finanzieren zu können.

Was ist der Zugdienst?

Seit Kurzem können Sie Ihre Fahrkarten für die Deutsche Bahn online über unsere Internetseite buchen. Es sind zwar nur Centbeträge, die wir dafür bekommen, aber es kostet Sie keinen Cent mehr und bei uns „läppert“ sich doch der ein oder andere Euro zusammen.

Die Buchungen sind telefonisch, per Mail und auch online machbar. Einfach mal auf unsere Homepage schauen!

www.oeku-buero.de/flug
www.facebook.com/oekubuero.flug

Lateinamerika
Internationalismus
Kultur
Menschenrechte
Bildung
www.oeku-buero.de

emanzipativ
Nicaragua
kritisch
El Salvador
solidarisch
Mexiko

